# 98-07-03

# Plenarprotokoll

# 63. Sitzung

Kiel, Freitag, 3. Juli 1998

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen	Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/1566		
Schloß Gottorf  Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1537  Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	Auf dem Weg in die Informationsg schaft - Chancen, Risiken und Her forderungen von Multimedia in Sc wig-Holstein  Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 14/1164 Antwort der Landesregierung Drucksache 14/1509  Peer Steinbrück, Minister für Wirtsc Technologie und Verkehr Bernd Saxe [SPD]	Berichterstatter  Beschluß: Verabschiedung des Gesetzent-	4539
		Auf dem Weg in die Informationsgesell- schaft - Chancen, Risiken und Heraus- forderungen von Multimedia in Schles- wig-Holstein	
		GRÜNEN] Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] Anke Spoorendonk [SSW]	
Beschluß: Überweisung an den Bildungs- ausschuß		<u> </u>	
Gemeinsame Beratung		Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	4539
a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Aufhebung des Gesetzes über die Erhebung einer Abfallabgabe - Landesabfallabgabengesetz		Meinhard Füllner [CDU] Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4542 4545 4547 4550
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1480		Anke Spoorendonk [SSW]Klaus Haller [CDU]	4552 4554
b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Aufhebung des Landesab- fallabgabengesetzes			Beschluß: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuß und den Bildungs- ausschuß
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1521		Bekämpfung der Kinder- und Jugend- kriminalität	

Antrag der Fraktion der CDU	Brita Schmitz-Hübsch [CDU]
Drucksache 14/1489	Dr. Jürgen Hinz [SPD]
Thorsten Geißler [CDU] 4555, 458	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE
Wolfgang Baasch [SPD] 4558, 458	GRUNEN] 4591, 4591
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE	Uwe Eichelberg [CDU]
GRÜNEN] 4559, 4579, 458	Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . 4592
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 4562, 4572, 457	D . C 1 [CCIVI] 4504
Anke Spoorendonk [SSW]	D C 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister 450	TD 1 1 ' 137 1 1 4505
Angelika Birk, Ministerin für Frauen,	Beschluß: Überweisung an den Wirt-
Jugend, Wohnungs- und Städtebau 4570, 45	$\mathcal{C}$
Meinhard Füllner [CDU]	
Ingrid Franzen [SPD]	77 1 64 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE	derung in Schleswig-Holstein
	7.4
-	Alitiag del Abgeoldheten des 33 W
. ,	DIUCKSACHE 14/1.3.30
2 3	D-4- " C- "-1 " [CCW] 4505 4601
Torsten Geerdts [CDU]	I I I wilto Doduct [CDD]
Thomas Stritzl [CDU]	D.::- C-1::- 11::11 [CD11] 4507
Martin Kayenburg [CDU]	V al Mantia Hanta del EDÜNDNIC
Ursula Kähler [SPD]	00/DIE CHÜNENI 4500
Ute Erdsiek-Rave [SPD]	Chairtal A - al-an-an-it I #-al-a [E.D.D.] 4500
Heinz Maurus [CDU]	Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
Beschluß: Überweisung an den Innen- und	Technologie und Verkehr
Rechtsausschuß, den Bildungs-	
ausschuß und den Sozialausschuß 458	Beschluß: Annahme
Änderung des § 68 SGB X durch das Medizinproduktgesetz des Bundes	Klimaschutz - Planen, Bauen und Wohnen
Dringlichkeitsantrag des SSW im Schles-	Landtagsbeschluß vom 12. Juni 1997
wig-Holsteinischen Landtag	Drucksachen 14/553 und 14/769
Drucksache 14/1582	Bericht der Landesregierung
Anke Spoorendonk [SSW]	<u> </u>
Holger Astrup [SPD]	00
Troiger ristrap [ST D]	Angenka birk, Winnsterm für Plauen,
Beschluß: Dringlichkeit verneint	Detlef Matthiessen [BUNDNIS 90/DIE
Statistischer Arbeitsmarktbericht für	GRÜNEN]
Schleswig-Holstein 1997	Gero Storjohann [CDU]
D '1.1 I 1 '	Ingrid Franzen [SPD]
Bericht der Landesregierung	Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] . 4608
Drucksache 14/1524	Peter Gerckens [SSW]
Holger Astrup [SPD], zur	Holger Astrup [SPD], zur
Geschäftsordnung 458	Geschäftsordnung 4611
Beschluß: Überweisung an den Sozial-	Beschluß: Überweisung an den Innen- und
ausschuß 458	
	Beratung
Innovations- und Gründerzentrum Bio-	<i>5 6</i>
technologie	Gemeinsame Beratung
Antrag der Fraktion der CDU	<u> </u>
Drucksache 14/1515	a) Bericht über die Verselbständigung
210010000 1 1/ 1010	der Fachkliniken
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD	Landtagsbeschluß vom 6. November
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1997
Drucksache 14/1569	Drucksachen 14/1069 und 14/1093

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1518

#### b) Bericht der Fachklinik Schleswig gemäß § 3 Abs. 3 des Fachklinikgesetzes

Drucksache 14/1533

Beschluß: Überweisung an den Sozial-ausschuß.....

4611

Individuelle schulische Förderung als Alternative zur Zurückstellung vom Schulbesuch

Bericht über die Entwicklung und Erprobung eines Konzepts für den Schulanfang (Eingangsphase)

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1523

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß.....

4611

\* \* \* \*

#### Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

\* \* \* \*

#### Beginn: 10:01 Uhr

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich schlage vor, daß wir jetzt Tagesordnungspunkt 11 wie vorgesehen behandeln und anschließend die zweite Lesung des Tagesordnungspunktes 7 durchführen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf. - Nein, Entschuldigung. Ich habe völlig vergessen bekanntzugeben, daß nach Mitteilung der Fraktionen Herr Abgeordneter Klaus-Dieter Müller erkrankt und Herr Abgeordneter Klaus-Peter Puls beurlaubt ist. Herrn Müller wünschen wir gute Genesung.

(Beifall - Martin Kayenburg [CDU]: Ist die Regierung auch beurlaubt oder ist sie schon aus dem Amt, Herr Präsident? - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

# Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1537

Das Wort zur Begründung hat Frau Ministerin Böhrk.

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Schloß Gottorf ist das größte Denkmal unserer Landesgeschichte, und es ist zugleich das Haus der Kultur sowie der Geschichte Schleswig-Holsteins. Daß die einstmals ausstrahlende Residenz heute wieder zum Schatzhaus geworden ist, verdanken wir dem kontinuierlichen Engagement der Schleswig-Holsteinischen Landtage und der Landesregierungen fünf Jahrzehnte hindurch.

Der Erfolg Gottorfs in der Präsentation der Bestände, in ihrer Erforschung und bei der Vermittlung ist ein Erfolg, auf den wir kulturpolitisch, bildungspolitisch und wissenschaftspolitisch stolz sein können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Wir verdanken dies der engagierten Arbeit der Direktoren und Mitarbeiter des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte und des Archäologischen Landesmuseums der Christian-Albrechts-Universität.

#### (Ministerin Gisela Böhrk)

Ich nutze heute deshalb die Gelegenheit, um allen, die an dieser Erfolgsgeschichte mitgearbeitet haben, von Herzen zu danken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellvertretend möchte ich Professor Schietzel und Professor Spielmann nennen. Sie haben mit dem internationalen Ruf, den sich die Museen erarbeitet haben, auch Ansehen und Nutzen unseres Landes gemehrt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich freue mich, daß Professor Schietzel und einige Mitarbeiter heute hier dabei sind und die Debatte verfolgen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und CDU)

Wir wollen, daß Schloß Gottorf auch weiterhin der Kristallisationspunkt für Kultur und Geschichte Schleswig-Holsteins bleibt. Das ist gut, weil die Menschen in Zeiten wie diesen an einem Ort wie diesem Möglichkeiten der Identitätsstiftung wie des ästhetischen Genusses finden. Es ist aber auch für das touristische Angebot gut, das wir unseren Gästen machen können.

Um beide Museen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, wollen wir zwei Dinge miteinander verbinden: Einerseits wollen wir an den klassischen Museumsaufgaben des Sammelns, des Bewahrens, des Erforschens, des Präsentierens und Vermittelns festhalten. Andererseits wollen wir dies um moderne Formen des Wirtschaftens, des Marketings und des bürgerschaftlichen Engagements ergänzen.

Wir wollen beide Landesmuseen, die räumlich seit Jahrzehnten unter einem Dach arbeiten, die sich thematisch vielfältig berühren, die dieselbe Werbung brauchen und parallele Infrastrukturen haben - also Magazinierung, Museumspädagogik, Werkstättenaufsicht und Bibliothek -, stärker als bisher als eine Einheit sehen und entwickeln.

Es geht dabei nicht um den Rückzug des Staates aus seiner kultur- und wissenschaftspolitischen Verantwortung. Ein Museum ist eben kein Wirtschaftsbetrieb. Dennoch gilt es, stärker als bisher Synergien zu nutzen, noch stärker bürgerschaftliches Engagement zu belohnen, ohne dabei nachzulassen, Drittmittel einzuwerben. Für diese Zielsetzungen ist die Zusammenlegung der beiden Landesmuseen unter dem Dach einer öffentlich-rechtlichen Stiftung die richtige Organisationsform.

Der Regierungsentwurf ist das Ergebnis langer Gespräche mit allen Betroffenen und Interessenvertretern.

Dabei sind Kompromisse zustandegekommen, die sehr weitgehend von allen mitgetragen werden. Mir ist klar, daß die Diskussion wieder aufleben wird. Im Entwurf nicht berücksichtigte Interessen werden wieder geltend gemacht werden. Es ist bei der **Komplexität** der Sache so gut wie unmöglich, alle **Interessen** komplett unter einen Hut zu bekommen.

Die Universität setzt auf strikte Wissenschaftlichkeit und Forschung. Die Archäologen fürchten um ihre Selbständigkeit. Leihgeber erwarten die Sicherung der eingegangenen Verbindungen. Museumsleute und Historiker erhoffen sich noch stärkere Akzente im Bereich der Landeskultur und der Landesgeschichte. Künstler unseres Landes fordern mehr zeitgenössische Kunst aus Schleswig-Holstein.

Es wird deutlich, daß es bei diesen Interessenlagen nicht möglich sein wird, allen gerecht zu werden. In dem Regierungsentwurf ist dies jedoch - nach meiner Meinung - weitgehend gelungen.

Jeder Änderungswunsch zugunsten des einen oder anderen wird immer den Widerspruch des jeweils anderen herausfordern. Es wird nach der Gründung der Stiftung deshalb eine wichtige Aufgabe der Stiftungsleitung sein, für einen Interessenausgleich zu sorgen. Hierbei kommt insbesondere dem **Stiftungsrat** in der vorgesehenen Zusammensetzung eine Moderatorenrolle zu. Ich wäre deshalb auch gegenüber einer Lösung aufgeschlossen, die dem Moderatorengedanken noch stärkeres Gewicht geben würde.

Unser Entwurf sieht vor, dem Kooperationsverhältnis der Privaten zum Staat folgend, daß Leihgeber wie Stifter eine angemessene Repräsentanz im Stiftungsrat erhalten. Damit werden zum einen Gestaltungsspielräume geboten, zum anderen müssen die Stifter ihren Teil an der Gesamtverantwortung für das gesamte Museum tragen. Unsere Stiftung gibt den Rahmen für eine echte "public private partnership".

Als An-Institut der Kieler Universität dokumentiert die Stiftung ihre enge Verzahnung mit der Wissenschaft, insbesondere im Bereich der Archäologie und künftig noch stärker vor allem bei der im Aufbau befindlichen Volkskunde.

Die Verbindung der Partner Land, Universität sowie Stifter und Leihgeber ist eine starke Verbindung. Damit sind zukunftsfähige strukturelle Voraussetzungen für die Arbeit geschaffen, die auf der Basis einer noch zu führenden inhaltlichen Diskussion Profil gewinnen muß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P.)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, zunächst gratuliere ich der Abgeordneten Renate Gröpel sehr herzlich zum Geburtstag. Alles Gute.

(Beifall)

Auf der Tribüne begrüße ich Besucherinnen und Besucher der Jungmann-Schule Eckernförde, der Klaus-Groth-Schule Kiel und der Grone-Schule Kiel. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schwarz.

#### Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die geplante Vereinigung der beiden jetzt getrennten Gottorfer Landesmuseen führt in Schleswig-Holstein zu einer Struktur, die in anderen Bundesländern seit Jahrzehnten als die Norm gilt. In Stuttgart und Karlsruhe, in Bonn und Münster, in Hannover und Braunschweig sind prähistorische und klassische Archäologie, Kunst und Kultur vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert selbstverständlich in einem Haus miteinander verbunden. Dies soll nun auch in Schleswig-Holstein am Museumsstandort Schleswig geschehen.

In der Öffentlichkeit wurde oft der Eindruck erweckt, als hätten die Direktoren der beiden Landesmuseen im Streit gelegen. Wer - wie ich - ihre Arbeit aus nächster Nähe beobachten konnte, weiß, daß dies nicht stimmt. Richtig ist vielmehr, daß die bisherige Trennung einer integrativen Arbeit entgegenstand.

**Integration** setzt Zuständigkeit und Kompetenz dessen voraus, der integrieren soll. Dies kann nach unserer Einschätzung nur ein Direktor leisten, der die fachliche und administrative Kompetenz besitzt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen begrüßen wir es, daß - mit Zustimmung der Universität und der Stifter - das Gesetz jetzt einen Leitenden Direktor vorsieht. Von seiner Qualität und seinen Fähigkeiten hängen das Erhalten des Erreichten und die Effizienz des Kommenden ganz entscheidend ab. Wenn er den Anforderungen nicht gewachsen ist, dürfte der Schaden einer neuen Regelung größer sein als der Nutzen. Wir fordern deshalb das zuständige Ministerium auf, alles nur Denkbare für den Gewinn einer geeigneten Persönlichkeit zu tun. Das sage ich ganz bewußt, denn der bisherige Verlauf der Verhandlungen und Entscheidungsprozesse läßt leider erhebliche Zweifel an der professionellen Qualität des Ministeriummanagements aufkommen.

(Beifall bei der CDU)

Wer die Gründe für offenkundige Pleiten und Pannen bei anderen sucht, verrät allzu deutlich, daß er selbst deren Ursache ist.

Unprofessionalität hat das bisherige Prozedere entscheidend geprägt. Dies ist keine leere Behauptung, sondern läßt sich leicht am bisherigen Vorgehen des Ministeriums festmachen. Etliche Schlagzeilen in schleswig-holsteinischen und überregionalen Zeitungen haben das in peinlicher Weise belegt.

Ein paar Beispiele: Jeder Dienstherr kennt das Alter seiner Beamten bei der Einstellung und kann - erste der Grundrechenarten - leicht ausrechnen - jetzt geht die Bildungsministerin gerade hinaus -, wann der Beamte mit der Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu versetzen ist und wann demzufolge spätestens für eine geordnete Nachfolge zu sorgen ist. Vor mehr als drei Jahren hätte das Bemühen um die zukünftige Leitung der Museen auf der Schloßinsel in Schleswig einsetzen müssen. Noch heute ist kein Ergebnis abzusehen.

Die erwarteten Leistungen der künftigen Direktoren können nur von wenigen Persönlichkeiten mit großer Erfahrung in der Leitung vergleichbarer Institutionen erwartet werden. Aber Bewerber mit dieser erwarteten Qualifikation werden natürlich nach den rechtlichen Grundlagen der Arbeit fragen - eine Frage, die sich jedoch erst nach dem Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens und dem Erlaß der Satzung beantworten läßt. Da kann ich nur sagen: Welch ein zeitliches Tohuwabohu!

(Beifall bei der CDU)

Uns läßt der Verdacht nicht los, daß sich ohne unseren Antrag vom September des letzten Jahres bis heute nichts getan hätte.

Die Entwürfe von Gesetz und Satzung werden seit vielen Monaten diskutiert. In zwei Sitzungen hat sich der Bildungsausschuß darüber berichten lassen - jeweils auf unseren Antrag hin. Im Anhörungsverfahren sind umfangreiche Stellungnahmen vorgelegt worden. Doch die Chance ist nur sehr unzureichend genutzt worden, dem Hohen Haus eine Regierungsvorlage zu unterbreiten, die von einer sorgfältigen Auseinandersetzung mit den Argumenten geprägt ist und auf eine breite Zustimmung des Parlaments, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Museen und in der Öffentlichkeit rechnen kann.

Dies alles führt zu der schlichten Feststellung: Das Vorhaben ist durch über Jahre verzögerte und man-

#### (Caroline Schwarz)

gelhafte Vorbereitung stärker gefährdet als durch eine unterschiedliche Wertung der Ziele, die es uns näherbringen soll. Denn in diesen Zielen stimmen die die Regierung tragenden Fraktionen und die Opposition weitgehend überein.

Der jetzt zur parlamentarischen Beratung anstehende Gesetzentwurf geht davon aus, daß im Stiftungsvorstand das Land, die Stifter und die Universität paritätisch vertreten sind - eine Balance, die für alle Beteiligten vertrauensfördernd wirkt.

Der Verleihung des Status eines An-Instituts der Christian-Albrechts-Universität kann dann zugestimmt werden, wenn - ich zitiere - die "rechtliche, organisatorische und wirtschaftliche Selbständigkeit" der Stiftung dadurch nicht berührt wird. Ob dies aber gewährleistet sein wird, wird erst die Satzung aussagen, die - wiederum ein Zitat - "die wesentlichen strukturellen und organisatorischen Entscheidungen" enthalten wird. Die Frage sei erlaubt, ob es vertretbar ist, die "wesentlichen Entscheidungen" ohne Beteiligung des Parlaments in einer nachgeordneten Rechtsnorm zu treffen. Jedenfalls wird auch die Satzung in die Beratungen des Bildungsausschusses einbezogen werden müssen.

Die Ordnung der Organe - Stiftungsrat, erweiterter Stiftungsrat und Stiftungsvorstand - und die Gliederung der Abteilungen sind vernünftig. Kritisch zu bewerten ist allerdings die allzu enge Bindung an die Universität, die im Widerspruch zu dem Ziel steht, die Unabhängigkeit der Stiftung zu bewahren und - mit anderen Worten - die unterschiedlichen Aufgaben von Hochschulen und Museen zu beachten. Denn statt klar zu sagen, daß Stiftung und Universität bei hochschulbezogenen Forschungsprojekten zusammenarbeiten, werden Stiftung und Museen verpflichtet, die Sammlungen der Christian-Albrechts-Universität für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen; das steht in § 2 Abs. 5 des Entwurfs. Damit erhält die Stiftung eine nachgeordnete, eine dienende Funktion, und die Entscheidungen über "hochschulbezogene Fragen von Forschung und Lehre" werden in einem Gremium nämlich dem erweiterten Stiftungsrat - getroffen, in dem die Universität eine Mehrheit von vier zu zwei Stimmen hat. Die Selbständigkeit der Stiftung, der Museen und der künftigen Museumsleiter ist dahin; sie kann nur wieder erreicht werden, wenn die Aufgaben des erweiterten Stiftungsrats auf grundsätzliche Fragen beschränkt sein werden. Auch dies wird Thema im Bildungsausschuß sein müssen, Frau Böhrk.

Wer eine möglichst reibungslose Arbeit der Stiftung wünscht - wie die Fraktion der CDU -, muß alles daransetzen, daß Mißtrauen und Streit, daß der mit ihnen verbundene Energieverschleiß nicht institutionell vorbereitet, gar institutionalisiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Einzelne Bestimmungen der Entwürfe sind daraufhin mit aller Sorgfalt zu untersuchen und nach unserer Überzeugung in Einzelheiten zu korrigieren. Dies scheint unschwer möglich zu sein.

Wir alle wissen, daß die Zukunft von Kunst und Kultur durch den Staat allein nicht garantiert werden kann. Ohne mäzenatische Hilfe müßten unsere Kultureinrichtungen bereits jetzt erhebliche Einbußen hinnehmen. Die Entwicklung der Landesmuseen hat während des letzten Jahrzehnts bewiesen, wie nicht nur Beeinträchtigungen trotz der Reduktion von Mitteln ausblieben, sondern wie die Ausstrahlung gesteigert werden konnte, Herr Professor Schietzel!

(Beifall bei der CDU)

Dies geschah dank des Engagements der Direktoren, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie von Mäzenen und Stiftern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eines ganz deutlich sagen: Es ist nach meiner Ansicht verantwortungslos, wenn dieses Engagement von der ÖTV aus allzu durchsichtigen Gründen ins Zwielicht gezogen wird.

(Beifall bei der CDU)

wenn von ihr in unverantwortlicher Weise Ängste unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschürt werden. Auch damit wird das Vertrauen in eine von uns allen erhoffte konstruktive Entwicklung unnötig belastet. Wir alle zusammen wünschen uns doch - ich gehe einmal davon aus - eine möglichst unbelastete und wirkungsvolle Zukunft der Landesmuseen in Tradition des bisher Geleisteten.

Viele Teufel verbergen sich noch in den Details der Entwürfe von Gesetz und Satzung. Sie auszutreiben wird unsere Aufgabe in den Ausschußberatungen sein. Ich hoffe und wünsche sehr, daß wir sie über Fraktionsgrenzen hinweg - das haben wir im Grunde genommen bisher schon die ganze Zeit über getan - im Konsens bewältigen und damit einen festen, tragfähigen Grund für Leistungen der künftigen Museumsleiter legen, die die gleiche Anerkennung verdienen wie die von Professor Dr. Kurt Schietzel und Professor Dr. Heinz Spielmann.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

#### **Dr. Ulf von Hielmcrone** [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will jetzt nicht kleinlich auf die Einzelheiten des vorliegenden Gesetzentwurfes eingehen. Die Diskussion dazu werden wir im Ausschuß führen können. Ich will Sie hier also nicht langweilen, sondern lediglich den Entwurf in groben Zügen streifen.

Ein altes Land und ein alter Staat haben alte und hergebrachte Strukturen, die von Generation zu Generation weitergegeben werden, ohne daß immer der Frage nachgegangen werden würde, ob sie in jedem Fall noch sinnvoll sind. Aus Strukturen werden so Gewohnheiten, manchmal auch unpraktische Gewohnheiten. Das gilt auch für dieses Land, das ja in Teilen seiner Staatlichkeit und der Ausformung seiner Institutionen auf die preußische Provinz Schleswig-Holstein zurückgeht, im Falle der Universität sogar auf das Herzogtum.

Alte Strukturen sind gewiß nicht immer schlecht; die CAU ist geradezu eine Erfolgsstory, sie sind aber nicht auch immer nur deswegen gut, weil sie alt sind; zu hinterfragen sind sie allemal.

Das gilt auch für beide Institute auf der Gottorfer Schloßinsel, nämlich das Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte und das Archäologische Landesmuseum. Das eine, das Landesmuseum ist eine Gründung der preußischen Provinz, ein Kind des späten 19. Jahrhunderts und war früher das Thaulow-Museum in Kiel. Das andere ist ein Kind der Universität und ging aus dem Geschichtsinteresse des frühen 19. Jahrhunderts hervor. Es markiert die Wiederentdeckung der eigenen schleswig-holsteinischen Identität und fällt in die Zeit des Gesamtstaates.

Der Zufall wollte es, daß beide Häuser nach dem Kriege und der Zerstörung Kiels eine neue Bleibe suchen mußten, die sie auf der Schloßinsel von Gottorf fanden, weil dort Platz war, das Militär gerade ausgezogen war und man für Schleswig eine Kompensation für den Wegfall des Regierungssitzes brauchte. So entstand - zu diesem Zeitpunkt keineswegs geplant die räumliche Nähe der beiden Institutionen, die heute Ausgangspunkt struktureller Überlegungen ist.

Räumliche Nähe ist ein äußeres, aber noch kein unbedingtes Kriterium auch für eine organisatorische Verbindung. Dieses ergibt sich aber, wie ich meine, weitgehend aus dem Auftrag der beiden Häuser, nämlich der Darstellung und Erforschung der Geschichte unseres Landes, die nun einmal nahtlos von ihren Anfängen in der Vorzeit bis heute reicht.

Letztlich ist die Trennung, wie sie heute vorgenommen wird - indem wir den einen Teil als archäologisch bezeichnen und den anderen mit Kunst- und Kulturgeschichte -, willkürlich und läßt sich nach meiner Meinung nicht zwingend an äußeren Kriterien festmachen, bis auf eine Ausnahme vielleicht, nämlich die der Forschungsmethoden. Hierauf wird noch einzugehen sein.

Wenn aber der Auftrag beider Häuser ein ähnlicher ist und die Trennungslinie eine eher willkürliche Zäsur darstellt, spricht im Prinzip nichts dagegen, auch zu einer organisatorischen Zusammenarbeit zu kommen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Daß dieser Gedanke nicht abwegig ist, zeigt sich in einer einfachen Überlegung.

(Mehrere Abgeordnete verlassen den Saal)

- Es muß furchtbar langweilig sein, was ich vortrage.

(Holger Astrup [SPD]: Nein!)

Was wäre, wenn es die lang gewachsenen Strukturen nicht gäbe und wir neu beginnen müßten? Wir würden sicherlich ein einziges Haus, allerdings mit unterschiedlichen Abteilungen bilden.

Wenn ich dieses feststelle, will ich keineswegs die Verdienste schmälern, die sich beide Institutionen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erworben haben und die weit über die Grenzen unseres Landes bekannt sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ihnen soll an dieser Stelle auch von meiner Fraktion einmal Dank gesagt werden. Der Dank geht an Herrn Professor Schietzel, der hier anwesend ist, und auch an Herrn Professor Spielmann und Herrn Dr. Mehl. Alle haben sich in hervorragender Weise um diese Häuser verdient gemacht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, CDU und SSW)

Beide Häuser haben einen hohen Stellenwert in der Kulturlandschaft des ganzen europäischen Nordens erreicht, und sie können sich mit ähnlichen Häusern in Kopenhagen oder Stockholm messen.

Gottorf, beide Gottorfs sozusagen, tragen dazu bei, daß dieses Land wieder eine kulturelle Position im Ostsee- und nordeuropäischen Raum einnimmt, die weitaus größer ist, als die geographische Ausdehnung des Landes annehmen ließe. Dies ist damit auch das eigentliche Erbe des alten **Gottorf** und knüpft an dessen **Tradition** an, die das Land Schleswig-Holstein in hervorragender Weise übernommen hat.

#### (Dr. Ulf von Hielmcrone)

Eine organisatorische Verbindung beider Häuser würde aber diese Bedeutung nicht schmälern, sondern stärken. Die gesamte Museumsinsel mit all ihren Facetten könnte gemeinsam beworben werden, Aktivitäten der vielfältigsten Art könnten sich über alle Abteilungen erstrecken, das Schloß könnte sich als Einheit darstellen und nach außen kraftvoll auftreten. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Andere Häuser machen vor, was gemeinsam geschaffen und wie Geschichte gemeinsam gesehen und dargestellt werden kann, etwa das Nationalmuseum in Kopenhagen. Und in der Tat, die Gottorfer Schloßinsel ist - wenn Sie so wollen - das eigentliche schleswigholsteinische Nationalmuseum, aber leider nicht zusammen, sondern organisatorisch immer noch getrennt.

Wir meinen also, daß ein gemeinsames Haus - allerdings mit mehreren Abteilungen - sinnvoll und auch anstrebenswert ist. Die alten **Strukturen**, so viel Respekt ich auch vor ihnen habe, müssen überdacht und gegebenenfalls auch geändert werden. Allerdings müssen die Besonderheiten der Abteilungen gewahrt und auch geschützt werden. Gemeinsam ist man stark. Das gilt auch in diesem Falle. Nicht zu vergessen ist, daß wir auch in Zukunft bei weiterer Öffnung und Ausdehnung der kulturellen Ostseekooperation noch stärkere Museen brauchen, da diese sich dem internationalen Wettbewerb stellen müssen.

Sinnvoll ist unserer Meinung nach auch das gemeinsame Dach, unter dem die beiden Museen ja bereits tatsächlich zusammengefaßt sind, auch juristisch in Form einer öffentlich-rechtlichen Stiftung zu bilden. Warum Stiftung? - Die Stiftung hat den Vorteil einer gewissen Staatsferne. Nun meine ich nicht, daß der Staat a priori etwas Negatives ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Die derzeitige allgemeine Diskussion der Deregulierung hat allerdings eine deutliche Schieflage, und wir werden zu einer Reregulierung kommen müssen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich kann mir vorstellen, daß es einer Stiftung eher gelingen wird, Sponsoren anzusprechen, Donatoren für sich zu gewinnen und weiter in die interessierte Öffentlichkeit hineinzuwirken, als dies einem staatlichen Institut gelingen mag, vor allem, wenn es ein wesentlich größeres Haus sein wird als die beiden jetzigen Häuser.

Die Tendenz, weitere Stiftungen an sich zu binden, ist bereits in den beiden Häusern zu verzeichnen und auf die hervorragende Arbeit ihrer Leiter zurückzuführen. Diese Arbeit, die sicherlich personenbezogen ist, kann in der Form einer Stiftung - wie ich meine - optimal fortgesetzt werden, denn eventuelle Förderer sind geneigt, einer Stiftung eher etwas zu geben als dem Staat. Einen entscheidenden weiteren Vorteil der Stiftungskonstruktion sehe ich darin, daß sie offen ist, offen etwa für weitere Stiftungen, sei es auf Gottorf selbst oder auch an anderen Orten.

Zu fragen ist nun jedoch, wie eine solche Stiftung in ihrer Fassung so konstruiert werden soll, daß sie optimal und ohne Reibungsverluste arbeitet und mögliche Nachteile ausgleichen kann. Ein möglicher Nachteil, auf den uns die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hingewiesen haben, mag in der vielleicht ungesicherten Absicherung von Mitarbeiterrechten zu suchen sein. Hier werden Regelungen zu finden sein, die den berechtigten Forderungen Rechnung tragen. Denn natürlich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stiftung dann nicht mehr beim Staat beschäftigt. Für derzeitige Arbeitsverhältnisse mit den Vorteilen des staatlichen Beschäftigungsverhältnisses wie VBL, Mitbestimmung und ähnliches mag es Bestandsschutz geben. Aber wie sieht es in der Zukunft aus? Hier sind wir im Gespräch, und weil wir im Gespräch sind, erwähne ich zwar diesen Punkt, gehe aber bewußt nicht auf Einzelheiten ein.

Wichtig ist die Austarierung der unterschiedlichen Interessen der einzelnen Institutionen, die hier zusammenkommen und die ihre eigene Geschichte, aber auch ihre eigenen berechtigten Ansprüche haben: das Land Schleswig-Holstein als Eigentümer des Schlosses und als Eigentümer eines großen Teiles des Bestands - schließlich auch als der entscheidende Geldgeber, denn im Zweifelsfalle wird das Land zahlen -, die Universität mit ihren besonderen Aufgabengebieten, insbesondere der Forschung, die ja nicht geschmälert und beeinträchtigt werden soll, und schließlich die Interessen der Stifter, die natürlich wünschen, daß ihre Stiftungen richtig plaziert und vertreten sind.

Hier sind wesentliche Voraussetzungen bereits im Entwurf geschaffen, nämlich die Form des An-Institutes und die Vertretung der Stiftung im Stiftungsrat. Auch über diesen Punkt wird weiter nachzudenken sein. Auch wir können uns die Funktion einer Moderation vorstellen bei Wahrung - das ist wichtig - der jeweiligen Interessen.

Generell möchte ich aber auch dem Ministerium ein-

#### (Dr. Ulf von Hielmcrone)

mal dafür danken und jetzt abheben von einem kleinlichen Gezänk, was wäre wann und wenn;

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ute Erdsiek-Rave [SPD])

ich möchte danken, daß in dem Gesetzentwurf, der wirklich schwierig zu erarbeiten war, eine so gründliche Vorarbeit geleistet wurde. Nur durch diese Vorarbeit können wir überhaupt eigene politische Akzente setzen.

Natürlich haben wir uns vielfältige Gedanken gemacht über die Zukunft von Schloß Gottorf und den dort beheimateten Instituten, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und übrigens auch der finanziellen Absicherung der künftigen Stiftung, die ja sichergestellt werden muß.

Wir sind auf die Anhörung zu diesem Thema im Bildungsausschuß gespannt. Wir sind offen für Anregungen und Hinweise, und wir sind dankbar dafür, daß die Zukunft der beiden Museen und ihrer Forschungseinrichtungen bereits jetzt so sehr Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden ist, wie dies der Fall ist. Das beweist, daß sie ihren Platz im Lande haben. Ich knüpfe an das an, was ich gestern schon gesagt habe: Schleswig-Holstein hat eben doch Kultur.

Nun gilt es aber, diesen Platz auch für die Zukunft zu sichern und ihn auszubauen als das eine und große schleswig-holsteinische Landesmuseum mit eigenen und eigenständigen Abteilungen. Die Arbeit dieses neuen Hauses wollen wir beflügeln und die bisherigen Leistungen nicht schmälern, sondern dankbar anerkennen.

Über eines sind wir uns in meiner Fraktion einig: Die Zukunft kann nur in einem Haus unter einem Dach liegen, aber dieses Haus hat viele Zimmer, und jeder kann dort seinen Platz finden.

(Beifall bei der SPD)

In der Zusammenarbeit der Häuser, dem Leistungswillen und der Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegen die **Synergieeffekte** der neuen Institution, die ein noch größeres Gewicht bekommen wird, jedenfalls aber bekommen kann, als es die einzelnen Häuser heute haben können. Das wird sich schließlich - davon bin ich fest überzeugt - auch finanziell auswirken, wobei wir als Kulturpolitiker allerdings meinen, daß es wesentliches und realistisches Ziel sein muß, die kulturelle Bedeutung des Hauses im Interesse des Landes zu stärken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und SSW)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

#### **Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Sachen Neuordnung der Museumslandschaft habe ich in den bisherigen Debatten keinen Hehl daraus gemacht, daß ich mit der Herangehensweise des Kultusministeriums nicht ganz einverstanden bin. Ich werde das auch heute deutlich aussprechen, was man mir nachsehen möge. Ich sehe noch immer Diskussionsbedarf, den wir bei der weiteren parlamentarischen Bearbeitung des Themas haben werden.

An verschiedenen Stellen der rechtlichen Verselbständigung von Bereichen, die bislang originär staatlich verwaltet und gesteuert wurden, beschäftigt uns die Frage - Herr Dr. von Hielmcrone hat dies bereits angesprochen -: Wie kann es gelingen, die Mitbestimmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der neuen Konstruktion wirksam zu gewährleisten? Frau Schwarz, anders als Sie denke ich, daß dies ein wichtiges Ziel ist, das wir nicht außer acht lassen sollten. Dies wird gerade dann deutlich - ich komme später noch darauf zurück -, wenn man die Mitarbeiter selber hört. Es ist viel von sogenannten schlanken Entscheidungsstrukturen die Rede. Gestern sagte mir ein führender Gewerkschafter - erlauben Sie mir, das in dieser Debatte zu zitieren -, Lenin habe die Abschaffung der Duma seinerzeit damit begründet, man müsse schneller entscheiden können. Solche Parallelen drängen sich mir noch nicht auf. Ich sage das hier eher im Scherz. Ich warne aber davor, den Schlankheitswahn unserer Gesellschaft auf Fragen der Mitbestimmung auszudehnen.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer Mitbestimmungsfragen geringschätzt, begibt sich der Pflicht, an einem weitgehenden Konsens zu arbeiten. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Konsens ist aber ein Herzstück der Demokratie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im vorliegenden Fall gibt es bislang im Landesdienst tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nun einen neuen Arbeitgeber vor die Nase gesetzt bekommen sollen. Daß hier Ängste entstehen und Fragen aufgeworfen werden, ist nur zu verständlich. Wir müssen sie sehr ernst nehmen, wenn das Projekt insgesamt gelingen soll. Es ist sicher keine leichte Übung gewesen, derart unterschiedliche und eigenwillige künftige Kooperationspartner an einen Tisch zu bekommen und dort zu halten. Dafür hat das Ministerium meinen

#### (Irene Fröhlich)

vollen Respekt. Auch das will ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Das hat allerdings auch die Ministerpräsidentin lernen müssen, die meinte, vor der Ausschreibung der Stelle des Direktors schon einmal das Terrain sondieren zu müssen. Es ist zum Glück gelungen, den Schaden wieder zu beheben. Die Universität ist wieder mit von der Partie.

Es zeigt sich aber ein um das andere Mal, daß die Entscheidung des Ministeriums, die Personalfrage vor eigene konzeptionelle Überlegungen zur Präsentation der Landesgeschichte zu stellen, nicht richtig war und ist. Darin stimmen wir wieder überein, Frau Schwarz. Wir müssen schauen, ob wir dieses noch reparieren können. Ich komme darauf zurück.

Das Ministerium betont immer wieder, daß die neue Museumsleitung noch Spielraum für eine Mitwirkung am Konzept haben müsse. Man braucht zugleich aber doch ein Konzept, um die geeignete Person für die Umsetzung zu finden. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, wie es der Volksmund so treffend formuliert. Es ist unbestreitbar, daß es an einer landesgeschichtlichen Museumskonzeption leider mangelt. Zu diesem Schluß kommt auch der Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft für Geschichte, Professor Dr. Ulrich Lange. Er beklagt zu Recht, daß die Sozial- und Kulturgeschichte bei dem Museumskonzept zu kurz komme. Wie gesagt, ich kenne kein Konzept, aber Professor Lange beschreibt es so.

Ich verkenne nicht, daß wir mit dem **Stiftungsrat** ein Gremium schaffen werden, das in der Lage sein wird, den landeskundlichen Ansatz bei der künftigen Arbeit der Landesmuseen zu stärken. Bislang herrschte der Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums zweifellos deutlich autonomer, als das künftig der Fall sein wird, wobei das noch vorsichtig ausgedrückt ist. Ich glaube auch, das ist gut so.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Dennoch erwarte ich von einem Ministerium für Kultur mehr Visionen und Vorschläge, als bislang präsentiert wurden. Eine Präambel wird dieses Defizit eher kaschieren als beheben. Es ist notwendig, daß alle Beteiligten an einem Runden Tisch zusammenkommen. Man muß dabei über die Anhörung im Rahmen der reinen Gesetzesberatung hinausgehen.

Ich möchte noch eine kritische Anmerkung zu der Rolle der Stifter machen. Zunächst möchte ich wissen - danach frage ich seit über einem Jahr -, wer mit

welchen Rechten was gestiftet hat. Diese von uns schon seit langem gestellte Frage muß in der anstehenden Beratung vom Ministerium beantwortet werden. Sonst kann man sich auf diese riskante Reise einfach nicht begeben.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir müssen wissen, wer welche Rechte erworben hat und welche Möglichkeiten diejenigen haben, die dort sitzen. Wir haben gehört, daß es in Hamburg große Zusammenbrüche gegeben hat. Dort muß eine Sammlung wahrscheinlich verkauft werden. Diese Sammlung ist wichtiger und sehr wertvoller Bestandteil unseres Stiftungskonzepts. Darüber müssen wir also Klarheit haben. Wir möchten somit - ich komme noch einmal auf das Beispiel mit der Katze zurück - keine Katze im Sack kaufen, wenn den Stiftern eine so entscheidende Rolle in dem Konzept zugestanden werden soll.

In den weiteren Beratungen muß nicht zuletzt auch deutlich werden, wie die **Qualitätsstandards**, die das Archäologische Landesmuseum bislang gesetzt hat, in der neuen Konstruktion erhalten bleiben können. Das Archäologische Landesmuseum ist eine kulturgeschichtliche Institution, die wertvolle Arbeit bei der Rettung und der Präsentation von Kulturgütern unseres Landes leistet. In einem Memorandum haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieses Museums betont - ich halte es für sehr wichtig, gerade auch dies einmal gegen das Gewicht der übrigen Stifter zu setzen -:

"In Kunstmuseen fördern finanzstarke Stifter und Mäzene die Präsentation von selbst erworbenen Kunstobjekten, häufig ohne Bezug zur Kultur unseres Landes. Sie können in der Regel nur einer kleinen Personengruppe erschlossen werden. Die Stifter des Archäologischen Landesmuseums dagegen sind die zahllosen Sammler und Urgeschichtsfreunde im Lande. Seine Mäzene sind breite Kreise der Bevölkerung."

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archäologischen Landesmuseums befürchten, daß im Kulturangebot auf Schloß Gottorf das Interesse der vielen dem Einfluß einzelner wohlhabender Mäzene nachgeordnet wird. Ich muß gestehen, daß diese Befürchtung keineswegs absurd ist. Wir werden die Vorlage in den

#### (Irene Fröhlich)

Beratungen daraufhin kritisch prüfen und werden sie gegebenenfalls miteinander verändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

#### Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat diesen Gesetzentwurf nicht fünf, sondern zwei Minuten vor zwölf eingebracht. An dem neuen **Organisationskonzept** für die **Landesmuseen** hat das Ministerium dermaßen lange herumgedoktert, daß man sich wirklich an den alten Erfahrungssatz ich habe ihn gestern schon einmal zitiert - erinnert fühlt, daß die Kultusministerkonferenz mit dem Tempo einer griechischen Landschildkröte arbeitet. Das ist wohl auch hier passiert.

Nun hat all die Mühe wenigstens ein Ende gefunden, und es gibt einen Gesetzentwurf, über den wir diskutieren können. Ich möchte vorausschicken, daß ich hoffe, die von seiten der Regierung wiederholt abgegebene Erklärung ist zutreffend, daß das Vorhaben nun wirklich mit allen Beteiligten in den zentralen Punkten abgestimmt sei. Wenn das Stiftungskonzept funktionieren soll, setzt dies voraus, daß es von allen Beteiligten mitgetragen wird. Nur dann ist eine gedeihliche Arbeit in den Landesmuseen nach der neuen Konstruktion wirklich möglich.

Eine glückliche Hand bei den anstehenden Personalentscheidungen für die Nachfolge der beiden Direktoren ist, wie ich denke, die zweite wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Neuorganisation der Landesmuseen in Zukunft funktioniert.

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt das vorgeschlagene **Stiftungsmodell** grundsätzlich. Es soll die Einbeziehung weiterer privater Stiftungen und die Einbeziehung von Dauerleihgaben erleichtern. Dadurch, daß die privaten Stifter und Eigentümer künftig einen gemeinsamen Bevollmächtigten in den Stiftungsrat entsenden, soll Schloß Gottorf in Zukunft für solche Zustiftungen noch attraktiver gemacht werden als bisher.

Durch den Einsatz von Heinz Spielmann sind die Kunstsammlungen auf **Schloß Gottorf** bereits in den letzten Jahren in eindrucksvoller Weise erweitert worden. Dadurch haben die Museumsbesucher Zugang zu Exponaten erhalten, die das Land durch Kauf niemals hätte erwerben können. Zu guter Letzt ist dies in der Übertragung der Fayencen-Sammlung der Familie Springer an das Landesmuseum deutlich geworden. Dadurch ist die neue Rokoko-Abteilung in einer Weise

zu einem neuen Glanzstück des Landesmuseums gemacht worden, wie man das sonst - ohne die großzügige private Stiftung - mit Mitteln des Landes nie hätte erreichen können.

Wenn Museumspolitik nicht zu einem "Klein-Klein im Pepitaformat" werden soll, dann gilt es, diesen Weg in Zukunft weiter zu beschreiten, das heißt, die großen, repräsentativen Kultureinrichtungen wie das Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte auch in Zukunft weiter für private Stiftungen, für private Dauerleihgaben zu öffnen.

Schleswig-Holstein hat mit Schloß Gottorf bekanntlich ein Haus mit zwei Landesmuseen.

(Unruhe)

Neben dem erwähnten haben wir dort das Archäologische Landesmuseum. Durch gemeinsame Verwaltung und Zusammenfassung von Servicebereichen sollen - das wird durch das Stiftungsmodell angestrebt - Synergieeffekte erzielt werden, die der weiteren Arbeit beider Museen zugute kommen.

An die Adresse der Landesregierung will ich hier mit aller Deutlichkeit feststellen: Die mit der Neuorganisation verbundenen **Rationalisierungseffekte** dürfen nicht als Abfallprodukte in den Spartopf des Finanzministers gesteckt werden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Ich weiß, daß es im Finanzministerium entsprechende Begehrlichkeiten gibt. Die ganze Sache macht nur dann einen Sinn, wenn wir es schaffen, durch die Synergieeffekte, die erzielt werden sollen, Mittel für die künftige Museumsarbeit freizubekommen, wenn wir das, was an zusätzlichen **Landesmitteln** angesichts der derzeitigen Haushaltslage - das wissen wir alle - nicht bereitgestellt werden kann, aus Rationalisierungsgewinnen aus dem Hause heraus beschaffen können. Das ist letzten Endes Sinn und Zweck der neuen Stiftungskonstruktion.

Wenn ich den Begriff **Synergieeffekte** und Rationalisierungsgewinne anspreche, weiß ich natürlich, daß es im Hause bei den betroffenen Mitarbeitern, insbesondere in einem der beiden Landesmuseen, gerade hier große Sorgen und Befürchtungen gibt. Die kann man nicht einfach vom Tisch wischen. Es gilt, diese bei der Umsetzung der Neukonstruktion auf Schloß Gottorf mit großem Fingerspitzengefühl zu berücksichtigen und klarzumachen, daß diese Sorgen und Befürchtungen ausgeräumt werden können.

#### (Dr. Ekkehard Klug)

Es wird sicherlich auch entscheidend vom Geschick und Fingerspitzengefühl der beiden künftigen Direktoren, die ja neu zu berufen sind, abhängen, ob die Zusammenfassung von zwei relativ unterschiedlichen Landesmuseen in einer Stiftung ein Erfolg werden kann. Außerdem wird auch der Stiftungsrat eine zentrale Rolle bei der Vermittlung, auch bei der Auflösung von Interessenskonflikten, die es geben mag, spielen müssen. Es kommt darauf an, die Belange der Kunsthistoriker, der Archäologen, der Volkskundler vernünftig miteinander zu vereinbaren, und zwar unabhängig von der Frage, welche Disziplin der Leitende Direktor vertritt.

Ich möchte an dieser Stelle wiederholen, was ich bereits in der Landtagsdebatte am 26. September letzten Jahres gesagt habe. Ein Leitungskollektiv nach Art des desaströsen Kieler Theaterleitungsteams ist den Landesmuseen aus meiner Sicht tunlichst zu ersparen. Die Landesregierung war und ist gut beraten, auf die verschiedentlich geäußerten Wünsche nach einer kollegialen oder sogar alternierenden Stiftungsleitung nicht einzugehen. Gleichwohl läßt sich natürlich nicht bestreiten, daß auch die jetzt gewählte Konstruktion mit einem Leitenden Direktor und einem zweiten Direktor, der "nur" Direktor ist, gewisse Risiken birgt.

Um es offen anzusprechen: Es gibt bei den Mitarbeitern des **Archäologischen Landesmuseums** Sorgen, ihr Bereich könne bei einer solchen Konstruktion unter die Räder geraten. Dies zu verhindern, wird sowohl Aufgabe des künftigen Stiftungsrates als auch des Stiftungsvorstandes sein, und zwar gleichgültig, wer im letzteren die Funktion des Leitenden Direktors übernehmen wird.

Die F.D.P.-Fraktion richtet an alle Beteiligten die Erwartung, daß die Arbeit des Archäologischen Landesmuseums, das ja nach dem Laboer Ehrenmal - hört, hört! - immerhin die höchsten Besucherzahlen aller Museen unseres Landes vorweisen kann, von der Neuorganistion auf Schloß Gottorf nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt speziell auch für die erfolgreiche Forschungsarbeit des Archäologischen Landesmuseums.

Es besteht meines Erachtens jedoch die berechtigte Hoffnung, daß gerade die Forschungsinteressen der Schleswiger Museumswissenschaftler bei den künftigen Stiftungsgremien in guten Händen sein werden. Denn dem Stiftungsrat gehört als eines von drei Mitgliedern - neben der Ministerin und neben dem Bevollmächtigten der privaten Stifter - der Rektor der CAU oder einer seiner Prorektoren an. In allen hochschulbezogenen Fragen von Forschung und Lehre kommen außerdem aus den Reihen der Kieler Universität drei Fachvertreter der Ur- und Frühgeschichte, der Kunstgeschichte und der Volkskunde hinzu.

Universitärer Sachverstand, Sachverstand aus dem Bereich Forschung und Lehre ist also in starkem Maße im Stiftungsrat verankert. Gerade deshalb halte ich die Sorge, Forschungsinteressen aus dem Bereich der Landesmuseen könnten unter die Räder geraten, für nicht gerechtfertigt. Erst die Arbeit der Gremien der Stiftung wird erweisen, ob solche Beeinträchtigungen in Zukunft nicht aufkommen werden.

Wir werden im **Kulturausschuß** des Landtages sicherlich einzelne Punkte des Gesetzentwurfs weiter zu beraten haben. Meine Fraktion geht davon aus, daß eine mündliche **Anhörung** allen Beteiligten und Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme geben wird. Darin müssen die beiden unterschiedlichen Museen in gleicher Weise einbezogen werden. Auch die Mitarbeiter der betroffenen Museen sind selbstverständlich einzubeziehen. Sie dürfen nicht den Eindruck gewinnen, daß hier eine Organisationsreform über ihren Kopf hinweg durchgedrückt werde. Denn die erfolgreiche Arbeit der Landesmuseen wird auch in Zukunft entscheidend von der aktiven Mitarbeit, vom professionellen Engagement der Museumsmitarbeiter auf Schloß Gottorf abhängen.

(Beifall)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

#### Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon als Anfang des Jahres dem Bildungsausschuß das Konzept der Landesregierung zur Neuordnung der Strukturen der Museen auf Schloß Gottorf vorgestellt wurde, waren die Knackpunkte der Neustrukturierung klar erkennbar, aber über die Zielsetzung war sich der Ausschuß grundsätzlich einig. Einig sind und waren wir uns auch darin, daß die Museen verdienen, weiterhin eine herausragende Rolle in der bundesdeutschen und internationalen Museumslandschaft zu spielen. Daher auch von unserer Seite ein Dank an die engagierten Leiter der beiden Museen!

(Beifall)

Wie dem auch sei - Ausgangspunkt aller Überlegungen war das Ziel, die Zusammenarbeit des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums und des Archäologischen Landesmuseums mit einem begrenzten Einsatz an Personal, Sachmitteln und Geld zu opti-

#### (Anke Spoorendonk)

mieren, eine reibungslose Leitung der Einrichtungen auf Gottorf zu sichern und die Attraktivität für Besucherinnen und Besucher zu erhöhen. Die gewählte Konstruktion der Stiftung wurde nicht in Frage gestellt. Sicherlich gäbe es andere Möglichkeiten, mehr Schwung in die schleswig-holsteinische Museumslandschaft zu bringen. Dennoch steht auch der SSW zu der gewählten Konstruktion.

Durch die Rechtsform einer **Stiftung des öffentlichen Rechts** erhalten die Museumseinrichtungen in Schleswig einen Status, der ihnen ein hohes Maß an Selbständigkeit und Eigenverantwortung gibt, und das ist gut so.

Die genannten Knackpunkte betreffen die Frage, ob Struktur und Inhalt wie zwei Seiten derselben Medaille zueinander passen. Nur so kann es letztendlich zu den berühmten Synergieeffekten kommen.

Thematisiert wurde von Anfang an das Spannungsverhältnis zwischen dem Archäologischen Landesmuseum, das sich eher als Forschungseinrichtung versteht, und dem Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte. Mit der Entscheidung, die Stiftung als ein An-Institut der CAU zu definieren, kann der SSW leben; denn dadurch würden Forschung und Lehre nach unserer Meinung weiterhin ausreichend Berücksichtigung finden. Die Landesregierung führt an, daß die Universität dadurch Zugriff auf die gesamte Stiftung bekommen würde. Das wäre eine klare Verbesserung.

Problematischer ist für uns die Beurteilung der Frage, ob das Projekt Stiftung hinreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um das leisten zu können, was wir mit dieser Neuordnung von ihm erwarten. Die Zusammenlegung von Werkstätten, Bibliotheken, Fotolabors und so weiter wird nur mit einer Art Anschubfinanzierung durch das Land möglich sein. Darüber müssen wir uns im klaren sein.

Zu Recht befürchten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landesmuseen, daß die vorhandenen 140 **Arbeitsplätze** nicht zu halten sind. Sie fordern Tarifverträge im Sinne von BAT und MTL, und sie fordern Überleitungsvereinbarungen. Diese Forderungen unterstützt der SSW.

Des weiteren unterstützen wir die Forderung des wissenschaftlichen Personals nach einer **Qualitätssicherung** der Museen. Anders formuliert: Wenn die Zielsetzung nach mehr Dienstleistung und überhaupt nach - wie ich vorhin sagte - mehr Schwung in der Museumslandschaft verwirklicht werden soll, dann kann das unserer Meinung nach nur geschehen, indem nicht nur nach modernen Managementprinzipien, sondern auch

nach modernen Prinzipien der Personalentwicklung gehandelt wird.

Der Bericht der Landesregierung über die Fachkliniken führt vor, worum es geht. Bei der Verselbständigung der Fachkliniken wurde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Überleitungsvereinbarungen und durch klare Tarifabsprachen die Zukunftsangst genommen. Gleichzeitig wurden ihnen im paritätisch besetzten Verwaltungsrat Mitbestimmungsmöglichkeiten zugesichert. Alles dies habe zu einem erhöhten persönlichen Gestaltungswillen, mehr Verantwortungsgefühl für betriebliche Entscheidungen und damit zu einer gesteigerten Motivation bei der täglichen Arbeit geführt, hob Ministerin Moser kürzlich laut Zeitungsberichten hervor.

Was für die Fachkliniken gut war, ist sicherlich auch für die Landesmuseen gut. Falls das Stiftungsgesetz solche Lösungen verhindern sollte, müßte man nach Meinung des SSW die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Personals in einem anderen Rahmen festschreiben. Ich möchte daran erinnern, daß wir das Mitbestimmungsgesetz des Landes unterstützt und mitgetragen haben. Es darf daher nicht so sein, daß sich die Arbeitsverhältnisse für das Personal durch die Umwandlung von Landeseinrichtungen in andere Rechtsformen verschlechtern. Dadurch wäre eine innere Kündigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorprogrammiert.

Die Stiftung Landesmuseum Schloß Gottorf erhält laut Gesetzentwurf zwei Organe, nämlich den **Stiftungsrat**, das heißt den Vorstand, und den Erweiterten Stiftungsrat. Aus der Sicht des SSW ist die Zusammensetzung des Stiftungsrates nicht unproblematisch. Ich denke dabei an den Einfluß der privaten Stifter auf die Arbeit der künftigen Stiftung.

Mit Interesse las ich vor rund 14 Tagen den Bericht der "Schleswiger Nachrichten" über die Einweihung der neuen Rokoko-Abteilung des Museums. Die gezeigte Ausstellung wurde unter anderem als Ergebnis einer erfolgreichen "public private partnership" zwischen **Stiftern** und **Mäzenen** einerseits und der Landesregierung andererseits gewertet. Private Spender hätten sich als Initialzünder für öffentliche Investitionen erwiesen, sagte die Ministerpräsidentin laut Pressebericht in ihrer Eröffnungsrede. Sie unterstrich aber auch:

"Die Stifter nutzen mit ihren Gaben nicht nur uns, sondern auch sich selbst. Sie haben handfeste ideelle und wirtschaftliche Vorteile, wenn sie etwas ins Museum geben."

Dazu zählte die Ministerpräsidentin Versicherung, Pflege und wissenschaftliche Aufarbeitung des Mate-

#### (Anke Spoorendonk)

rials. Ich denke, dazu gehören auch steuerliche Vorteile.

Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Dennoch sollten wir uns im Rahmen der Ausschußarbeit mit der Frage befassen, ob es gerechtfertigt ist, daß die privaten Stifter auch im Stiftungsrat vertreten sind. Es bedarf nicht vieler Phantasie, um sich vorzustellen, daß weniger gemeinnützig eingestellte Stifter aus dieser Position persönliche Vorteile erringen könnten, eben zu Lasten der Gesellschaft, die ihnen diese Vorteile ermöglicht. Es braucht ja nicht so schlimm auszugehen wie in Bielefeld; die "Frankfurter Rundschau" brachte neulich einen erschreckenden Bericht über die Einflußnahme der Oetker-Stiftung. So schlimm wie dort braucht es nicht auszugehen. Aber ich denke, wir haben es hierbei mit einem grundsätzlichen Problem zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Für den SSW ist es schwer nachvollziehbar, daß die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Organen der Stiftung nicht gefragt ist, wohl aber die der Stifter. Wenn man bedenkt, daß es bei diesem Konzept auch darum geht, die Besucherzahlen auf der Schloßinsel zu verbessern, dann muß man sich zum Beispiel die Frage stellen, ob die gestärkte Position der Stifter dazu beitragen wird. Anders gefragt: Wo geht denn Otto Normalfamilie hin, wenn sie ein Museum besucht? - Sie geht doch eher in die Nydam-Halle zu den Moorleichen, ins Haithabu-Museum, in die Ausstellung über die Rentierjäger in die Volkskunde-Sammlung, weil dort nämlich etwas für Groß und Klein zu sehen ist.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was auf der Schloßinsel fehlt, ist ein verbessertes Angebot für ebendiese Besuchergruppen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Historische Ausstellungen sind heute sehr populär; das zeigt ein Blick über den eigenen Tellerrand. Sie müssen aber etwas bieten, und sie müssen auch etwas vermitteln. Auch Museumsbesuche sollten Erlebnisse sein, die zum Beispiel in einer Cafeteria verdaut werden können.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall der Abgeordneten Günter

Neugebauer [SPD] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Davon ist man auf der Schloßinsel noch weit entfernt. Ich befürchte, daß die bevorzugte Stellung der privaten Stifter diesen Bestrebungen zuwiderläuft. Daher möchte ich abschließend feststellen, daß wir mit der Neuordnung der Landesmuseen immer noch kein inhaltliches Konzept zur Weiterentwicklung unserer Museumslandschaft bekommen haben. Wir benötigen ein Museumsgesetz, um damit weiterzukommen. Das muß, liebe Kolleginnen und Kollegen, der nächste Schritt sein.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

# Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich freue mich darüber, daß alle Seiten des Hauses dem vorgelegten Gesetzentwurf in den Grundzügen zustimmen. Ich möchte nur eines zurückweisen: Das ist die Kritik an der Zeitschiene.

Herr Dr. Klug, Sie haben selbst gesagt: Wenn dieses **Stiftungskonzept** funktionieren soll, dann müssen alle mitmachen. - Aus diesem ebenso schlichten wie richtigen Satz

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Früher anfangen!)

ergibt sich schlichtweg die Tatsache, daß Sie unendlich viele Gespräche mit einer Reihe hochselbstbewußter, hocheigenständiger und hochverdienstvoller Persönlichkeiten und Institutionen führen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Es geht darum, eine Balance der Interessen herbeizuführen, um genau das zu erreichen, was Sie richtig angemerkt haben; denn es kann nur dann funktionieren, wenn alle mitmachen. Daher bitte ich darum, bei den Ausschußberatungen die schwierig auszuhandelnde Balance im Auge zu behalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

#### **Gemeinsame Beratung**

 a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes über die Erhebung einer Abfallabgabe - Landesabfallabgabengesetz

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1480

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Landesabfallabgabengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1521

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1566

Das Wort hat der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses.

#### Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Der Herr Abgeordnete Kubicki verweist auf die Vorlage. Ich danke dem Herrn Berichterstatter Kubicki. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der F.D.P., Drucksache 14/1480. Der Ausschuß empfiehlt, diesen Gesetzentwurf für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/1521, abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist ebenfalls einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

# Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft -Chancen, Risiken und Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1164

Antwort der Landesregierung

Drucksache 14/1509

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann erhält Herr Minister Steinbrück zur Beantwortung das Wort.

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **Strukturwandel** von der **Industriegesellschaft** zur **Informationsgesellschaft** ist ein globaler Prozeß. Er wirkt sich auf alle - buchstäblich alle - wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Bereiche unseres Landes aus. Ich glaube, daß die neue Qualität im Vergleich zur bisherigen Entwicklung diejenige ist, daß Raum- und Zeitgrenzen überwunden werden und dabei mit enormem Tempo neue Technologien Raum und Platz greifen und in unsere Lebensbereiche eingreifen.

Die Auswirkungen werden - das ist nicht nur unsere Einschätzung, sondern wir befinden uns im Konsens mit allen Experten und denjenigen, die diesen Prozeß beobachten - ähnlich weitreichend sein und ähnliche Konsequenzen haben wie der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Übrigens spielte auch damals schon die Frage, welche Raum- und Zeitgrenzen damit überwunden werden, eine große Rolle; denken Sie an die Einführung der Eisenbahn, an die damit verbundene völlig neue Zeitökonomie, die damit Mitte des letzten Jahrhunderts verbunden war.

Alles, was wir bisher bei der Einführung von neuen Technologien an Tempo kennengelernt haben, wird von Informations- und Kommunikationstechnologien übertroffen. Es stellt alles bisher Gewohnte in den Schatten. Das ruft bei vielen gewisse Ängste, Unsicherheiten und Zurückhaltung hervor, für die das dann eher ein Buch mit sieben Siegeln ist, oder es kommt ihnen so vor, als seien sie in einen Tunnel hineingeraten, bei dem sie nicht wissen, wo sie eines Tages landen werden.

Ich möchte mich mit Blick auf die Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion nicht in Zahlen, Details oder irgendwelchen Beispielen verlieren - das können Sie alles besser in der Antwort nachlesen -,

#### (Minister Peer Steinbrück)

sondern ich möchte mich auf wenige Bemerkungen konzentrieren.

Ich denke, daß die Landesregierung, insgesamt das Land Schleswig-Holstein, die Chancen nutzen muß, die mit diesem Wandel einhergehen. Ich glaube, daß dieser Nutzen unübersehbar ist. Das menschliche Wissen wächst exponentiell und damit - wie ich finde auch die Möglichkeit, das Leben und die Arbeitswelt der Menschen zu verbessern. Es entstehen neue Möglichkeiten der Kommunikation und damit auch der Zusammenarbeit in Formen, die bisher teilweise unbekannt waren. Eine multimediale Kommunikation wird zunehmend zur Selbstverständlichkeit. Wir haben es mit einem Zusammenwachsen der verschiedenen Medien zu tun. Die Frage, welche Konsequenzen das für die rechtlichen Rahmensetzungen fordert, ist ein Gebiet, das bisher noch allzuwenig politisch untersucht worden ist.

Neue Märkte und neue Unternehmen entstehen. Ich gehöre allerdings zu denjenigen, die nicht euphorisch werden und sich zusätzliche **Arbeitsplatzeffekte** versprechen. Ehrlicherweise darf man nämlich auch die **Rationalisierungspotentiale**, die mit Informations- und Kommunikationstechnologien verbunden sind, nicht unterschätzen. Deshalb rate ich dazu, eher eine nüchterne Betrachtung vorzunehmen.

Ich selber kann mir zum Beispiel vorstellen, daß in manchen Dienstleistungsbereichen, insbesondere im Bank- und Versicherungswesen, Prozesse mit der Nutzung dieser Technologien erst noch bevorstehen, die zu ganz ähnlichen Rationalisierungseffekten führen können, wie wir das zum Beispiel in klassischen Bereichen des produzierenden Gewerbes - wie in der Montanindustrie - erlebt haben.

Dennoch, wir haben es gerade in Schleswig-Holstein mit der erfreulichen Entwicklung zu tun, daß es neue Märkte gibt, und daß neue Unternehmen entstehen. Gerade in diesem Bereich finden **Existenzgründungen** statt. Das hat dann den positiven Effekt, daß dort zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Risiken sind zu minimieren, auch sie sind anzusprechen. Ich könnte mir vorstellen, daß aufgrund dieser rasanten Entwicklung, die ich mit wenigen Adjektiven beschrieben habe, Bildung in der Informationsgesellschaft die neue soziale Frage sein könnte. Sie könnte die neue soziale Frage sein, eine Frage, wie wir sie bisher so nicht gestellt haben.

Ich möchte das zuspitzen: Wir gehen vielleicht einer Entwicklung entgegen, als deren Folge wir einerseits eine Art Wissenselite, eine Art **Informationselite** haben werden, die sich hochwertige Informationen erschließen kann und die die Kompetenz erworben hat,

sie auch weiter zu entwickeln. Andererseits könnten wir es dann mit einer Art **Informationsproletariat** - lassen Sie mich das so deutlich aussprechen - oder auch mit einer Art Unterhaltungsproletariat zu tun haben, das sich nur noch berieseln läßt und nur passiv an diesem Prozeß teilhat.

Insofern glaube ich, daß das Stichwort der **Medien-kompetenz** zunehmend eine Rolle spielen muß und damit zu einem ganz wichtigen bildungspolitischen Thema werden wird, nicht nur in den Schulen, sondern auch darüber hinaus, um diese Spaltung in der Gesellschaft als Konsequenz einer neuen Entwicklung nach Möglichkeit nicht Platz greifen zu lassen. Das heißt, bei den traditionellen Medien Radio, Fernsehen und Film - all das, was wir kennen und womit wir bisher aufgewachsen sind - steht der passive Konsum im Vordergrund, die neuen interaktiven Medien verlangen dagegen aber ein deutliches Mehr an Handhabungskompetenz. Das ist eines der Risiken, das man sich auch - bei allen positiven Einschätzungen dieser Entwicklung - vor Augen halten muß.

Schleswig-Holstein befindet sich - wie ich meine - auf einem guten Weg in die **Informationsgesellschaft**. Es bleibt bei den bisher schon definierten Zielen der Landesregierung. Wir wollen weiterhin aufklären, Prozesse moderieren und an Dialogen teilhaben, die dazu dienen sollen, die Chancen der Informationsgesellschaft in Schleswig-Holstein zu erkennen und zu nutzen. Das ist eine Dienstleistungsfunktion - wenn Sie so wollen -, die die Landesregierung gern wahrnehmen möchte.

Wir wollen darüber hinaus diejenigen Wirtschaftsund technischen Innovationsprozesse verstärkt und konzentriert unterstützen, die sich gerade auf diesem Feld an Unternehmen richten, die neue Märkte besetzen wollen und damit auch zukunftsfähige und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erschließen.

Wir wollen diese neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in ihrem Potential mehr denn je dazu nutzen, um Arbeitsplätze - buchstäblich und wörtlich zu nehmen: Arbeitsplätze - in das Leben zu integrieren, also Arbeit und Leben wieder stärker zu verbinden. Wir wollen sie nicht so desperat auseinanderlaufen lassen, wie das in den letzten Jahrzehnten mit dem Effekt stattgefunden hat, daß darüber mehr und mehr Verkehre geboren worden sind.

Informations- und Kommunikationstechnologien können die Anforderungen der **Arbeitswelt** und des **Privatlebens** besser vereinbaren. Entsprechende Ansätze gilt es gezielt zu fördern. Das findet im Land bereits statt. Dafür gibt es sehr gute Beispiele. Eines davon möchte ich herausgreifen. Im Klosterforst Itzehoe werden derzeit 200 Wohnungen mit den Voraus-

#### (Minister Peer Steinbrück)

setzungen für Telearbeitsplätze ausgestattet. Die Qualifizierung dazu wird in einem angeschlossenen Callcenter vorgenommen, um Leben und Arbeit zu verbinden, insbesondere, um die beiden Zielsetzungen junger Frauen, Familienleben zu entwickeln und gleichzeitig nicht von der Erwerbs- und Berufsbiographie abgekoppelt und abgeschnitten zu werden, zu verbinden.

Eine weitere Zielsetzung ist es, insbesondere im Weiterbildungssektor die Möglichkeiten von Informationsund Kommunikationsinstrumenten oder -technologien zu nutzen und zu modernisieren. Selbstredend ist es so, daß sich die **Weiterbildung** mit Blick auf diesen Prozeß, den ich beschrieben habe, quasi auf eine Nachqualifizierung von Erwachsenen sowohl im innerbetrieblichen als auch im außerbetrieblichen Bereich erstrecken muß. Ich selber scheue mich nicht zuzugeben, daß mein 15jähriger Sohn mir im Umgang mit diesen Medien bestimmt einen Innovationszyklus voraus ist.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das gilt wahrscheinlich für Ihre familiären Erfahrungen ebenso.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wir arbeiten alle daran!)

- Wir arbeiten alle daran. Ich weiß, Frau Ute Erdsiek-Rave hat dieselbe Erfahrung mit ihrem Sohn gemacht.

Also werden sie mit Blick auf das Thema "Qualifizierung" auf uns, also auf ihre Eltern, verweisen und sagen: Bei euch liegt ein Nachqualifizierungsbedarf vor.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auf der bisherigen Wegstrecke ist einiges in Schleswig-Holstein geschafft worden. Ich bin weit davon entfernt, dies als vordergründigen Beweis anzusehen oder nur eine Leistungsbilanz der Landesregierung aufzulisten. Viele sind daran beteiligt, aber ich möchte hinzufügen, wir waren auch nicht unbeteiligt.

Die Landesregierung hat 1997 ein Handlungskonzept für Informations- und Kommunikationstechnologien mit über 50 Projekten auf den Weg gebracht. Die stehen nicht nur auf dem Papier. Ich glaube, daß die Antwort auf die Große Anfrage dazu im einzelnen und nachweislich Auskunft gibt.

Ich weise auf die - wie ich finde - glückliche und gut gemachte **Multimedia-Initiative** zusammen mit der Telecom AG hin. Ich weise auf die **Initiative Informationsgesellschaft** - RISI - mit über 200 Projektvorschlägen aus sechs Strategiegruppen hin. Nächste

Woche wird dazu eine große Tagung stattfinden. Es gibt bedeutende Projekte wie "Schulen ans Netz", Telearbeit oder Electronic Commerce, die bereits laufen; neue Projekte sollen angeschoben werden.

Ich will Ihnen mit Blick auf Projekte, die neu in Angriff genommen werden sollen, ein positives Beispiel herausgreifen. Die **Fachhochschule Lübeck** ist mit ihrem Projekt einer "Virtuellen Fachhochschule für Technik, Informatik und Wirtschaft" - zusammen mit vier weiteren Bewerbern aus dem Bundesgebiet - vom Bundesforschungsministerium aus 250 Vorschlägen für eine Förderung ausgewählt worden. Es ist eine Förderung, die sich im Rahmen der Initiative des BMBW auf ein Finanzvolumen von immerhin 30 Millionen DM erstreckt. In meinen Augen ist dies ein klassisches Beispiel dafür, wie eine schleswigholsteinische Fachhochschule in einen Verbund mit anderen Hochschuleinrichtungen rund um die Ostsee kommen kann.

#### (Beifall bei SPD und CDU)

Anders ausgedrückt: Warum sollen immer Studenten und Hochschulprofessoren reisen? Warum sollen sie nicht im Rahmen einer "Virtuellen Hochschule" miteinander kommunizieren? Ich hoffe, daß sie trotzdem reisen, weil die menschlichen Begegnungen und die Möglichkeiten, anderes kennenzulernen, nicht abgeschnitten werden sollen.

Lassen Sie mich abschließend zu den Zukunftsperspektiven auf dem Gebiet der Information und Kommunikation noch einige Hinweise geben. Dasselbe Bundesministerium, das ich schon zitiert habe, hat vor einigen Wochen die Ergebnisse einer **Delphi-Studie** herausgegeben. Das ist die Befragung einer sehr großen Schnittmenge von Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Verwaltung. Die Ergebnisse lassen sich ganz beeindruckend zusammenfassen.

Danach werden sich die Strukturen der deutschen Unternehmen deutlich verändern. Arbeitnehmer werden sich zunehmend in - wie ich es immer nenne gebrochene oder bunte Erwerbsbiographien hineinentwickeln. Sie werden erleben, daß Menschen zunehmend sowohl Unternehmer wie auch Arbeitnehmer sind. Das ist übrigens auch eine maßgebliche Herausforderung für Gewerkschaften. Wir werden es damit zu tun haben, daß sich die Beziehungen unter den Unternehmen verändern werden. Wir werden es mit vernetzten Unternehmen zu tun haben. Wir werden Multimedia als Alltagstechnik erleben. In der Republik werden wir es nicht nur im Schulbereich, sondern auch in allen anderen Bereichen, die hinzuzufügen einschließlich der dualen Ausbildung,

#### (Minister Peer Steinbrück)

zunehmend mit der Entwicklung einer neuen Lernkultur zu tun haben. Das ist eine Entwicklung, von der es gut sein kann, daß wir deren Konsequenzen in unsere politische Debatte noch gar nicht richtig einbezogen haben. Ich bin aber davon überzeugt, daß wir uns auf solche Trends werden einstellen müssen.

Fazit, meine Damen und Herren! Die große Anfrage dokumentiert: Die Informations- und Kommunikationstechnologien durchdringen alle Lebensbereiche, buchstäblich alle. Die **Telekommunikationsinfrastruktur** in **Schleswig-Holstein** ist flächendeckend vorhanden, sogar besser - ich behaupte das etwas naseweis - als in vielen anderen Ländern. Das Land ist auf dem Weg in die Informationsgesellschaft ein gutes Stück vorangekommen.

Aber: Technische Entwicklungen und neue Dienste entstehen mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit. Es kann sein, daß Politik und Verwaltung hinter dieser Dynamik häufig hinterherhinken, daß diese Prozesse wirtschaftlich, technisch sehr viel schneller ablaufen, als sich das in unseren Debatten und unseren Wahrnehmungen abbildet. Deshalb wird das Land - gezielt auch Politik, egal ob Exekutive und Legislative - künftig erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um nicht abgehängt zu werden.

Die **Politik** muß einerseits **Rahmenbedingungen** eröffnen, in denen diese Entwicklung stattfinden soll. Sie muß andererseits aber auch die finanziellen Mittelausstattungen zur Förderung innovativer Vorhaben zumindest dort übernehmen, wo es zur Anwendung von Multimedia im öffentlichen Bereich kommen soll, damit dieser Bereich nicht hinterherhinkt, und wo es darum geht, innovative Prozesse in der Wirtschaft zumindest so anzuschieben, daß dabei etwas Positives für Wertschöpfung und Beschäftigung herauskommt.

Ich habe die Absicht, mit einem geplanten **Förder-programm** "Innovation schafft Arbeit" einen solchen weiteren Schub zu geben, und zwar mit einem ausgeprägten Schwerpunkt auf den Informations- und Kommunikationstechnologien, verbunden mit der Einwerbung von Haushaltsmitteln. Die werde ich - wie ich weiß - nicht zusätzlich erhalten, nicht jemandem wegnehmen, sondern sie selber erwirtschaften müssen. Ich weiß das. Aber ich denke, daß dies ein wichtiger Ansatz ist. Ich scheue mich nicht, hier zu wiederholen, was ich an anderer Stelle schon gesagt habe: Es kann auf Dauer nicht sein, daß in diesem Land auf Dauer mehr Geld für Radwegebau als für die Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien ausgegeben wird.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Saxe.

#### Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, was Sie über Ihren 15jährigen Sohn gesagt haben, kann ich für meine etwa gleichaltrige Tochter nur bestätigen. Aber eines tröstet mich: Bei Mathe bin ich ihr immer noch deutlich voraus.

(Ursula Röper [CDU]: Nicht mehr lange!)

- Noch! Die Frage ist, wie lange das noch gilt.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Sie können das unbesehen glauben.

(Ursula Röper [CDU]: Das arme Kind!)

Ich will zu Anfang nicht nur pflichtgemäß herzlichen Dank für die auf über 100 Seiten gegebene umfassende Beschreibung der Situation und des Standes der Entwicklung zur Informationsgesellschaft in Schleswig-Holstein sagen. Ich glaube, dies ist ein sehr informatives, kenntnisreiches, materialreiches Dokument über das, was in Schleswig-Holstein erreicht worden ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses und der anderen Häuser haben viel Arbeit investiert, wofür ich herzlich danken will.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort macht auch deutlich: Schleswig-Holstein ist zielstrebig und mit viel Energie auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Ich kann dem Herrn Minister nur recht geben: Wir haben auf diesem Weg bereits ein ordentliches Stück zurückgelegt und können uns mit dem Erreichten im bundesweiten Vergleich durchaus sehen lassen.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Wir lernen aus der Antwort auf die Große Anfrage, daß unser Land offenkundig ein höchst attraktiver Standort für alle denkbaren Unternehmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien ist, sowohl im Bereich der Produktion als auch des Vertriebs, des Services und all dessen, was in diesem Zusammenhang noch stattfindet. Es ist der Hinweis auf das Unternehmen MobilCom in Elmshorn gegeben, auf Talkline, auf Galaxis in Lübeck oder Motorola in Flensburg und viele, die eines gemeinsam haben: Sie agieren von Schleswig-Holstein aus als global player auf den weltweiten Märkten, die von einem rasanten Wachstum gekennzeichnet sind, an

#### (Bernd Saxe)

dem wir Schleswig-Holsteiner auf diese Art und Weise Anteil haben. Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen für unser Land, daß wir bei diesen modernen Techniken leistungsfähig sind.

Aber auch viele kleine und mittlere Unternehmen, Existenzgründer, junge Unternehmen haben ihren Sitz in diesem Land, agieren von hier aus und nehmen an den wachsenden Möglichkeiten teil. Wer sich mit ihnen unterhält, stellt fest, daß sie zum Teil sehr gute Bedingungen vorfinden, daß sie gute Entwicklungen haben, daß sie positive Umsatzentwicklungen haben und daß sie mit dem Standort zufrieden sind.

Aber nicht nur Private, sondern auch Teile des öffentlichen Sektors, auch Verwaltungen leisten auf dem Bereich der Informationsgesellschaft Hervorragendes und bringen das Land auf diesem Sektor voran. Der Minister hat auf die Fachhochschule Lübeck und das Projekt "Virtuelle Fachhochschule" hingewiesen. Ich will das nicht alles wiederholen, aber darauf hinweisen, daß dieses Projet nicht nur deswegen hochinteressant ist, weil es die internationale Kooperation stärkt das ist richtig -, und auch nicht nur deswegen, weil in diesem Wettbewerb - bei über 200 Wettbewerbern -Fördermittel in Höhe von 30 Millionen DM nach Schleswig-Holstein akquiriert werden konnten - das ist natürlich hochattraktiv -, sondern auch, weil das Projekt - was es qualitativ auszeichnet - zum einen mit neuen Technologien Voraussetzungen schafft, bislang bildungsferne Schichten - aus verschiedensten Gründen bildungsferne Schichten - Möglichkeiten zu eröffnen, ein Hochschulstudium zu absolvieren, und zum anderen neue Möglichkeiten des lebenslangen Lernens, des life-long-learning, erobert, neue Chancen bietet, dies zu realisieren. Dies wird für unser Land immer wichtiger sein, wenn wir in der Zukunft eine Chance haben wollen.

# (Beifall bei der SPD)

Die "Virtuelle Fachhochschule" ist ein positives Beispiel. Ich will übrigens an die "Virtuelle Fachhochschule" einen Glückwunsch richten, die dieses Projekt nicht nur erfolgreich entwickelt hat, sondern auch das enorme Fördervolumen akquiriert hat und damit eine Position einnimmt, die weltweit vorzeigbar ist, die weltweit hervorragend ist.

Als ein zweites positives Beispiel im öffentlichen Sektor auf dem Bereich der Informations- und Kommunikationsgesellschaft will ich die **Stadtwerke Kiel** nennen. Ich habe mich kürzlich über das schlau gemacht, was in einer geradezu mustergültigen "public private partnership" mit einem privaten Unternehmen im Bereich der Gründung einer Telekommunikationsgesellschaft, eines Service-Providers, gelaufen ist. Diese neue Gesellschaft KielNet hat innerhalb von

vier oder fünf Monaten im Bereich der "Telefonie" einen Marktanteil von 29 % erobern können - in so kurzer Zeit - und verkauft heute täglich 300.000 Telefonminuten am Markt und macht damit Gewinne - eine öffentlich-private Partnerschaft, die überaus erfolgreich läuft. Ich glaube, das ist ein Beispiel dafür, daß auch der öffentliche Sektor in Verbindung mit Privaten in diesem Bereich Hervorragendes leisten kann.

Als drittes will ich - Sie werden mir verzeihen, daß dabei noch einmal Lübeck vorkommt - die **Hansestadt** Lübeck nennen. Die öffentliche Verwaltung der Hansestadt Lübeck ist als eine der ersten Stadtverwaltungen bundesweit mit einem Intranet ausgestattet, das heißt, innerhalb der Verwaltung wird mit den neuen technischen Methoden miteinander kommuniziert. 400 Arbeitsplätze sind mittlerweile angeschlossen. Dies ist ein Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, zur Effektivitätssteigerung in der Verwaltung und geht auch hin zu mehr Serviceorientierung in der Verwaltung. Ich glaube, auch das ist ein Beispiel, das durchaus vorzeigbar ist.

Ich will darauf hinweisen, daß vieles von dem, was sich sowohl im privaten Bereich als auch im öffentlichen Sektor in den vergangenen Jahren entwickelt hat, der Tatsache zu verdanken ist, daß die Landesregierung frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt hat, frühzeitig Aktivitäten entfaltet hat, Konzepte erarbeitet und Programme aufgelegt hat. Es ist darauf hingewiesen worden: Das IuK-Handlungskonzept, das bereits vor längerer Zeit auf den Weg gebracht worden ist, die Initiative Multimedia Schleswig-Holstein, das Projekt RISI, das akquiriert werden konnte, und das Programm "Schulen ans Netz" sind alles Initiativen, die hier frühzeitig ergriffen worden sind und die ihren Beitrag dazu geleistet haben, die Chancen, die in dieser neuen technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung auch für unser Land liegen, nutzbar zu machen. Dafür ist der Landesregierung herzlich zu danken.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Aber es soll selbstverständlich auch nicht verkannt werden, daß noch vieles zu tun ist. Dabei will ich nur am Rande anmerken und gar nicht in erster Linie darauf eingehen, daß vielleicht dieses Haus hier,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU sowie Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

#### (Bernd Saxe)

in dem wir uns befinden, an erster Stelle zu nennen ist. Das, was im Kommunikationsbereich in diesem Haus läuft, ist zum Teil noch auf Steinzeitniveau,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

und der Versuch - oder die Ansätze -, hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag - -

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sie meinen jetzt nur die Telekommunikation!)

- Ja, im Bereich Telekommunikation! Politische Initiativen sind davon natürlich überhaupt nicht betroffen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Na!)

Wir sind hier noch auf Steinzeitniveau. Das, was in Angriff genommen worden ist, um den **Landtag** selbst, seine Abgeordneten, die Fraktionen, die Verwaltung im **Telekommunikationssektor** nach vorn zu bringen, ist leider im Bereich des Versuchs steckengeblieben. Ich würde mir wünschen, daß es da zügig vorangeht. Aber nicht nur auf diesem Sektor, den ich wie gesagt - nur am Rande erwähnen will, ist noch vieles zu tun, sondern auch landesweit.

(Konrad Nabel [SPD]: Das liegt an den Mitarbeitern, Herr Kollege!)

Im Bereich der Infrastrukturausstattung, bei Kabel und Leitungen also, ist die Ausstattung - darin ist der Antwort auf die Große Anfrage recht zu geben - im Grundsatz gut. Aber der Chef der Technologiestiftung, Herr Friebe, hat kürzlich in einer Sitzung des Europaausschusses deutlich darauf hingewiesen, daß insbesondere im Bereich der sogenannten weichen Infrastruktur - Anschlüsse, Geräte, Software, Ausstattung von Bildungsträgern und alles das, was man unter diesem Begriff versteht - nach seiner Einschätzung in den nächsten fünf Jahren noch ein Investitionsbedarf von zirka 50 Millionen DM an öffentlichen Investitionen zu tätigen ist.

Nun wissen wir alle, wie die Haushaltslage der öffentlichen Hände ist. Aber trotzdem glaube ich, daß man darüber miteinander reden muß, wo die Möglichkeiten liegen, auch die Notwendigkeiten liegen, hier tatsächlich etwas zu machen, und dann muß man natürlich auch darüber reden, wie die **Finanzierung** möglich ist. Die Chancen, die in diesem ganzen Sektor Informationsgesellschaft liegen, sollten uns aber doch dazu bringen, darüber nachzudenken, was realistisch machbar ist, was notwendig und was finanzierbar ist.

Ich bin auch der Auffassung und unterstütze dabei im Namen meiner Fraktion den Minister ausdrücklich: Die Technologieförderung in diesem Land muß auf einem hohen Niveau, auf einem möglichst hohen Niveau, fortgesetzt werden. Dies ist für unsere Zukunftschancen von entscheidender Bedeutung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Das hat auch mit der Standortqualität zu tun, die wir hier bereits erreicht haben, die aber weiter verbessert werden kann und muß, insbesondere für Unternehmen in diesem technologischen Sektor. Wir müssen Anreize bieten für Ansiedlung und Existenzgründungen von Unternehmen, die hier tätig sind. Dazu gehört auch, daß wir den Wissenschaftstransfer noch intensivieren müssen. Unsere Hochschulen leisten Hervorragendes in Lehre und Forschung, aber wir müssen ihnen helfen, daß die Ergebnisse dieser Tätigkeiten noch schneller, noch effektiver auch in wirtschaftliches Handeln von Unternehmen umgesetzt werden können, weil dies für Wachstum und Beschäftigung notwendig ist.

Zum Schluß will ich darauf hinweisen: In dem grandiosen, geradezu überragenden Zukunftsentwurf der CDU für "Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert", den wir hier gestern diskutieren durften, kam der Begriff "Informationsgesellschaft" leider nur im Nebensatz vor.

(Günter Neugebauer [SPD]: War auch nicht anders zu erwarten! - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das macht mir deutlich: Die CDU in unserem Land versteht von Zukunft nicht genug. Wir verstehen von Zukunft mehr. Das Land kann nicht darauf warten, bis auch Sie erkannt haben, wie bedeutend dieser neue Sektor für uns ist. Darum werden wir zur Not auch ohne Sie weiter voranschreiten. Besser wäre es, wir könnten es gemeinsam tun.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen bei der CDU -Zurufe von der SPD)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich jetzt - wie ich sehe - Damen und Herren von der Käthe-Kollwitz-Schule aus Kiel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Füllner.

#### Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei aller kritischen Würdigung vieler Antworten ist es positiv zu bewerten, daß sich durch diese Große Anfrage der Landtag mit einem Thema befaßt, das von außerordentlich großer wirtschafts- und auch gesellschaftspolitischer Bedeutung ist. Die Fragen, die hier gestellt worden sind, und die Antworten und der ganze Themenkomplex zeigen auch die gewaltige Komplexität, die die muldimediale Entwicklung beinhaltet. Sie betrifft jeden Bürger, sie betrifft jeden Betrieb, sie hat Auswirkungen gewaltigster Art auf den Arbeitsmarkt, die heute so manch einer noch nicht erkennt; sie beeinflußt entscheidend die Berufschancen junger Menschen, der jungen Generation insgesamt, sie muß Einfluß auf den Inhalt der Lehrpläne an unseren Schulen haben, auf die Ausstattung der Schulen und Universitäten und auf die Organisation der öffentlichen Verwaltung. Sie hat auch gewaltige Auswirkungen - das muß hier auch erwähnt werden; das zeigt die Große Anfrage auch - auf das gesamte soziale Gefüge vom Freizeitverhalten bis zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und letztlich natürlich auch auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und Deutschlands und Europas insgesamt.

Ich glaube, dieser **Themenkomplex** "Multimedia/Informationsgesellschaft" ist eine der interessantesten Zukunftsfragen und politischen Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Ich wundere mich nur manchmal, wie manch einer auch in diesem Hause sich diesem Thema und der Diskussion zu diesem Thema entzieht.

#### (Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es ist aus meiner Sicht auch ein Mangel, daß sich der Landtag quasi bisher nur en passant mit Medienpolitik befaßt hat, nämlich immer nur dann, wenn die Ministerpräsidenten wieder einmal Staatsverträge - ich sage das bewußt - ausgekungelt haben. Wir sollten uns in der Aufarbeitung dieser Großen Anfrage auf eine sehr breite Diskussion verständigen, weil das Thema für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von fundamentaler Bedeutung ist.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Aber die revolutionärsten Entwicklungen stehen uns erst noch bevor, obwohl schon heute manch einer - dies ist in manchen Beiträgen schon deutlich geworden - auch diese Welt schon nicht mehr versteht, die Technologie auch nicht anwenden kann und auch nicht in sie einsteigt. Die **Informations- und Kommunikationsindustrien** wachsen in Deutschland und in Europa pro Jahr mit einer Rate von 7 bis 8 %. Der Anteil am

Bruttosozialprodukt wird sich bis zum Jahr 2000 auf etwa 10 % verdoppeln, und im gleichen oder in noch größerem Umfang wachsen die gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser technischen Entwicklung.

Die Große Anfrage hat allerdings auch einen weiteren wesentlichen Mangel. Die Fragestellungen befassen sich fast alle mit dem derzeitigen Stand der Medienentwicklung und sind zu wenig auf die **Entwicklungsperspektiven** ausgerichtet.

#### (Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das liegt natürlich auch an den Fragen. Wenn nicht danach gefragt wird, können diese Fragen auch nicht beantwortet werden. Die Verfallzeiten für die angewendete Technik, der Hardware und auch der benutzten Software, werden immer geringer. Das, Herr Minister, ist vielleicht auch ein Grund dafür, daß sich mancher dieser Diskussion überhaupt entzieht, weil seine Gedanken gar nicht nachkommen können und er deshalb gar nicht in diese Problematik einsteigt. Nur, das ist eine gefährliche Mentalität und, der müssen wir entgegenwirken.

Es zeichnen sich aber Entwicklungen ab, die weit über die Fragestellungen in dieser Großen Anfrage hinausgehen. Aber wir sollten uns dieser zukunftsorientierten Diskussion schon heute stellen. Die **Entwicklung des Internets** haben viele noch vor zwei bis drei Jahren als zu vernachlässigende Größe abgetan. Ich erinnere mich an den Medienkongreß in Lübeck, auf dem selbst Vertreter von Bertelsmann die wirtschaftliche Bedeutung des Internets sehr zurückhaltend beurteilt haben. Heute berichtet derselbe Konzern und berichten die großen Fluggesellschaften schon von wesentlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in diesem Bereich.

Zwischenzeitlich entwickelt sich das Medium Internet zu einem gewaltigen Wirtschaftsfaktor. Dies wird in einem ungleich größeren Ausmaß für die sich jetzt abzeichnende Entwicklung digitaler Multimediasysteme gelten, die ähnliche Arten von Diensten in verschiedenen Netzplatzformen übermitteln oder Endgeräte wie Telefon, Fernseher und PC mit einer unglaublichen Vielzahl von kombinierten Anwendungen auf der Grundlage von digitalisierter Datenübertragung und Datenspeicherung verschmelzen können.

Das **Fernsehgerät** zu Hause und am Arbeitsplatz wird zu einem Terminal mit unglaublich vielen Anwendungsmöglichkeiten. Die Entwicklung wird sich für jeden Bürger so gravierend auswirken, daß es die EU-Kommission für erforderlich hielt, dieser sogenannten Konvergenz - wie sie bezeichnet wird - ein

#### (Meinhard Füllner)

Grünbuch zu widmen - das ich nur jedem zur Lektüre empfehlen kann -, das die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ordnungspolitischen, rechtlichen, aber auch wettbewerbsbezogenen Probleme zur Diskussion stellt.

Wir sollten uns, wie der Bundesrat auch, hier im Landtag einmal mit dieser Gesamtproblematik der ordnungspolitischen und wettbewerbsbezogenen Auswirkungen dieser künftigen Entwicklung auseinandersetzen.

#### (Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist jetzt an dieser Stelle nicht der Raum, weiter auf die Technik einzugehen, so interessant das auch ist. Ich möchte nur einige Aspekte ansprechen, die direkt oder indirekt in der Antwort auf die Große Anfrage diskutiert worden sind.

Zum einen möchte ich den globalen Aspekt hervorheben. Bei dem Bemühen, landesspezifisch zu fragen und zu antworten, kommt der **globale Aspekt** nach meiner Einschätzung zu kurz. Die Informationsgesellschaft oder die Entwicklung im Multimediabereich wird weder durch nationale noch durch europäische oder gar landesspezifische Vorgaben entscheidend geprägt, sondern sie wird maßgeblich von globalen Faktoren bestimmt.

Microsoft, Intel oder Time Warner sind Namen, die den Kurs bestimmen. Schon heute entzieht sich das Internet einem regulierenden Zugriff. Es ist ein System, das niemandem gehört, das keinen Eigentümer hat.

Ich weise deshalb darauf hin, weil ich auch in unserem Lande den Eindruck habe, daß viele immer noch glauben, sie könnten durch rechtliche Rahmensetzungen und Staatsverträge die Regulierungstatbestände noch weiter verdichten. Ich komme am Ende meiner Ausführungen auf diesen Punkt noch einmal zurück.

#### (Konrad Nabel [SPD]: Bayern!)

- Nein, gerade Bayern nicht, Herr Nabel - das haben Sie noch nicht erkannt -, jedenfalls nicht in der Multimediadiskussion, die wir von der Diskussion über den Rundfunkstaatsvertrag unterscheiden müssen, die natürlich auch in Zukunft hiermit zusammenhängen wird!

Wenn wir als **Medienstandort** Deutschland oder **Schleswig-Holstein** noch attraktiver werden wollen, müssen wir nicht noch mehr regulieren, sondern im Gegenteil den technischen und anwendungsbezogenen Multimediamarkt weiter liberalisieren.

#### (Beifall bei der CDU)

Medienkompetenz - das haben Sie angesprochen, Herr Minister - ist eines der wichtigsten Stichworte, weil die **Medienkompetenz** für die Anwendungsbereitschaft und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes entscheidend ist.

Ein Schwerpunkt der Stellungnahme des Bundesrates zum ersten Grünbuch und zur Bedeutung der Informationsgesellschaft der Politik der Europäischen Union war der Hinweis auf die erforderliche Entwicklung der Medienkompetenz und Qualifizierung.

Die Länder hatten sich verständigt, politische Schwerpunkte zu setzen, um die Medienqualifikation und die Medienkompetenz in den Schulen und Universitäten zu stärken. Dieser Auftrag ist bisher nur teilweise erfüllt worden. Wir müssen uns die Bundestagsdrucksache aus dem Jahr 1996 noch einmal vornehmen und die Frage stellen, ob sie denn im ausreichenden Maße aufgearbeitet worden ist. Ich sage hier: Sie ist nicht in ausreichendem Maße aufgearbeitet worden. Deshalb müssen wir uns dieser Aufgabe im Wege der Befassung mit der Antwort auf die Große Anfrage widmen.

In diesem Sinne bestehen in allen Bildungsbereichen dieses Landes - von der Grundschule bis zur Hochschule, von der Lehrerausbildung bis hin zu unseren Bibliotheken - trotz der von Ihnen zum Teil genannten anfänglichen Initiativen gewaltige Defizite.

Angesichts der sich entwickelnden Bedeutung von Multimedia für jeden einzelnen Bürger müssen sowohl die **technische Ausstattung** als auch die **inhaltliche Qualifizierung** ein sehr viel größeres Gewicht in der Bildungspolitik erhalten. Es muß ein politisches, in sich schlüssiges Programm mit hoher Priorität entwikkelt werden. Wir sind bereit, daran konstruktiv mitzuarbeiten.

#### (Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich unterstreiche, was der Minister gesagt hat, daß wir verhindern müssen, daß es eine Zwei-Klassen-Gesellschaft gibt, daß es hier Zugangsschranken und ein Auseinanderdriften unserer Gesellschaft gibt. Das ist ein wirkliches soziales Problem, das wir alle gemeinschaftlich erkennen müssen.

Ich möchte aber auch noch zwei andere Punkte ansprechen. In der Großen Anfrage wird die Zukunft unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks angesichts der Entwicklung im Bereich der Multimedia problematisiert. Alle Parteien sind sich immer darin einig gewesen - auch in diesem Hause -, daß die gewachsene duale Rundfunklandschaft in Deutschland im Bestand gesichert werden muß, aber auch zugleich die Chancen für eine Fortentwicklung gefördert werden müssen.

#### (Meinhard Füllner)

Dabei mache ich mir weniger Sorgen um die private **Rundfunklandschaft**. Wenn ich die Regulierungsmentalität der Ministerpräsidenten und unserer Ministerpräsidentin und ihrer Staatskanzlei betrachte, die die Entwicklungschancen unserer privaten Rundfunkanstalten zu sehr einengen, werden diese - von sich heraus am Markt orientiert - alle Möglichkeiten von Multimedia auch in marktfähige Angebote umsetzen.

Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in Deutschland ist - was die Programmgestaltung und die Programmleistungen anbetrifft - in jeder Beziehung konkurrenzfähig. Es leistet einen unverzichtbaren Dienst, die Wahrung der kulturellen Identität für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein breitgefächertes pluralistisches Programmangebot zu sichern.

Es ist unstrittig, daß wir diesen öffentlich-rechtichen Rundfunkauftrag nur über die weitere Gebührenfinanzierung erhalten können. Aber ich spreche hier auch kritisch an, daß wir uns darum sorgen müssen, wie wir angesichts der neuen multimedialen Entwicklungen, angesichts der Verschmelzung der einzelnen Dienste und der technischen Anwendungen die Sonderstellung, die Privilegierung ohne wettbewerbsverzerrende Tatbestände erhalten können. Deswegen wird auch dies ein entscheidendes Problem sein, das wir hier länderbezogen und in unserer eigenen Kompetenz regeln müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, gestatten Sie mir, noch einen Gedanken anzufügen. Ich will zum Schluß einen Aspekt ansprechen, der uns große Sorge machen muß, nämlich die Situation der **Überregulierung** insbesondere in der deutschen **Medienlandschaft**.

Wir haben aufgrund der 15 Landesrundfunkanstalten - unglaublich, 15 mal gleiche parallele Prüfungen und Untersuchungen -, der KEK, der KEF, den Rundfunkräten und ZDF-Räten eine solche Kontroll- und Regelungsdichte in Deutschland - abgesehen von der ständig drohenden Einwirkungsmöglichkeit der Staatskanzleien -, daß dies für eine gute Entfaltung und künftige Entwicklung, die wir eingefordert haben und die wir fördern müssen, nicht hinnehmbar ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In diesem Sinne wünschen wir uns eine Diskussion darüber, daß wir ein Stück mehr Liberalisierung und damit auch medienorientierter unternehmerischer Kraft entfalten können. Dazu kann der Landtag gute Rahmenbedingungen setzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion über die **neuen Medien** ist meistens dadurch geprägt, daß viele erwachsene Männer und ab und zu auch eine Frau herumsitzen und oft gar nicht wissen, worüber geredet wird und noch weniger, ob das Ganze einen Sinn macht.

Aber das scheint mir gerade das Sinnige daran zu sein. Denn allein daran erkennt man, daß es sich um etwas Neues handelt. Wir haben nämlich zwei Möglichkeiten, an das Neue heranzugehen:

Entweder wir machen es so wie der Angestellte, der einen Computer auf den Arbeitsplatz bekam und als erstes sagte: "Ohne eine Schulung fasse ich das Ganze nicht an." Oder wir machen es wie der Lehrer vom Ostsee-Gymnasium aus Büsum, der uns auf einer RI-SI-Sitzung berichtete, er habe mit seinen Schülern einen interaktiven englischen Krimi mit Originalgraphiken aus Dateien von Scotland Yard geschrieben.

Als ich ihn fragte, welche Kurse er besucht habe, um so einen anspruchsvollen Unterricht zu machen, sagte er: "Keine, ich verstehe nichts davon. Das machen alles meine Schüler."

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich wünschte mir, die Politik wäre genauso bereit, auf das Abenteuer Zukunft einzugehen wie dieser Lehrer. Leider ist das häufig nicht der Fall, wenn ich mir angucke, was tatsächlich passiert: Als wir ins Landeshaus einzogen, waren wir die erste Fraktion, die im Landeshaus ein Computernetz installiert hat - was in jedem Betrieb üblich ist.

(Widerspruch bei der CDU)

Als wir uns Handys anschafften, um unsere Koalitionsvereinbarungen zu koordinieren, wurden wir erst einmal öffentlich ausgelacht.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die CDU macht sich bundesweit über ein Kryptographieverbot Gedanken, um damit die deutsche Medienindustrie und die Entwicklung der neuen Technologien weltweit abzukoppeln und zu blockieren.

(Meinhard Füllner [CDU]: Quatsch!)

#### (Karl-Martin Hentschel)

Die Präsenz hier im Landtag ist bei solchen **Zu-kunftsdebatten** ja erheblich; die angebliche Zukunftsdebatte fand offenbar ja gestern statt,

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Bei der Rechtschreibreform!)

als über die Rechtschreibreform und anschließend über den CDU-Antrag geredet wurde, bei dem das wesentliche Thema der Zukunft im Straßenbau gesehen wurde.

Ich finde, es ist teilweise erschreckend, wie diese Diskussion geführt wird - das muß man deutlich sagen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein, es ist erschreckend, wie schlecht Sie zuhören! - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist eben selektives Hören!)

#### - Ja, Sie können sich ruhig aufregen!

Ich schlage vor, uns in die Zeit vor 200 Jahren zurückzuversetzen, in das Jahr 1798, und uns vorstellen, im Schleswig-Holsteinischen Landtag würde eine Große Anfrage mit dem Titel "Auf dem Weg in die Industriegesellschaft - Chancen, Risiken und Herausforderungen der modernen Technik in Schleswig-Holstein" gestellt.

Wahrscheinlich hätte in der Antwort auf diese Große Anfrage gestanden, daß man die Leistungsfähigkeit der Pferdefuhrwerke in den kommenden 100 Jahren um 50 % steigern könnte, wenn alle Landstraßen nicht mehr im Zickzack um die Äcker verlaufen würden, sondern begradigt würden, und daß sie um weitere 50 % zu steigern wäre, wenn die Zahl der Pferde-Relaisstationen verdreifacht würde. So hätte wahrscheinlich die Zukunftsperspektive im Jahre 1798 ausgesehen. Mit der Wirklichkeit hätte das nichts zu tun, und ich denke, die Debatten, die hier im Augenblick geführt werden, haben mit der Wirklichkeit im nächsten Jahrhundert genauso wenig zu tun. Das ist mein Eindruck.

Interessant ist zum Beispiel, daß in der Antwort auf die Große Anfrage eine Statistik über die Arbeitsplätze in der Medien- und Kommunikationswirtschaft des Landes aufgeführt wird. Dabei kommt heraus, daß innerhalb von zwei Jahren die Zahl der Arbeitsplätze um 25 % zurückgegangen ist. Läßt man einmal die Deutsche Bundespost außer Betracht, die auf diese Statistik verfälschend einwirkt, kommt man zu dem Ergebnis, daß es immer noch einen Rückgang von 5 % in der Medienwirtschaft Schleswig-Holsteins gibt. Haben wir irgend etwas hinsichtlich dieser großen Zukunftswirtschaft falsch verstanden?

Noch interessanter ist es, sich die Arbeitsplätze im einzelnen anzusehen, denn von den 30.000 Arbeitneh-

mern in diesem Bereich sind immerhin 12.000 - also mehr als ein Drittel - in ganz normalen Druckereien beschäftigt, in denen Zeitschriften, Bücher und Kataloge gedruckt werden. Mit Multimedia hat das doch wenig zu tun.

Weitere 10.000 Menschen arbeiten an der Herstellung von Meßgeräten. Dagegen werden unter dem Stichwort "Multimedia" in Schleswig-Holstein gerade mal 2.000 Arbeitsplätze ausgewiesen. Man reibt sich die Augen und fragt sich: Hat man das Ganze mißverstanden?

Meine Damen und Herren, die Grünen haben immer für einen nüchternen Umgang mit den Risiken und Chancen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien plädiert. Natürlich führen die Rationalisierungspotentiale dieser Technologien zum Verlust von Arbeitsplätzen. Um so mehr kommt es darauf an, die Rahmenbedingungen des Landes dafür zu schaffen, daß die durch diese Entwicklung möglicherweise in anderen Bereichen neu entstehenden Arbeitsplätze auch im Lande bleiben. Es ist eine paradoxe Situation: Die Technologie universell nutzbarer Datennetze erlaubt eine starke Dezentralisierung und Individualisierung der Arbeitsstrukturen, sie überwindet problemlos große räumliche Entfernungen und rückt Dithmarschen unmittelbar in die Nachbarschaft von Los Angeles. Das ist für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein eine große Chance. Zugleich beobachten wir aber eine Zentralisierung der Zukunftsbranchen in den Metropolregionen, die das kreative Potential aus der Fläche abziehen. Hier gilt es, mit den Mitteln des Landes auf intelligente Weise gegenzusteuern.

Wir brauchen wirklich nicht weiter über die Zukunft dieses Landes zu reden, solange eine große Mehrzahl der Parteien wie in diesem Landtag und auch in der Wirtschaft Investitionen in Straßen, Werften und Landwirtschaft wichtiger findet als die Investitionen in neue Technologien.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind es - und dies ist auch eine Bemerkung an den Herrn Verkehrsminister - in diesem Landtag gewesen, die für eine intelligente und kostengünstige Entwicklung der Radwegenetze und des Systems eingetreten sind, statt immer mehr Millionen in den Bau von Betonbrücken zu stecken - nur um auch dieses Thema am Rande ebenfalls noch zu erwähnen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

#### (Karl-Martin Hentschel)

Dieses Land besitzt mit der Technologiestiftung, die das Projekt RISI koordiniert, eine kompetente Einrichtung zur konzeptionellen wissenschaftlichen Begleitung dieses Strukturwandels. Der uns zugegangene Zwischenbericht zur Evaluierung des Technologietransfers in Schleswig-Holstein macht aber auch deutlich, daß die Instrumentarien weiterentwickelt werden müssen. Wir brauchen erstens eine Zusammenfassung der verschiedenen Förderinstrumentarien im Wirtschafts- und im Universitätsbereich, deren stärkere Ausrichtung auf den Transfer von Know-how und die Bindung von Humankapital. Zweitens brauchen wir eine einheitliche Darstellung unter einem einheitlichen Label für Schleswig-Holstein, damit Schleswig-Holstein gerade in diesem Bereich stärker im Lande selbst und auch draußen - erkennbar ist.

Angesichts dieser Empfehlungen habe ich große Bedenken, das Stiftungskapital der Technologiestiftung zu verringern - wie es zur Zeit geplant ist - und in drei Jahren zu verpulvern.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der CDU)

Hier geht es nicht um Schnellschüsse. Hier geht es um wichtigere Entscheidungen für die zukünftige Entwicklung des Landes, die sogar von größerer Bedeutung sind als der Bau des einen oder anderen Straßentunnels.

Die Grünen bemühen sich seit Beginn der Legislaturperiode in zwei sehr konkreten Punkten darum, die Rahmenbedingungen für die Medienwirtschaft zu verbessern: bei der Medienförderung und im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Das neue Landesrundfunkgesetz soll dafür einige Weichen neu stellen, nicht zuletzt auch deshalb, um die Finanzquellen des Rundfunk- und Mediensektors effektiver für die Regionalentwicklung zu nutzen. Es handelt sich dabei um Mittelstandsförderung in bestem Sinne, denn das Ziel der Förderung ist unter anderem die wirtschaftliche Stärkung der im Lande vorhandenen überwiegend kleinen Medienfirmen.

Eine Schlüsselrolle für den Strukturwandel wird der Bildungsbereich spielen. Die Grünen haben in dieser Koalition dem Bildungsbereich den höchsten Stellenwert zugeschrieben. Dabei ist grundsätzlich zu bedenken: So wichtig die Ausstattung mit Hardware ist - das entscheidende ist die Software. Es geht darum, wofür wir die neuen technologischen Potentiale nutzen, wie kreativ die Menschen im Lande damit umgehen. Hier liegt die entscheidende Herausforderung.

Meine Damen und Herren, lassen wir uns nicht entmutigen. Anfang dieses Jahrhunderts schätzte eine interne Studie der Firma Daimler-Benz das maximale Marktvolumen für Personenkraftwagen auf weltweit 1 Million Fahrzeuge. Diese Aussage wurde damit begründet, daß der Betrieb eines PKW einen im Vergleich zu einem Kutscher technisch hochqualifizierten Fachmann erfordere; deshalb würden es sich weltweit nicht mehr als 1 Million Menschen leisten können, einen solchen hochqualifizierten Chauffeur privat anzustellen.

Ist das nicht etwa das gleiche, wenn wir heute angesichts des zu erwartenden und verheißenen Multimediazeitalters eine Statistik bekommen, bei deren Lektüre wir verwundert feststellen, daß trotz aller dieser Verheißungen die Zahl der Beschäftigten in den Drukkereien nicht zugenommen hat?

Als ich beim Schreiben meiner Rede so weit gekommen war, habe ich mir gedacht: Ich frage einmal den Computer. Also rief ich mit Hilfe meines Laptops - Pentium 100, 16 MB - die Internet-Suchmaschinen "Fireball" und "AltaVista" an und bat sie, mir Stichpunkte zum Thema "Informationsgesellschaft" zum 26. Juni 1998 zu liefern.

Eine Auswahl: "Berliner Kurier" - "Wer beim Kauf eines Multimedia-PCs technische Beratung erwartet, muß eine Spielernatur sein".

(Heiterkeit)

"Süddeutsche Zeitung" zum Thema "Bildung im digitalen Zeitalter" - "Der Lehrer, einst ein strenger Zuchtmeister, ist heute ein lernbegleitender Coach". Ich hoffe das so.

"Nordwest-Net" - "Virtueller Popstar aus dem Cyberspace soll die Hitparaden stürmen. Das Kunstwesen aus Bits und Bytes mit dem Namen E-Cyas wird die internationale Popszene aufmischen."

"Nürnberger Nachrichten" - "Im Schatten des Stellenabbaus sprießen Jobs. Beispiele gibt es vom Traditionshaus bis zum Existenzgründer als Multimedia im Museum".

Und die "Berliner Morgenpost" - "Berliner Mediziner erforschen neue Therapien für Neglect-Patienten. Das sind Menschen, denen von heute auf morgen die halbe Welt verlorengeht. Sie essen nur noch von der rechten Hälfte des Tellers."

Soweit die Informationen meines Laptops mit Hilfe der Suchmaschinen!

Weitermachen durfte ich nicht, da meine Tochter mit ihrer Freundin teleakustisch kommunizieren wollte und mir deshalb über analoge Airwaves die Informa-

#### (Karl-Martin Hentschel)

tion transmittete, ich solle endlich den Internet- Explorer closen.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören, meine Damen und Herren

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

(Holger Astrup [SPD]: Hat Ihre Tochter auch einen Computer?)

#### Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Na klar! -

(Heiterkeit)

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal muß ich eines feststellen. Das Bemerkenswerteste an dieser Debatte ist - ich habe das eigentlich nicht erwartet -: Das Interesse ist genauso gering, als sprächen wir über Agrarpolitik, und dies bei einem der Zukunftsthemen für dieses Land, wie es von den Herren Vorrednern immer wieder dargestellt worden ist.

(Zurufe)

Die zweite bemerkenswerte Feststellung ist für mich, daß sich allein der Kollege Füllner traut, von der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes zu sprechen, obwohl doch gerade dies die entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung ist, die wir in diesem Lande zu verzeichnen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber verständlicherweise mag weder der Minister noch Herr Hentschel davon sprechen, daß die Liberalisierung die entscheidende Voraussetzung ist. Vor einem halben Jahr haben Sie dies noch vehement bekämpft.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, haben wir nicht so gemacht!)

Zu Recht haben Herr Saxe und Herr Hentschel - dafür möchte ich mich bedanken - darauf hingewiesen, daß Töchter in gleicher Weise wie Söhne in der Lage sind, mit dem Computer umzugehen, im Internet zu surfen und die entsprechende Sprache zu sprechen. Ich bedanke mich dafür.

Vor diesem Hintergrund sind allerdings einige Fragen zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden zu hinterfragen, die wir in dieser Anfrage finden. Sie entbehren nicht der Komik und klingen sehr, sehr bemüht.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Ich meine auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß wir in diesem Hohen Hause wohl ein wenig hinterherhinken. Wenn ich lese, daß ein Freizeitforschungsinstitut in einer repräsentativen Umfrage ermittelt hat, daß nahezu jeder zweite Bundesbürger Behördengänge durch Online-Dienste ersetzen würde, daß jeder vierte sich gern an Diskussionen mit Politikern im Internet beteiligen würde, dann meine ich, daß das Interesse an diesen Fragen auf der linken Seite des Hohen Hauses doch etwas gering ist. Das ist die Zukunft, und wir stellen uns ihr hier nur in bescheidenem Maße.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir praktizieren das bereits!)

Die SPD hat drei Jahre nach der großen Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur Informationsgesellschaft einen umfangreichen, aber leider wenig strukturierten Fragenkatalog vorgelegt. Bei der Bewertung der Antwort der Landesregierung wird man über einige Mängel zu sprechen haben, insgesamt, Herr Minister, ist jedoch festzuhalten, daß bei der Landesregierung durchaus erfreuliche Erkenntnisgewinne zu verzeichnen sind.

Wir diskutieren inzwischen nicht mehr das Ob der **Entwicklung zur Informationsgesellschaft**, sondern wir diskutieren das Wie.

Die Entwicklung der letzten Jahre war rasant. 1993 gab es im Internet gerade einmal 130 WWW-Seiten, 1997 waren es annähernd 1,2 Millionen. Und es wird geschätzt, daß sich die Zahl der Internetseiten alle sechs Monate verdoppelt.

Dieses Angebot an Seiten macht deutlich, daß eine entsprechende Nachfrage besteht.

Das Interesse der Bürger ist steigend, und zwar nicht nur daran, Informationen aufzunehmen, den PC sozusagen als Zeitung oder Nachschlagewerk zu benutzen, sondern die Bürger wollen auch selbst an den Diskussionen teilnehmen, sich über das Internet mit anderen, teilweise völlig fremden Menschen unterhalten. Die verschiedensten **Diskussionsforen im Internet**, nicht nur die der Parteien, sind so etwas wie ein globales Kaffeehaus. Man trifft sich und spricht miteinander - sofern das Netzt nicht überlastet ist. Damit öffnet die Entwicklung zur Informationsgesellschaft nicht nur Chancen für Arbeitsplätze und neue Informationsmöglichkeiten und alles, was noch erwähnt wor-

#### (Dr. Christel Happach-Kasan)

den ist, sondern sie birgt auch emotionale Qualitäten. Und darüber sollte man auch sprechen.

Die Landesregierung bezeichnet in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zu Recht die dramatisch sinkenden Informationskosten als Grundlage der Entwicklungen zur Informationsgesellschaft. Schon vor drei Jahren war festzustellen, daß mehr PCs produziert werden als Autos. Dieser Trend hat sich fortentwickelt. Ein PC im Haushalt ist kein Luxusgegenstand mehr. Mit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes zum 1. Januar diesen Jahres ist die andere Voraussetzung für die Entwicklung der Informationsgesellschaft eingeleitet worden. Die Preise für die Nutzung der Netze sind spürbar gesunken. Die SPD und die Grünen haben vor dieser Liberalisierung in schillernden Farben gewarnt; ein halbes Jahr später ist dies Schnee von gestern.

#### (Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Vorteile dieser Liberalisierung sind nicht von der Hand zu weisen. Schon nach einem halben Jahr kann die Landesregierung an drei Beispielen deutlich machen, daß durch diese Liberalisierung neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, und das entgegen den Vorhersagen der SPD.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes ist ein beredtes Beispiel dafür, daß das Aufbrechen von Monopolen, daß Deregulierung und daß mehr Markt die Chancen für neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze entscheidend verbessern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Landesregierung schätzt die **Bedeutung der Dienstleistungsmetropole Hamburg** für die Entwicklungschancen in Schleswig-Holstein richtig ein. Wir erwarten, daß sie diese dann auch zu nutzen versteht, statt sich über die Verwendung des Begriffs "Nordstaat" kleinlich zu zerstreiten.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Die weltweiten Möglichkeiten für jeden einzelnen sind faszinierend. Der Markt der Möglichkeiten ist offen. Immer neue Angebote zeigen, daß diese Möglichkeiten noch lange nicht erschöpft sind. Badische Universitäten wollen per Internet Studenten in aller Welt unterrichten. Die Aktivität der Fachhochschule Lübeck ist hier ebenfalls dargestellt worden. Ferndiagnose per Internet gestattet es, die besten Experten zu konsultieren, egal, wo sie wohnen. Der Marktplatz Internet holt die Angebote der Welt in jedes Wohnzimmer und damit auch die Möglichkeit, an diesen Angeboten

teilzuhaben. Es ist offensichtlich, daß sich die Chancen ländlicher Räume durch die Informations- und Kommunikationstechnologien deutlich verbessert haben.

Der Deutsche Städtetag hat in diesem Jahr die Leitsätze zur städtischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit novelliert. Der Städtetag stellt ausdrücklich fest, daß die Städte, um ihrer Informations- und Kommunikationsaufgabe gerecht zu werden, im Internet präsent sein müssen. Ein Blick auf die Seiten der Städte im Lauenburgischen zeigt, daß nicht jedes Angebot optimal ist, aber die ersten Schritte, auch in diesem Medium Flagge zu zeigen, sind gemacht, und zwar auch schon von den kleinsten Städten.

Angesichts enormer Anstrengungen des Landes bei der Ausstattung der Landesverwaltung mit Informations- und Kommunikationstechnologie ist es alarmierend, daß die Mittel nicht zu einer Vollausstattung reichen werden und das Halten des derzeitigen Bestandes als schwierig dargestellt wird. Das muß doch heißen, daß Prioritätenentscheidungen erforderlich sind. Vorstellungen dazu fehlen.

Es reicht im übrigen auch nicht, **Forschungsarbeiten** zum Thema "Elektromagnetische Verträglichkeit" zu erwähnen. Warum wird verschwiegen, Herr Minister, daß inzwischen zahlreiche Ergebnisse vorliegen, die die herbeigeredeten Gefahren des sogenannten Elektrosmogs als Schauermärchen ausweisen?

Der Abschnitt über die **620-DM-Jobs** enthält ebenfalls ideologischen Ballast, weil nicht berücksichtigt wird, daß auf unserem überregulierten Arbeitsmarkt diese Beschäftigungsverhältnisse zu den wenigen Möglichkeiten gehören, den starren Regelungen auszuweichen.

Unabhängig von Fortschritten bei der Ausstattung von Schulen mit Computern ist die Situation alles andere als rosig. Was ist mit der Aussage anzufangen, daß 1996 alle allgemeinbildenden Schulen über einige Computer und über geeignete Software verfügten? Gymnasien, Realschulen und Gesamtschulen seien überdurchschnittlich ausgestattet. Was ist mit den Hauptschulen? Dem Lehrer beim Bedienen eines Computers über die Schulter schauen zu dürfen, ist kein Weg, Medienkompetenz zu vermitteln, insbesondere nicht in der Hauptschule.

Die Initiativen im Rahmen des Programms "Schulen ans Netz" sind gut. Es gibt aber keinen Anlaß, sich zufrieden zurückzulehnen. Die technische Ausstattung ist nur ein Teil des Problems, die Schulen in die Lage zu versetzen, den Schülerinnen und Schülern Kompetenzen zur Beherrschung dieser neuen Medien zu vermitteln. Die **Fortbildung der Lehrer** der ver-

#### (Dr. Christel Happach-Kasan)

schiedensten Fächer ist dabei eine wesentliche Aufgabe. Es genügt nicht, nur die Mathematiklehrer anzusprechen. Diese Aufgabe ist umfassender, als nur das Surfen durchs Internet und die Bedienung von Suchmaschinen zu vermitteln. Im übrigen können das die meisten Schüler schon, ohne daß es ihnen irgend jemand vermitteln müßte. Der Umgang mit der Informationsflut, die Beschränkung auf das Wesentliche, der kritische Abstand zu den verführerisch über den Bildschirm flimmernden Informationen sind gefragt. Das sind keine neuen Themen, sie haben aber durch die neuen Technologien eine andere Qualität gewonnen.

So wie in der Anfangsphase der Einführung des Telefons nicht jeder von Anfang an dabei sein konnte, ist auch jetzt hinzunehmen, daß die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien Zeit braucht. Die öffentlichen Büchereien wären geeignet, einer breiteren Öffentlichkeit den Zugang zum Internet zu ermöglichen. Internetcafes in großen Städten haben diese Idee schon längst aufgegriffen.

Völlig zu Recht wird in der Antwort darauf hingewiesen, daß angesichts der globalen Dimension der neuen Technologien Regelungen zum **Datenschutz** und zur **Datensicherheit** zumindest auf europäischer Ebene erforderlich sind. Das Land wäre damit überfordert.

Es gibt einige Sätze in dieser Antwort, die schlicht unverständlich sind. Die These vom Zielkonflikt zwischen der Erziehungs- und der Erwerbsarbeit ist im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft nicht einleuchtend, genauso wenig wie die Feststellung, daß geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Ausstattung mit moderner Technologie nicht bekannt seien. Dieser Antwort liegt eine Erwartungshaltung der fragestellenden SPD-Fraktion zugrunde, die offensichtlich ideologisch begründet und fern der Realität ist. Ich rate Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, doch einmal bei Ihren Kindern nachzufragen; dann werden Sie merken, daß diese Diskussion, die Sie hier führen, eine Diskussion von gestern ist. Und Sie sollten noch auf etwas aufpassen. Allein die Verwendung von Anglismen, die geschickt in einen Vortrag oder einen Satz eingestreut sind, reicht nicht aus, Kompetenz bei der Benutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu vermitteln.

(Beifall bei der F.D.P.)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

#### Anke Spoorendonk [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der SPD zur Informationsgesellschaft ist umfangreich gewesen, und deshalb haben wir jetzt auch ein gediegenes Werk der Landesregierung vorliegen. Es ist nicht möglich, diese ausführliche Antwort in der kurzen Redezeit ganz zu besprechen. Daher werde ich hier nur einige Teilaspekte aufgreifen, die mir erwähnenswert erscheinen, in der Hoffnung, daß wir noch eine gründliche Erörterung in den Ausschüssen bekommen.

Eine zentrale Bedeutung für den richtigen Einstieg in die Informationsgesellschaft kommt dem Bildungswesen zu. Diese Einschätzung wird auch durch die Antwort auf die Große Anfrage bestätigt. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe für die Bundesländer. Hier liegt der Schwerpunkt für die Arbeit des Landtages, wenn es um die Entwicklung Schleswig-Holsteins in Richtung der Wissensgesellschaft geht. Arbeitswissenschaftlern zufolge führen der Einsatz der Computertechnologien und die Automatisierung in der Produktion dazu, daß zunehmend unqualifizierte Arbeit entsteht. Wir halten diese Entwicklung nicht für wünschenswert und sind der festen Überzeugung, daß ihr mit einer Verbesserung des Bildungssystems Rechnung getragen werden muß. Für die Informations- und Wissensgesellschaft gilt noch mehr, daß Bildung künftig das A und O einer jeglichen gesellschaftlichen Erfolgsstrategie sein wird. Wissen ist zum einen zum Rohstoff geworden; zum anderen sind Kompetenzen notwendig, um mit diesem Wissen und den entsprechenden Technologien umzugehen.

Leider sieht die Realität aber anders aus, wenigstens in der Bundesrepublik. Hier wird Bildung doch eher noch als trennendes Element statt als Kennzeichen unserer Gesellschaft definiert. Ich glaube, wir alle können aufgrund unserer Alltagserfahrungen die Warnung in der Großen Anfrage nachvollziehen, es drohe eine Spaltung der Gesellschaft in eine Gruppe, die sich gezielt qualitativ hochwertige Informationen erschließen kann, und eine andere Gruppe, die als sogenanntes Unterhaltungsproletariat eine Konsumhaltung zu Informationsmedien entwickelt hat und daher nicht von der Entwicklung profitiert. Eine Verschärfung dieser Situation und das Risiko einer Spaltung in wissensbezogene Stände können allein durch Anstrengungen der Bildungspolitik verhindert werden. Dies gilt für das formelle Bildungswesen, in dem bisher leider keine überzeugendere Reform durchgeführt wurde. Wir vermissen auch immer noch eine gesetzliche Regelung für die Weiterbildungsangebote, wie wir sie nun seit Jahren fordern. Da die Landesregierung in diesem Bereich aber die vierte Säule des Bildungswesens sieht, haben wir noch Hoffnung.

#### (Anke Spoorendonk)

Der Aspekt der Wichtigkeit der Bildung ist aber nicht nur auf die öffentlichen Bildungsangebote, sondern auch auf die privaten Formen zu beziehen. Ich nenne als Beispiel den privaten Zugang zu Informationsquellen. Wir teilen die Auffassung des Datenschutzbeauftragten und der Landesregierung, daß für alle Bürgerinnen und Bürger ein möglichst unkomplizierter und kostengünstiger Zugang zu Informationsquellen gewährleistet werden muß. Ich sage das noch einmal ganz deutlich und weise in diesem Zusammenhang auf unseren Antrag aus der letzten Sitzungsperiode des Landtags hin, in dem es ja gerade um den Zugang zu öffentlichen Informationen ging. Ich bin sehr gespannt auf die weiteren Beratungen darüber.

Auch allgemeinere Medien wie Bibliotheken und das Internet müssen für alle erreichbar sein, ohne daß jemand durch Kosten oder Mangel an technischem Wissen beziehungsweise Medienkompetenz ausgeschlossen wird. Dabei wird es unserer Ansicht nach Aufgabe der öffentlichen Bibliotheken sein, flächendeckend kostenlose Zugänge zu Internet und Datenbanken zu ermöglichen. Ich kann es in diesem Zusammenhang auch nicht seinlassen, darauf hinzuweisen, daß in Dänemark ein großer Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen einschließlich der Sozialhilfeempfänger einen privaten Zugang zum Internet hat.

#### (Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört! Hört!)

Das ist auch eine Art der Bildungs- und Standortpolitik, die sich bei uns hoffentlich noch durchsetzen wird.

Dabei wird vor allem Hoffnung in die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes gesetzt werden müssen. Eine gesetzliche Regelung wäre hier ebensowenig wünschenswert wie wahrscheinlich. Ich möchte aber trotzdem die Frage aufwerfen, ob es nicht analog zur Rundfunkgebührenbefreiung eine Ermäßigung der Gebühren für andere Informationsmedien geben könnte und auch geben sollte.

Eines wird in der Antwort auf die Große Anfrage ganz deutlich. Unsere Möglichkeiten, das hier besprochene Phänomen der Informationsgesellschaft zu beeinflussen oder gar zu planen oder zu steuern, sind äußerst begrenzt. Man kann sicher hier und da in begrenztem Rahmen eingreifen, aber im Prinzip haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, deren Eigendynamik sich einer zielgerichteten Beeinflussung durch politische Steuerung weitgehend entzieht. Die Informationsgesellschaft ist vor allem ein Phänomen, das die Wirtschaftsweise in der Welt grundlegend verändert. Nicht umsonst hat sie ihren Namen dadurch erhalten, daß sie sich von der industriellen Gesellschaft unterscheidet, weil sie auf anderen und neuen Produktionsfaktoren aufbaut.

Im Bereich der Wirtschaft ist der Einfluß der Politik darauf beschränkt, Rahmenbedingungen zu setzen, die die Wirtschaft begünstigen, oder ihr einen Rahmen vorzugeben, in dem sie politisch erwünschte Ergebnisse produziert. Die innere Logik des betriebswirtschaftlichen Denkens kann die Politik aber nicht beeinflussen, mögen die Konsequenzen in volkswirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Hinsicht auch noch so unerwünscht sein. Vielfach besteht der Handlungsspielraum der Politik nur darin, in einen Dialog mit der Wirtschaft einzutreten, um bestimmte Entscheidungen herbeizuführen.

In unserem nördlichen Nachbarland sind Großunternehmen und Banken dazu übergegangen, allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Gratis-PC für zu Hause anzubieten, teilweise verknüpft mit der Bedingung der Teilnahme an einer Computerschulung. So haben die Angestellten jetzt einen Heimcomputer umsonst bekommen. Das Unternehmen erhält auf diese Weise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die geübt und kompetent mit dem Computer umgehen. Zudem sind Strukturen geschaffen worden, die eine Basis für die teilweise oder vollständige Einführung der Telearbeit darstellen. Dieses nenne ich einen sozial verträglichen Einstieg in das Multimediazeitalter, der zudem geeignet ist, dem Unternehmen qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bescheren. Ich habe von einer ähnlich intelligenten Lösung hierzulande noch nichts gehört. Ich halte solche Initiativen aber für außerordentlich bemerkenswert und auch für nachahmenswert. Deshalb erwähne ich sie, auch wenn wir unser Skandinavien-Pensum sicherlich gestern schon für die gesamte Tagung erfüllt haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluß. Damit Sie mich nicht mißverstehen: Ich meine nicht, daß wir jetzt alle Nischen finden sollten, in denen die Politik noch Regelungskompetenzen hat, um zu intervenieren. Es gibt neben den vielen positiven Aspekten und Perspektiven der Informationsgesellschaft Entwicklungstendenzen, die zur äußersten Wachsamkeit mahnen und denen es politisch gegenzusteuern gilt. Das ist unsere Aufgabe. Vor dieser Aufgabe dürfen wir uns nicht drücken. Ansonsten würde Politik wirklich nur noch den Spielraum haben, den ihr die Wirtschaft übrigließe. Dann, so meine ich, hätten wir selbst schuld, wenn wir uns

#### (Anke Spoorendonk)

in der Informationsgesellschaft als Gesellschaft nicht wiederfinden könnten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Haller das Wort.

#### Klaus Haller [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion legt Wert darauf, daß ich in einem Dreiminutenbeitrag noch etwas zu einigen ökonomischen Passagen der Vorlage sage.

(Beifall bei der CDU)

Dem will ich mich nicht entziehen.

Ich finde es gut, wenn in dem Papier zu lesen ist, daß die Landesregierung ihre Aufgabe darin sieht, die Chancen der Informationsgesellschaft erkennen und nutzen zu helfen und die Risikodebatte zu versachlichen. Diese Einstellung, Herr Steinbrück, wünschte ich mir auch auf anderen Technologiefeldern, zum Beispiel bei der Gentechnologie oder beim Transrapid.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde gut, daß das Papier auf etwas hochtrabende oder sehr bemühte Fragen Antworten gibt, wie sie solche Fragen verdient haben. Hier eine Kostprobe:

"Die konkrete Ausgestaltung der entwickelten Informationsgesellschaft ist heute ebensowenig absehbar wie die Ausprägungsformen entwickelter Industriegesellschaften zum Zeitpunkt des erstmaligen Einsatzes der Dampfmaschine."

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Wir sind uns alle einig: **Telearbeit** eröffnet neue Beschäftigungsfelder und neue Beschäftigungschancen. Zu Telearbeit, Internet, virtueller Fabrik und ähnlichen Termini sei gesagt: In der Dezentralisierung von Arbeitsplätzen, in der Kombination von Arbeit und Wohnen an einem schönen Fleckchen Erde - Claus Ehlers! - sehe ich eine sehr reale Chance für die wirtschaftliche Belebung unserer schönen ländlichen Räume.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Zweifel, wenn die Landesregierung die wirtschaftliche Entwicklung von Hardware-Herstellern oder -Dienstleistern ziemlich unreflektiert positiv einschätzt und wenn sie die Nähe zur Medienmetropole

Hamburg ebenfalls nur positiv sieht. Die atemberaubende Aufwärtsentwicklung läßt bei mir neben positiven Wahrnehmungen auch die Assoziation von den tönernen Füßen aufkommen, und die im Papier applaudierte Kursentwicklung eines Unternehmens ist beileibe kein Garantieschein für eine ungetrübte Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten auch nicht überlesen, daß ein Anbieter von Mobiltelefonen aus dem Lande verschwunden ist und daß ein anderer großer Handy-Hersteller angekündigt hat, die Belegschaftsstärke weltweit um 10 % zu reduzieren.

Was Hamburg angeht, so ist der Ausstrahlungseffekt zweifellos positiv. Wir sollten aber nicht übersehen, daß es auch einen Absogeffekt gibt - und zwar nicht nur fiktiv. In Schleswig-Holstein operierende Medienunternehmen investieren direkt in Hamburg, um dort "bei die Leut zu sein".

Apropos Hamburg, auf die Frage nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit der norddeutschen Länder verfällt die Landesregierung verdächtig oft in den Konjunktiv. Leseprobe auf Seite 26: "Im Internet könnten sich die norddeutschen Länder unter einem gemeinsamen Dach präsentieren; dadurch würde bestehenden Verknüpfungen Rechnung getragen; so könnte durch ein gemeinsames Projekt 'Telearbeit' der Abwanderungsdruck Hamburger Unternehmen gemildert werden." - Hätte, würde, könnte - wie singt doch Eliza Doolittle: Sprich nicht vom Mond, den du mir schenkst, wenn du dran denkst. Tu's doch!

(Beifall im ganzen Haus)

Wir freuen uns auf die Beratungen im Ausschuß - in welchem auch immer.

(Beifall bei CDU, F.D.P., SSW und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Wirtschaftsausschuß und mitberatend dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 14 auf:

#### Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1489

#### (Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Na, wenn das man gutgeht!)

# Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 1997 weist einen besorgniserregenden Anstieg minderjähriger Straf- und Gewalttäter in Schleswig-Holstein aus. Knapp 30 % aller Tatverdächtigen sind inzwischen jünger als 21 Jahre. Fast 40 % aller Straftaten werden in Schleswig-Holstein von dieser Altersgruppe begangen. Junge Täter sind am meisten in den Bereichen Gewalt-, Straf- und Rauschgiftkriminalität anzutreffen. So sind fast 59 % aller beim Raub ermittelten Tatverdächtigen unter 21 Jahre alt, bei Raubtaten, die auf Straßen, Wegen oder Plätzen begangen werden, beträgt der Tatverdächtigenanteil 79 %. Aber auch immer mehr junge Menschen werden Opfer von Straftaten: Über ein Drittel der Opfer von Raubüberfällen sind ebenfalls Jugendliche.

Parallel zu dieser Entwicklung nimmt auch die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen zu. 31 % der Tatverdächtigen, denen im vergangenen Jahr Verstöße gegen das Waffengesetz vorgeworfen wurden, waren unter 21 Jahre alt. Die Polizei berichtet, daß Jugendliche vermehrt Waffen verwenden. Dazu gehören Schlagringe, Würgebänder, scharfe und funktionsfähige Pistolen und Revolver, Messer, Totschläger, Baseballschläger, Gas- und Schreckschußrevolver.

Diese Zahlen sind alarmierend. Noch nie war der Anteil junger Menschen unter allen Tatverdächtigen in Schleswig-Holstein so hoch wie heute. Politik und Gesellschaft - auch dieser Landtag - haben daher allemal Anlaß, diesem Problemkreis mit besonderer Aufmerksamkeit und Konsequenz zu begegnen.

(Beifall bei der CDU)

Von der Landesregierung waren zur Bekämpfung der Jugendkriminalität bisher fast ausschließlich Problembeschreibungen und Forderungen an Dritte zu hören. Meine Damen und Herren, Ihre Pressemitteilungen sind Ausdruck der Hilflosigkeit.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Woche nun, unmittelbar im Vorfeld der heutigen Debatte, ein Schnellschuß! Die **Polizei** soll in Zukunft **Erziehungsgespräche** mit Tätern führen, auch mit dem Ziel, daß sich jugendliche Straftäter beim Opfer entschuldigen oder den Schaden wiedergutmachen.

Bei allen praktischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem neuen Erlaß zu klären sein werden - ist die Polizei eigentlich hinreichend vorbereitet und personell genügend gerüstet, um die neue Aufgabe wahrnehmen zu können? -, werden wir uns als CDU natürlich nicht in den Chor derjenigen einreihen, die nun in typisch deutscher Manier wieder sehr grundsätzlich werden, die die Wiedereinführung des Inquisitionsprozesses und den Untergang des Rechtsstaates beschwören. Nein, die Diversionsrichtlinien sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie haben offenbar endlich erkannt, daß das Konzept der staatlichen Null-Reaktion auf Straftaten jugendlicher Täter, daß die serienmäßige Herausgabe von computergedruckten Einstellungsnachrichten die falsche Antwort auf den erschreckenden Anstieg der Jugendkriminalität darstellen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Aber dies ist nur ein kleiner Schritt. Eine Gesamtstrategie haben Sie nicht. Dieser kleine Schritt greift nur bei jugendlichen Ersttätern und das auch nur im Bereich kleinerer Verstöße. Für die Bereiche mittlerer und schwerer Jugendkriminalität gilt das, was wir seit langem beklagen, was nun auch der Sprecher des Landesvorstandes der Grünen, Herr Swane, und der Sprecher einer Grünen-Arbeitsgemeinschaft, Herr Neskovic, in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 30. Juni ausführen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich zitiere: "Für die Bereiche mittlerer und schwerer Jugendkriminalität haben Innen- und Justizminister keine überzeugenden Handlungskonzepte."

(Beifall bei der CDU)

Es ist schön, daß auch die Grünen das mittlerweile erkannt haben. Ich würde mich darüber freuen, wenn Sie die Vorschläge, die wir Ihnen heute unterbreiten, unterstützen würden.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da muß irgend etwas völlig falsch sein!)

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen heute einen gezielten Maßnahmenkatalog zu einer entschlossenen Bekämpfung der Jugendkriminalität vor. Ich werde in meinem Beitrag nicht auf alle Aspekte eingehen; weitere Redner meiner Fraktion werden das tun. Wir setzen auf **Prävention**, aber wir setzen auch

#### (Thorsten Geißler)

auf **Repression**. Sie bilden in der Kriminalitätsbekämpfung eine untrennbare Einheit. Wer nur auf Prävention setzt, hat keine angemessene Antwort für denjenigen, der trotz aller gebotenen Hilfestellungen die Gesetze beharrlich mißachtet. Wer andererseits nur auf Repression setzt, an die Allmacht der Strafe glaubt, der läßt junge Menschen in einem schwierigen Entwicklungsabschnitt ihres Lebens allein. Es wäre daher gut, wenn Sie, meine Damen und Herren von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit uns eine pragmatische Diskussion darüber führten, welche Veränderungen wir an beiden Säulen der Kriminalitätsbekämpfung führen müssen, eine Diskussion ohne Scheuklappen. Wir brauchen mehr Pragmatismus in unserem Land.

#### (Beifall bei der CDU)

Dabei weiß ich natürlich: Bei vielen Sozialromantikern der 68er Generation ist die Überzeugung tief verwurzelt, daß man auf Rechtsverstöße junger Menschen möglichst mit ständiger Nachsicht und ständiger Milde reagieren sollte. Ein fataler Rat!

#### (Beifall bei der CDU)

Gerade die Alltagserfahrung lehrt, daß Sanftmut und Gleichgültigkeit schlimme Folgen haben können. Grenzen verschwimmen, junge Menschen verlieren die Fähigkeit, zwischen Gut und Böse, Richtig und Falsch zu unterscheiden, oder sie erwerben diese Fähigkeit nie.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Zugleich - hier sprechen Meinungsumfragen eine deutliche Sprache - sinkt das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit des Staates, sie zu schützen. Ein solcher Vertrauensverlust hat schwerwiegende Folgen für unser Gemeinwesen, und wir dürfen das nicht zulassen.

#### (Beifall bei der CDU)

Unsere Nachbarländer haben längst reagiert. Briten, Dänen, Holländer, Franzosen geben deshalb eine ganz andere Antwort. Bei ihnen soll jeder Rechtsverstoß so schnell, so früh und so konsequent wie möglich bestraft werden. So schnell wie möglich, indem zwischen der Aufdeckung der Tat und ihrer rechtskräftigen Verurteilung tunlichst nur wenige Tage vergehen. Eine rasche Aufklärung und ein zügiger Strafprozeß - das belegen Untersuchungen - schrecken jugendliche Delinquenten am ehesten ab.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, und am besten noch ohne Verteidiger!)

So früh und so konsequent wie möglich. Das bedeutet bei unseren Nachbarländern, daß auch bei kleineren Delikten konsequent eingeschritten wird. Der Grund: Nur wer im Kleinen für Ordnung sorgt - sagt die linksliberale niederländische Justizministerin -, kann auch gegen schwere Kriminalität erfolgreich sein.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Diese Dame von den linksliberalen Demokraten 66 tritt für einen "notwendigen gesellschaftlichen Kulturwandel" ein. Die Bevölkerung müsse sich der Normen und Werte vergewissern, die sie der Jugend vermitteln will. - Unsere holländischen Nachbarn haben recht, wenn sie diesen Weg gehen.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die haben auch den Drogenkonsum freigegeben! - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Auch der Blick in unser Nachbarland Dänemark lohnt sich. Die Zahl jugendlicher Straftäter ging dort in den vergangenen Jahren um rund ein Drittel zurück. Es ist ein Dreieck, daß das Geheimnis des dänischen Erfolges symbolisiert, eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Sozialverwaltung und Polizei, ein Konzept, bei dem jeder Gesetzesverstoß jugendlicher Täter konsequent zu einer Intervention der Behörden führt, ein Konzept, bei dem auch Eltern straffälliger Kinder an ihre Verantwortung erinnert, in Präventionsprogramme einbezogen, in dem Familienpläne aufgestellt werden, auf deren Einhaltung streng geachtet wird.

Meine Damen und Herren, blicken Sie auch einmal auf die Reformen, die die Labour-Regierung in Großbritannien eingeleitet ha! Eine Ermahnung ohne weitergehende Sanktionen darf nur noch bei Ersttätern - und dies auch nur bei geringeren Delikten - erfolgen.

Ich erkenne an, daß es auch in Deutschland einzelne durchaus erfolgreiche Projekte gibt. Ich nenne beispielsweise das Netzwerk Vorbeugung im rheinischbergischen Kreis. Ich denke an Evaluationsverbünde in Thüringen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und auch einzelne Projekte in Schleswig-Holstein. Aber im Vergleich zu unseren Nachbarländern haben wir hier noch sehr viel zu tun.

Die französische Strafrechtsreform von 1945 unterstellte als erste das Jugendstrafrecht der Maxime "Erziehung vor Strafe", ein Grundsatz, den andere Länder, auch unseres, übernommen haben und den wir nicht über Bord werfen wollen. Aber auch in Frankreich hat man inzwischen radikal Abschied von einigen allzu idealistischen Annahmen über die Erziehbarkeit junger Menschen genommen. Längst wurde die geschlossene Heimerziehung wieder ein-

#### (Thorsten Geißler)

geführt. Und ich sage sehr deutlich: Der vollständige Verzicht auf die Möglichkeit der geschlossenen Heimunterbringung hat sich auch in Schleswig-Holstein als fataler Fehler erwiesen.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich einmal mit Erziehern in offenen Einrichtungen unterhalten. Sie werden Ihnen klar sagen, daß einem Teil der ihnen anvertrauten Klientel in offenen Einrichtungen nicht geholfen werden kann, daß das Abgleiten in eine kriminelle Karriere unter diesen Bedingungen nicht verhindert werden kann.

Der französische Soziologe François Baillot, der Reformen in seinem Land maßgeblich beeinflußt hat, würde dazu formulieren:

"Wir schleusen sie mit wohlmeinender Milde jahrelang durch das gesamte Sozial- und Gesundheitssystem, doch erst wenn es zu spät ist, zeigen wir ihnen, wo der Hammer hängt."

Die Äußerungen von Frustration und Resignation, die jetzt unter dem Eindruck einer furchtbaren Gewalttat Jugendlicher von Hamburger Erziehern öffentlich werden, weil der dortige Senat Warnungen über Jahre hinweg in den Wind geschlagen hat, sollten auch Sozialdemokraten in unserem Land sehr nachdenklich machen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Wienholtz, das haben auch Sie durchaus erkannt. Sie wissen, daß manche kriminell gewordene Kinder nur noch auf diese Weise resozialisiert werden können, und zwar frühzeitig, in einem Alter, in dem ihre Persönlichkeitsentwicklung noch beeinflußt werden kann. Aber, nachdem nach Ihrem Vorstoß vom April dieses Jahres das passierte, was in Deutschland in solchen Fällen immer passiert, nämlich die gesamte Empörungsmaschinerie der vereinigten Linken einsetzte, haben Sie sich dann auch schnell wieder verkrochen. Im Ergebnis heißt das: In Schleswig-Holstein - wenn man Ihren Ankündigungen trauen darf - passiert weiterhin nichts.

(Beifall bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Das steht übrigens im Gegensatz zu anderen sozialdemokratisch regierten Bundesländern, Kollege Kubicki hat gestern auf die Initiative Niedersachsens aufmerksam gemacht.

Herr Wienholtz, ich warte mit großer Spannung auf Ihren Beitrag. Vielleicht beweisen Sie heute Mut - gerade unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklung - und nutzen diese Debatte, um einen Kurswechsel der Politik anzukündigen. Ich sage Ihnen: Sie hätten uns

an Ihrer Seite, und Sie hätten die übergroße Mehrzahl der Menschen dieses Landes an Ihrer Seite, wenn Sie das tun würden.

(Beifall bei der CDU)

Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf Schutz vor brutalsten Gewalttätern, die Leben und Gesundheit von Mitbürgerinnen und Mitbürgern zerstören oder verletzen, auch dann, wenn sie Jugendliche sind.

In einer Zeit, in der solche Straftaten bedauerlicherweise auch bandenmäßig begangen werden,

(Ingrid Franzen [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

muß der Strafrahmen unseres Jugendgerichtsgesetzes auch für solche Taten eine angemessene Antwort bereithalten.

Hier ist Handlungsbedarf gegeben, und es ist nicht einzusehen, daß mittlerweile 16jährige das Kommunalwahlrecht erhalten haben, daß aber entgegen der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers immer noch die ganz große Mehrzahl 18- bis 21jähriger nach Jugend- und nicht nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt wird. Wäre Schleswig-Holstein der Gesetzesinitiative Bayerns gefolgt, so wäre dieser Mißstand längst behoben worden.

(Beifall bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

# Thorsten Geißler [CDU]:

Einige Worte noch zum Jugendstrafvollzug. Zum Zeitpunkt des Regierungswechsels vor zehn Jahren lagen fertige Konzepte für den Bau einer hochmodernen **Jugendanstalt** mit umfangreichen Möglichkeiten der Weiterbildung schulischer und beruflicher Art vor.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Sie hätten längst realisiert werden können. Nach zehn Jahren SPD-geführter Landesregierung ist die Mehrzahl jugendlicher Straftäter immer noch in einer Einrichtung wilhelminischer Zeit untergebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

#### (Thorsten Geißler)

Das ist ein Armutszeugnis sozialdemokratischer Politik.

(Beifall bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

#### Thorsten Geißler [CDU]:

Es besteht Handlungsbedarf.

(Zurufe der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD], Frauke Walhorn [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir erwarten von Ihnen, daß Sie sich konstruktiv an der weiteren Beratung unseres Maßnahmenpaketes beteiligen. Ich beantrage die Überweisung unseres Antrages an den Innen- und Rechtsausschuß.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

(Ursula Kähler [SPD]: Frag ihn doch einmal, wer in Schleswig gegen die Einrichtung ist, ob das vielleicht die CDU sein könnte!)

# Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Ihrem Antrag Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität stellen Sie, Herr Geißler, richtig fest:

"Das Ausmaß der Kinder- und Jugendkriminalität ist mit polizeilichen Maßnahmen allein nur begrenzt zu beeinflussen,"

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

"denn die Kriminalität junger Menschen hängt in hohem Maße von Faktoren ab, die durch gesellschaftliche Entwicklungen im weitesten Sinne bestimmt werden."

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

"Große präventive Bedeutung hat deshalb das Zusammenwirken aller an Erziehung, Sozialisation und Bildung Beteiligter."

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Feststellung aus Ihrer Begründung deckt sich im wesentlichen mit den meisten Fachaussagen zur Le-

benssituation junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Unter der Überschrift "Über das Gefühl, zur verlassenen Generation zu gehören" veröffentlichte das Forum für Jugend, Bildung und Arbeit ein Memorandum, das dem Bundespräsidenten, Roman Herzog, Ende letzten Monats überreicht worden ist. In diesem Memorandum heißt es unter der Überschrift "Sozialpolitische Aufgaben":

"Entfremdung und Gleichgültigkeit vieler Jugendlicher gegenüber der Gesellschaft, Erscheinungen der Flucht und Sucht in manchen Jugendmilieus, Rechtsradikalität, steigende Jugendgewalt und Jugendkriminalität werden oft als unmittelbare Folge von Jugendausbildung und Jugendarbeitslosigkeit dargestellt."

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

"Auch wenn dabei kein eindeutiger Zusammenhang besteht, da noch andere Faktoren mitwirken, so dürfte doch unbestritten sein, daß Ausbildung und Beruf nach wie vor einen zentralen Beitrag zur sozialen Integration der nächsten Generation leisten"

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

"und daß Ausbildung und Beruf besonders gut dazu geeignet sind, die Ausgrenzung von jungen Menschen aus der Gesellschaft und die damit verbundenen negativen psychischen und sozialen Folgen zumindest zu begrenzen."

Wenn heute bereits 12jährige als größte **Zukunfts-angst** Arbeitslosigkeit nennen - laut Shell-Studie - dann sehen wir, wie verunsichert die Jugend heute ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Das bedeutet in der Konsequenz, nicht die Augen zuzumachen und zu hoffen, daß sich die soziale Lage von Jugendlichen verändert und damit die Jugendkriminalität zurückgeht, sondern das bedeutet zu erkennen, daß viele Faktoren Ansätze bieten, um Jugendlichen, die in Kriminalität oder andere Auffälligkeiten abgleiten, zu helfen, Vorbeugung und Gewaltprävention zu leisten.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt deshalb die Anstrengungen des Innenministers und der gesamten Landesregierung, der Jugendkriminalität mit zukunftsweisenden Maßnahmen, wie zum Beispiel Gewaltprävention in der Schule, dem Diversionserlaß, der seit dem 1. Juli dieses Jahres in Kraft ist, und der Arbeit der Kriminalpräventiven Räte zu begegnen.

#### (Wolfgang Baasch)

Zu einzelnen plakativen Überschriften und populistischen Forderungen im Antrag der CDU ist folgendes anzumerken - nur einige Beispiele! -: Unter dem Stichwort **Eltern** wird neben Hilfs- und Beratungsangeboten gefordert, den Strafrahmen für Eltern zu erhöhen, die ihrer Fürsorge- und Erziehungspflicht nicht nachgekommen sind. Eltern mit bis zu drei Jahren Haft zu drohen, ist keine Unterstützung und Hilfe. Wir setzen dagegen ausschließlich auf die Stärkung der Familie und ihrer Erziehungsfunktion.

(Beifall bei der SPD)

Unter dem Stichwort **Schule** fällt Herrn Geißler auch nichts weiter ein, als ein zusätzliches Ordnungsmittel im Schulgesetz zu verankern. Wir hingegen werden Präventionsprojekte gegen Gewalt in der Schule verstärkt fördern.

(Beifall bei der SPD - Ursula Röper [CDU]: Die Mittel sind doch gerade zusammengestrichen worden!)

Projekte wie PiT, Prävention im Team, und "Sport gegen Gewalt" sind hier schon funktionierende und positive Beispiele in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Warum streichen Sie dann die Mittel?)

Beim Jugendstrafrecht ist nach wie vor ein Dorn im Auge der CDU, daß zu viele junge Heranwachsende im Alter zwischen 18 und 21 Jahren nach dem Jugendstrafrecht behandelt werden. Außerdem sollen Jugendliche und junge Heranwachsende in Zukunft bis zu 15 Jahre in Haft genommen werden können. In diesem Zusammenhang wundert es auch nicht, daß die geschlossene Heimunterbringung auch wieder als Allheilmittel zur Sozialisation von Jugendlichen herhalten muß. Aber werden wir Probleme wirklich lösen, wenn wir einsperren und wir Erziehung wieder auf Erziehungsanstalten übertragen? Ist dieser Weg nicht eher hilflos und schon einmal gescheitert?

(Beifall bei der SPD)

Für uns bleibt festzuhalten: Der Antrag der CDU ist lediglich dazu geeignet, populistisch eine Diskussion aufzugreifen, die in ihrer Bedrohung weit überhöht gezeichnet wird - und dies auch bei allen schlimmen Einzelfällen, die man tatsächlich wahrnehmen muß.

(Zuruf von der CDU)

Restriktive Maßnahmen wie die Straferhöhung, die Einführung weiterer Ordnungsmittel und die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in geschlossenen Heimen kurieren nur an den Symptomen, sie verändern nicht die Ursachen, die zur Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen geführt haben.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Was haben Sie denn in den letzten zehn Jahren gemacht?)

Es muß weiter festgehalten werden, daß viele dieser Maßnahmen erwiesenermaßen ungeeignet sind. Strafrahmenerhöhungen beispielsweise haben bis heute noch nie dazu geführt, potentielle Täter von ihren Handlungen abzuschrecken.

Herr Geißler hat die in seiner Begründung angedeuteten gesellschaftlichen Probleme und Fragen nicht beantwortet, ganz im Gegenteil, er ist in ein Denken zurückgefallen, das von Autorität und Restriktion gekennzeichnet ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Eine zukunftsweisende Politik, die Jugendkriminalität verhindern will, muß deshalb die Probleme von Kindern und Jugendlichen erkennen und Lösungen anbieten.

(Klaus Schlie [CDU]: Dann machen Sie das doch mal!)

Die Antworten der Landesregierung, vor allem des Innenministers, zeigen hier einen besonnenen und sachorientierten Weg auf.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Weg wollen wir konsequent beschreiten. Deswegen wollen wir Ihren Antrag in den Innen- und Rechtsausschuß, den Bildungsausschuß und den Sozialausschuß überweisen, möchten aber auch den Landesjugendhilfeausschuß auffordern, sich an der Beratung dieses Antrages zu beteiligen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und SSW)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

#### Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist Bundestagswahlkampf, und das ist wohl auch der Grund dafür, daß wir uns mit diesem Antrag beschäftigen müssen.

(Widerspruch bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Es ist doch albern, was Sie da sagen! - Meinhard Füllner [CDU]: Kommen Sie lieber mal zur Sache!)

#### (Matthias Böttcher)

Die CDU hat - wie auch schon in ihrem Antrag von vorgestern - ihre alten Anträge zusammengefaßt und daraus einen neuen Antrag gebastelt. Neues, wirkliche Angebote zur Problemlösung haben Sie nicht. Der Antrag trägt auch nicht zur Versachlichung der Debatte bei.

Niemand hier in diesem Hause will und wird bestreiten, daß gegen den Anstieg der **Kinder- und Jugend-delinquenz** etwas getan werden muß. Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt die Sorge über den Anstieg nicht jugendtypischer Gewalttaten. Aber wir warnen davor, krisenbedingte Kriminalitätsängste und - wie es jetzt geschieht - spektakuläre Einzelfälle im Wahlkampf auszunutzen und mit vermeintlich einfachen Lösungen auf Stimmenfang zu gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir hätten gern über ernsthafte Lösungsversuche mit Ihnen debattiert und auch gestritten.

In Ihrem Antrag fordern Sie die Landesregierung auf, der Förderung der jungen Generation einen höheren politischen Stellenwert, ja eine Schwerpunktsetzung zu geben. Wie eine Schwerpunktsetzung auf Jugendpolitik bei der CDU aussieht, wird auf den nächsten Seiten klar: Strafverschärfung und -erhöhung, mehr Kontrolle, die Wiederbelebung des Staates als Moralinstitution und die Einmischung des Staates in das elterliche Erziehungsrecht. Zusammengefaßt: Die Enkelgeneration der Union schreibt bei ihren Opas ab, ohne den gesellschaftlichen Wandel zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

An dem Umgang mit den nachfolgenden Generationen werden auch politische Unterschiede deutlich: die alten Hausmittel der CDU und ihre Moralinstitutionen wie die klassische Familie, die Schule und für den Fall des Falles ein starker Polizist und ein schneller Prozeß. Das ist nicht unser Weltbild. Wir wollen nicht zurück in die fünfziger Jahre. Wir sagen dazu nein.

Die Landesregierung soll, so fordern Sie, Chancen und Perspektiven für eine gesicherte Zukunft geben. Aber selbst an der CDU-Fraktion kann nicht vorbeigegangen sein, daß der Anstieg der **Jugendkriminalität** auch auf die verfehlte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung zurückzuführen ist. Kein Wort dazu in Ihrem Antrag!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie fordern, die Landesregierung solle die Jugendkriminalität entschlossen bekämpfen. Besonders zu-

kunftsweisend und herausragend sind hierbei Ihre Forderungen nach **Bundesratsinitiativen**. Die Initiativen zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes hinsichtlich der Anwendung auf Heranwachsende und die Erhöhung der Jugendhöchststrafe - darauf darf ich Sie hinweisen - sind sowohl am 18. Dezember 1997 als auch am 19. Juni 1998 vom Bundesrat zurückgewiesen worden. Die Vorstöße Ihrer Schwesterpartei aus Bayern fanden keine Mehrheit.

(Zuruf von der CDU: Leider!)

Soll es nun ein ernsthafter Lösungsvorschlag von Ihrer Seite sein, daß die Landesregierung einen weiteren aussichtslosen Antrag stellt? - Wir begrüßen die ablehnende Haltung des Bundesrates und fordern die Landtagsfraktion der CDU auf, etwas genauer die Bundespolitik zu verfolgen und die Landesregierung nicht zu vergeblichen und falschen Initiativen aufzufordern

# (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle aber auch nicht versäumen, Sie von einem Irrtum zu befreien, dem Sie immer wieder unterliegen. Die Forderung, Heranwachsende wie Erwachsene zu bestrafen, beruht auf der irrigen und falschen Vorstellung, das **Jugendstrafrecht** sei milder als das **Erwachsenenstrafrecht** oder würde Straftaten nicht sanktionieren. Das Jugendgerichtsgesetz eröffnet aber keinen anderen Straftatenkatalog als das Strafgesetzbuch, es eröffnet nur andere und vielfältigere Sanktions- und Reaktionsmöglichkeiten als das StGB, das lediglich Freiheits- und Geldstrafe kennt. Hierzu zählen erzieherische Maßnahmen, Auflagen, Weisungen, Täter-Opfer-Ausgleich und anderes. Schauen Sie doch einfach mal ins Gesetz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber damit nicht genug der CDU-Forderungen! Die CDU stellt fest, daß sich der Verzicht auf **geschlossene Heime** als Fehler erwiesen habe, und stellt einfach die Behauptung in den Raum, es gebe zahlreiche - ich weiß nicht, wie viele; mit Zahlen sind Sie sehr vorsichtig, aber Sie behaupten einfach, es gebe zahlreiche - Kinder und Jugendliche, die sich so stark fehlentwikkelt hätten, daß sie in offenen Institutionen nicht mehr erzogen werden könnten.

Wir halten die Ende der achtziger Jahre entstandene Forderung "Menschen statt Mauern" nach wie vor für richtig, weil sie auf der Erfahrung beruht, daß ge-

#### (Matthias Böttcher)

schlossene Heime nicht nur nichts bringen, sondern den Prozeß der Desozialisation fördern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Deshalb sind im **Kinder- und Jugendhilfegesetz** insbesondere der verstärkte Einsatz von erlebnispädagogischen Maßnahmen, der Ausbau der intensiven sozialpädagogischen Einzelfallhilfe, der Ausbau der therapeutischen Wohngruppen und der ambulanten sozialen Gruppen als Alternativen vorgesehen worden.

(Zuruf von der CDU: In die Hose gegangen!)

Wir müssen feststellen - das gebe ich zu -, daß die Alternativen zur geschlossenen Unterbringung in Schleswig-Holstein aus Kostengründen nicht in ausreichendem Maße entwickelt und umgesetzt worden sind.

Bevor die Jugendhilfe aber lautstark bezichtigt wird, versagt zu haben, sollte diese jugendpolitische Herausforderung angenommen werden, und es sollten ausreichende Angebote in der Jugendhilfe eröffnet werden.

Ich finde es im übrigen erstaunlich, daß diejenigen, die die Wiedereinführung der geschlossenen Heime fordern, sich völlig um die Frage der **Kosten** herumdrükken, während sie gleichzeitig teure erlebnispädagogische Maßnahmen kritisieren.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Für eine Gruppe von acht Jugendlichen ist zum Beispiel mit Kosten in Höhe von ungefähr 1,2 Millionen DM pro Jahr zu rechnen. Das ist weit mehr, als das Land für Modellprojekte zur Weiterentwicklung im Jugendbereich zur Verfügung stellen kann. An dieser Stelle - wie durchgängig in Ihrem Antrag - mogeln Sie sich um die Frage der Finanzierung herum.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Da ist die Rede von mehr Beratung, mehr Hilfe und so weiter. Dabei hatten Sie doch gerade im Rahmen der Debatte um den Nachtragshaushalt Gelegenheit, die Ernsthaftigkeit Ihrer Forderungen unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was bleibt, ist Wahlkampfprosa. Zur Lyrik hat es nicht mehr gereicht.

In den letzten Tagen wurden die verschiedenen Standpunkte über den **Diversionserlaß** ausgetauscht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Diversion. Auch wir sind für Erziehung statt Strafe. Auch wir wollen schnelle Reaktionen und keine bürokratischen Irrläufer. Aber wir halten das jetzige Verfahren für rechtsstaatlich bedenklich und bezweifeln die pädagogische Kompetenz der Polizei. An dieser Kritik halten wir fest, auch wenn wir mit den Zielen des Innen-, Justiz- und Jugendministers übereinstimmen.

Nach dem Willen der CDU soll die **Schule** nun wieder Werte vermitteln. Erstens ist Hauptaufgabe der Schule die Vermittlung von Wissen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was ist denn das für eine Einstellung?)

Die Lehrpläne orientieren sich an der Verfassung und an einer freien Gesellschaftsordnung. Im Vordergrund steht die Hauptaufgabe, die Schülerinnen und Schüler zu selbständig handelnden und denkenden Demokratinnen und Demokraten zu befähigen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ohne Werte!)

Ich frage Sie: Welche Werte meinen Sie?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Toleranz! Das steht im Schulgesetz!)

Glauben Sie nicht, daß Lehrerinnen und Lehrer für Märchenonkels und -tanten gehalten werden? Schülerinnen und Schüler erleben real doch, daß die **Werte** für viele Leistungsträger unserer Gesellschaft nicht zählen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das gilt für Sie!)

wenn zum Beispiel Banken reihenweise der Steuerhinterziehung verdächtigt werden oder die soziale Verantwortung oder Rechtstreue spätestens bei der Abgabe der Steuererklärung keine Rolle mehr spielen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

ganz zu schweigen von Parteispendenaffären, Blackouts und Ehrenworten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Insbesondere bei Herrn Böttcher! Unverschämt! Das ist eine Frechheit!)

- Hören Sie doch einfach einmal zu!

Zweitens erkennen Sie zwar an, daß die Schule die elterliche Erziehung nicht ersetzen kann. Sie fordern aber die Verhängung von weiteren Ordnungsmitteln

#### (Matthias Böttcher)

im Schulgesetz. Welche, sagen Sie nicht. Welche **Ordnungsmittel** meinen Sie denn? Sie meinen doch nicht etwa den Rohrstock oder die Wiederbelebung des Karzers oder der Eselsmütze? Strafe kann keine gesellschaftliche Fehlentwicklung korrigieren.

(Unruhe bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Daß Sie sich nicht schämen, einen solchen Beitrag zu liefern! Unglaublich!)

Gegen dieses Verständnis stellen wir uns. Erfolgreiche Jugendarbeit muß die Eigenverantwortung und das Selbstwertgefühl junger Menschen stärken

(Martin Kayenburg [CDU]: Peinlich!)

und ihnen das Gefühl vermitteln, keine Außenseiter unserer Gesellschaft zu sein. Bei der Jugendarbeit muß der Grundsatz "Erziehung vor Strafe" Vorrang haben.

Die Gesellschaft, vor allem die Politik, muß die Jugendlichen und ihre Probleme ernst nehmen. Dies gilt nicht nur vor Wahlen, um Jungwähler zu fangen und um das Thema der inneren Sicherheit hochzukochen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

Ganz besonders beim Thema **Drogenpolitik** findet man die CDU Schleswig-Holstein in der Nostalgie-Ecke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Bewegung, die es auch innerhalb der Union in anderen Bundesländern gibt, hat sich leider nicht auf Sie übertragen. Sie predigen nach wie vor das, was Sie schon immer gesagt haben.

In einem Satz erwähnen Sie erfreulicherweise die Relevanz der gesellschaftlichen Entwicklung für die Kriminalität von Jugendlichen. Sie verschweigen in Ihrem Antrag aber die sozialen Ursachen und die gesellschaftliche Verantwortung für die Ursachen. Beharrlich weigern Sie sich, Ursachen zu benennen und Lösungswege aufzuzeigen.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Sie müssen einmal zuhören!)

Sie wollen eine Reparaturwerkstatt statt einer Generalüberholung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie wollen diese Ursachen nicht benennen und sie statt dessen weiter leugnen, weil Sie sonst auch die politischen Versäumnisse und Fehlleistungen der Bundesregierung benennen müßten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

Nach 16 Jahren Kohl haben wir eine **Gesellschaft** mit dem Leitbild des durchsetzungsfähigen und unsolidarischen Aufsteigertypus. 16 Jahre Kohl sind verantwortlich für 5 Millionen Arbeitslose.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer macht denn hier Wahlkampf? Unglaublich!)

für Sozialhilfeabhängigkeit jedes fünften Jugendlichen, für eine Ellenbogengesellschaft, in der Kinder und Jugendliche keinen Platz haben. Um dem Zukunftsund Alltagsdruck gewachsen zu sein, nehmen sie leistungssteigernde Getränke und Drogen. Das ist das Ergebnis der geistig-moralischen Wende des Helmut Kohl,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Nach dem 27. September gibt es Sie sowieso nicht mehr!)

die nach 16 Jahren in einem "GMV", einem geistigmoralischen Verfall geendet ist.

Herr Geißler, auch wenn es Ihnen gelungen ist, auf sieben Seiten den einen oder anderen richtigen Satz zu schreiben - Ihr Antrag wird dem wichtigen Thema Jugenddelinquenz nicht gerecht. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Sie werden dem Anspruch dieses Hauses nicht gerecht!)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe der Hauptschule Kiel-Mettenhof.

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

# Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigung mit Kinder- und Jugendkriminalität ist, wie wir den Debattenbeiträgen haben entnehmen können, ein sehr schwieriges Feld. Die Daten der Kriminalitätsstatistik sind bekannt, Kollege Geißler hat sie in der Begründung des Antrags aufgeführt. Wir alle, Kollege Geißler, wissen aber auch um die begrenzte Aussagekraft der Statistik. Wir sollten uns deshalb auch nicht um die Relevanz von Zehntelprozenten streiten, sondern anerkennen, daß die Statistik kein trendscharfes Lagebild liefert, sondern vielmehr nur Tendenzen angemessen widerspiegeln kann.

Es ist richtig, daß sich der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren an der Gesamtkriminalität mit 27,1 % im Jahr 1988 auf 29,5 % im Jahr 1996 gesteigert hat. Um diese Zahl aber bewerten zu können, ist ein Blick auf längerfristige Trends hilfreich. In der Antwort der Bundesregierung - die nicht in Verdacht steht, zur linken Kampfpresse zu gehören - auf die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie hierzu einige sehr interessante Feststellungen.

So nahm die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen - immer bezogen auf die Erfassung in der polizeilichen Kriminalstatistik - von 1984 bis 1988 ab und erreichte 1993 wieder den Stand von 1988, um dann bis 1996, dem letzten aufgeführten Jahr, kräftig anzusteigen. Von dieser Zahl ausgehend könnte man tatsächlich von einer deutlichen Steigerung sprechen. Betrachtet man aber den Anteil der Tatverdächtigen in den verschiedenen Altersgruppen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen, relativiert sich das Bild erheblich.

Der Anteil der Tatverdächtigen zwischen 14 und 18 Jahren betrug 1984 12,5 %, fiel dann bis 1989 auf 9,1 % ab und stieg darauf wieder bis zum Jahr 1996 auf 11,7 % an, so daß der Ausgangssatz von 1984 nicht wieder erreicht wurde.

Ähnlich ist die Entwicklung bei tatverdächtigen Kindern unter 14 Jahren und bei Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren. Bei Kindern stieg der Anteil auf 5,6 % 1996 und lag damit um 0,3 Prozentpunkte über dem des Jahres 1984. Bei Heranwachsenden ging die Quote von 11,9 % 1994 auf 9,6 % im Jahr 1996 zurück.

Die Interpretation dieser Daten ist einfach. Auch im Bereich der Kriminalität von Jugendlichen und Heranwachsenden wird die allgemeine Kriminalitätsentwicklung mitvollzogen, Kollege Geißler. Im Umkehrschluß heißt das aber, daß Jugendliche relativ zur Gesamtbevölkerung nicht wesentlich krimineller geworden sind.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Richtig! - Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Ich möchte die Entwicklung nicht verharmlosen. Jeder Fall ist ein Fall zuviel. Ich möchte aber auch nicht, daß bei einem so sensiblen Thema populistisch mit Zahlen hantiert wird, die aus dem Zusammenhang gerissen werden.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es bleibt festzuhalten: Die Steigerungsraten sind für die liberale Fraktion ein deutliches Warnsignal, aber

kein Grund für gesetzgeberische Schnellschüsse oder für Forderungen, auf die ich noch eingehen werde. Gewalt und Kriminalität fallen nicht vom Himmel und haben verschiedenartige Ursachen.

Genauso differenziert, wie in der Ursachenforschung vorgegangen werden muß, muß auch die Frage der Bekämpfung der Kriminalität beantwortet werden. Das Allheilmittel gibt es nicht. Eine komplizierte und vielschichtige Wirklichkeit erfordert ebenso vielschichtige Maßnahmen, in denen die Komponenten Repression und Prävention in einem angemessenen Verhältnis berücksichtigt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns davor hüten, den Bürgerinnen und Bürgern etwas vorzumachen. Die Politik ist nicht die Problemlösungsmaschine für alles und jedes. Wir können hier Maßnahmen beschließen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gelder bewilligen oder Dinge verurteilen. Wir sollten das aber nicht mit der Lösung des Problems selbst gleichsetzen.

Der bekannte deutsche Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat sinngemäß einmal gesagt, daß der **liberale Rechtsstaat** auf Grundlagen beruhe, die er selbst überhaupt nicht garantieren könne.

Diese Ohnmacht gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen sollten wir, so schwer es uns manchmal fällt, akzeptieren. Werte lassen sich eben nicht verordnen, Kollege Geißler, sie müssen vermittelt werden.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Werte vermittelt werden, darauf hat ein auf weltanschauliche Neutralität und Meinungsvielfalt verpflichteter Staat kein Monopol. Was Recht und was Unrecht ist, das wird vom Parlament in Gesetzen festgelegt. Ob sich die Bürgerinnen und Bürgern aber auch daran halten, ist eine völlig andere Frage.

Es hilft also wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, wenn Appelle an die Landesregierung gerichtet werden, Schritte zur Verbesserung der schulischen und außerschulischen Erziehung einzuleiten. Oder erzieht die Schule in Schleswig-Holstein zum Unrechtsbewußtsein?

Ein einfaches Beispiel! Der Zerfall der **traditionellen Familie** und derer Werte wird allgemein beklagt. Aber was soll das Land dagegen tun? Soll es denjeni-

gen, die ihr Leben lieber als Single verbringen möchten, vorschreiben, daß sie sich in der Großfamilie heimisch zu fühlen haben? Soll es denjenigen, die sich mittlerweile aus einem lebenslangen Bund trennen und weitere Bünde eingehen, vorschreiben, daß das verboten werden soll? Wollen Sie künftig die Scheidung abschaffen? - Herr Kollege Geißler, das ist doch nicht Ihr Ernst.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem möchte ich hier nicht den Eindruck erwecken, daß der Staat, das Land dem Ganzen tatenlos zusehen soll.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Sie waren auch schon mal besser! - Zuruf von der SPD: Das gefällt Ihnen wohl nicht?)

- Ich sehe ein, daß ich Ihr Meinungsbild nicht treffe und deshalb aus Ihrer Sicht ein schwaches Bild präsentiere. Aber es gibt in diesem Haus durchaus andere, die das anders sehen, Frau Kollegin.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Im Rahmen der Möglichkeiten hat der Staat selbstverständlich Angebote zu unterbreiten, Angebote, die angenommen werden können, aber deren Annahme wir nicht erzwingen können, kurz: Scheitern inbegriffen!

Um im Beispiel der Familie zu bleiben: Wenn die Politik es als wichtig erachtet, familiäre Bindungen zu fördern, dann kann und soll sie auch Programme zur Förderung der Familie auflegen.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ob diese angenommen werden oder ob sogar eine Trendwende weg vom Singlehaushalt initiiert werden kann, wird sich dann zeigen.

Man muß auch zur Kenntnis nehmen - ich sage dies ohne eine Wertung -, daß **Jugendliche und Heranwachsende** schon immer stärker in kriminelle Handlungen verwickelt waren und sind als andere Altersgruppen. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal aus der bereits erwähnten Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zitieren:

"Überwiegend wird Jugenddelinquenz als Probierverhalten mit episodenhaftem Charakter bewertet, das sich nach der Adoleszenzphase meist nicht in Erwachsenenkriminalität fortsetzt, wie die mit höherem Alter stark sinkenden Tatverdächtigenbelastungszahlen zeigen." Das ist eine bekannte statistische Größe und für sich genommen noch kein Grund, zum gesetzgeberischen Rundumschlag anzusetzen.

Das eigentliche Problem ist die Veränderung in der **Struktur der Kriminalität**. Wenn Sie sich die Steigerungsraten in Schleswig-Holstein für Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen mit einem Plus von 32,7 % oder für gefährliche und schwere Körperverletzung mit einer Steigerung um 26,5 % anschauen, dann sind wir zum Kern des Problems vorgedrungen: die zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und Heranwachsenden.

Die hohe Zahl an Unter-21jährigen, die gegen das Waffengesetz verstoßen haben, ist hierfür nur ein weiteres Indiz. Und hier besteht in der Tat Handlungsbedarf.

Die entscheidende Frage ist, in welchem der bereits angesprochenen Bereiche gehandelt werden soll, bei der **Prävention** oder bei der **Repression**. Um es vorwegzunehmen: Die F.D.P. ist für einen ausgewogenen Mix aus beiden Elementen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Prävention muß nach Meinung der F.D.P. in einem weiten Zusammenhang gesehen werden. Ein zentraler Teil jeder Präventionsstrategie muß die Gewährleistung von Lebenschancen - und damit auch Lebensperspektiven - für Jugendliche sein.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Chancen von Jugendlichen in ihrem weiteren Leben sind entscheidend von ihrer Bildung abhängig. Nur wenn es dem Land gelingt, den Jugendlichen begabungsadäquate **Bildungsangebote** zu unterbreiten, werden diese eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Gleiches gilt auch für die akademische Ausbildung. Die beste Bildung nutzt aber wenig, wenn sie später nicht in einen Beruf umgesetzt werden kann. Deshalb muß die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands an erster Stelle der politischen Agenda stehen, und zwar unabhängig davon, wer regiert.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, je jünger die Tatverdächtigen sind, desto stärker muß man sich Gedanken machen, an welcher Stelle Prävention und Sanktion anzusetzen haben, bei den Eltern, bei den Kindern oder bei beiden.

Der Antrag der Union enthält hierzu einige Ideen, die aus der Sicht der F.D.P. zum einen sehr interessant,

zum anderen aber nicht zu Ende gedacht zu sein scheinen, so etwa die Idee, Eltern frühzeitig in Präventionsprogramme einzubeziehen. Diese Idee ist begrüßenswert. Doch das Problem sind nicht solche Eltern, die sich freiwillig in Beratungsprogramme einklinken, sondern solche, die sich der Beratung entziehen

(Beifall bei der F.D.P.)

oder der erzieherischen Verantwortung, die sie tragen oder besser: tragen sollten - nicht bewußt sind. Da hilft es auch nicht, den Strafrahmen für "Problemeltern" zu erhöhen.

Gleiches gilt für die Schule. Zum einen glaube ich nicht daran, daß sich der Erziehungsauftrag par ordre du mufti in die Schule tragen läßt, zum anderen hat eine schulische Erziehung nur dann Sinn, wenn die Eltern die schulischen Maßnahmen nicht völlig konterkarieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es bringt aus der Sicht der F.D.P.-Fraktion auch wenig, wieder einmal am Strafrahmen zu drehen. Gerade bei jungen Tätern ist die Gefahr groß, daß sie durch Wegsperren in eine Abwärtsspirale gelangen, die ihnen in ihrem weiteren Leben nicht mehr die geringste Chance läßt.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnlich verhält es sich mit geschlossenen Heimen. Wenn es stimmt, daß die Wertevermittlungsfunktion von Elternhaus und gesellschaftlichen Institutionen sinkt und bei immer mehr Problemkindern auf milieuspezifische Cliquen oder das Fernsehen übergeht, dann muß von staatlicher Seite etwas unternommen werden - zum Wohl der Kinder und der Gesellschaft, die von der Kriminalität dieser Kinder und Jugendlichen betroffen ist.

(Beifall der Abgeordnete Ursula Kähler [SPD])

Ich empfehle in diesem Zusammenhang sehr nachdrücklich die Lektüre der von Hamburg in Auftrag gegebenen Studie "Jugenddelinquenz und jugendstrafrechtliche Praxis in Hamburg".

Zur Zeit herrscht totale Hilflosigkeit, beispielsweise im Umgang mit sogenannten **Crash-Kids**. Ich darf nur an die "Therapie" durch das Verschicken in andere Länder und den mehr als zweifelhaften Erfolg dieser Maßnahmen erinnern.

Der Ruf nach **geschlossenen Heimen** - wo sollten sie hier in Schleswig-Holstein übrigens gebaut werden,

Kollege Geißler? Ich sehe schon, wie Ihre Ortsverbände massiv dafür eintreten, solche Heime zu bauen -

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

scheint mir hier eher ein Ausdruck dieser Hilflosigkeit zu sein als ein durchdachtes Konzept.

Wir sollten geschlossene Heime erst dann im Sinne einer Ultima ratio in unsere Überlegungen einbeziehen, wenn sich zeigen sollte, daß alle anderen Maßnahmen nicht greifen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ansonsten - ich werde das in den Ausschußberatungen für Sie, Herr Geißler, noch weiter ausführen; meine Redezeit reicht dafür jetzt nicht aus - will ich nur noch einen Punkt aufgreifen, den der Kollege Böttcher angesprochen hat. Das ist Ihr Verhältnis zur **Drogenpolitik**. Sie haben ja Holland mit seinem Kampf gegen Jugendkriminalität gelobt. Sie sollten die anderen Bereiche aus Holland vielleicht auch loben und übernehmen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

nämlich die, die in einem völlig unverkrampften Umgang mit der Drogenproblematik bereits dazu führen würden, daß viele der Jugendlichen und der kriminellen Begleitungen, die wir gegenwärtig haben, bei uns gar nicht mehr auftreten würden.

(Beifall bei der SPD)

Viele der Raubtaten, der Diebstahlstaten geschehen im Kreis der 14- bis 21-jährigen; mehr als ein Drittel dieser Taten geschehen als Drogenbegleitkriminalität, weil sich Kinder und Jugendliche für ihren Drogenkonsum 300 bis 400 DM pro Tag beschaffen müssen, weil sie aufgrund der Repression, die Sie ihnen gegenüber noch ausüben, keine andere Möglichkeit haben, mit diesem Problem umzugehen,

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Günter Neugebauer [SPD])

und bei deren Lösung durch Substitutionsprogramme Sie Ihre Mitwirkung versagen.

Herr Kollege Geißler, ein Teil des Problems, das Sie

hier beklagen, wird durch Ihre Haltung in dieser Frage mit verursacht.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Deshalb appelliere ich hier auch an Sie, mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, im Sinne auch einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in der Drogenpolitik einen besseren Weg zu gehen als bisher.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

## Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Kubicki, ich bedanke mich für Ihre Rede.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist aber selten!)

Lieber Kollege Geißler, eine Bemerkung vorweg: Wenn Sie hier anführen, daß wir schon vor vielen Jahren eine **Jugendanstalt** hätten bauen müssen,

(Holger Astrup [SPD]: Ja, ja!)

dann kann ich Ihnen auch die Bemerkung nicht ersparen, daß vor Ort in Schleswig das anders herübergekommen ist, daß nicht zuletzt die CDU da gebremst hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] - Holger Astrup [SPD]: Die standen an der Spitze der Bewegung!)

Herr Kollege Geißler, Sie wissen, ich habe mich schon massiv dafür eingesetzt, daß es zum Bau dieser Jugendanstalt kommt. Nach einer Besichtigung der Jugendanstalt in Neumünster fühle ich mich sehr in der Auffassung bestätigt, wie wichtig es ist, daß wir diese Einrichtung in Schleswig bekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wollte eigentlich ganz friedlich anfangen und sagen, daß wir den Antrag der CDU begrüßen, weil wir dadurch Gelegenheit bekommen, uns mit dem Thema **Kinder- und Jugendkriminalität** zu befassen, mit einem Thema, das in dieser Legislaturperiode doch eher zu kurz gekommen ist. Ich hatte mir von dem

Antrag erhofft - das will ich dann auch gleich hinzufügen -, daß er als Grundlage für eine seriöse Erörterung im Innen- und Rechtsausschuß dienen könnte und Ergebnisse nach sich ziehen würde. Aber das kann ja auch immer noch so sein.

Gleichzeitig muß ich dann aber auch sagen, daß es bedenklich stimmt, daß im Vorfeld unserer Debatte heute schon einige Reaktionen in Form einer gemeinsamen Pressekonferenz von Innen- und Justizminister vorlagen. Beide kündigten ganz neue Wege zur Eindämmung der Jugendkriminalität an, die auf dem Erlaßwege erreicht werden sollen. Die Reaktionen darauf sind vielfältig. Sie reichen von unumwundener Zustimmung über die Einschätzung, es werde ein erster Schritt getan, bis hin zu der Bezeichnung, die SPD sei jetzt eine "rechtsstaatsmüde" Partei.

Jugendrichter und Jugendgerichtshilfe fühlen sich übergangen. Die Neue Richtervereinigung lehnt den Erlaß rundweg ab. Sie vergleicht ihn mit einem Inquisitionsprozeß, weil staatsanwaltschaftliche Befugnisse auf die Polizei verlagert werden.

Vor diesem Hintergrund braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß die Medien berichten, in Schleswig-Holstein sei ein rechtspolitischer Streit entbrannt. Tatsache ist aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß das Parlament sich einmal mehr das Heft aus der Hand hat nehmen lassen. Bevor wir überhaupt eine Debatte bekommen, gibt die Regierung vor, bereits alles zum Besten erledigt zu haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Ja, aber trotzdem will ich einmal diesen Kritikpunkt loswerden; denn das wirkt in meinen Augen so ein bißchen wie Aktionismus.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich kann es dann auch nicht sein lassen zu sagen, daß wir im SSW vor zehn Jahren ein Wahlkampfplakat hatten, mit dem gefordert wurde, die Macht dem Parlament zurückzugeben. Ich denke, diese Forderung ist noch immer aktuell.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sehr schön!)

So kann man jedenfalls eine nüchterne Bestandsaufnahme und gemeinsame Entscheidungen nicht herbeiführen.

Die **Statistik** lasse alle Alarmglocken läuten, soll Innenminister Wienholtz gesagt haben. Diejenigen, die sich qualifiziert mit Statistiken auseinandersetzen, gelangen zum gleichen Ergebnis. Nicht immer mehr

#### (Anke Spoorendonk)

Kinder und Jugendliche werden kriminell, sondern diejenigen Kinder und Jugendlichen, die Straftaten begehen, begehen eine immer größer werdende Anzahl von Straftaten. Man nennt sie daher auch "Intensivtäter".

Dieser Gruppe von Kindern und Jugendlichen steht die Gesellschaft völlig hilflos gegenüber. Über diese Gruppe muß man sich deshalb Gedanken machen. Sie entspricht aber nicht der Gruppe, die von dem Erlaß berührt ist. Darum wollte ich vorhin einmal meine Kritik loswerden.

Was wir deshalb brauchen, ist eine anständige Auseinandersetzung darüber, wie mit **Intensivtätern** verfahren werden soll. Dazu bedürfen wir des gebündelten Fachwissens. Es muß doch möglich sein, daß wir uns an einen Tisch setzen und gemeinsam überlegen, ob wir etwas tun können, was in unserer Macht steht, und wie bestimmte Weichenstellungen umzusetzen sind.

Die CDU fordert vielfach Handlungen als Folge eingetretenen Schadens ein. So soll die Landesregierung die Jugendkriminalität entschlossen bekämpfen, sagen Sie in Ihrem Antrag. Unsere Idealvorstellung - das will ich auch gern noch einmal deutlich machen - ist demgegenüber von dem Wunsch getragen, Maßnahmen im Vorfeld der Entstehung von Kriminalität auszubauen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen lieber, daß die Landesregierung Ausgaben tätigt, um Jugendkriminalität zu verhindern. Da liegen wir ja auch gar nicht weit auseinander. Das ist ja unser gemeinsames Bestreben, so sage ich jetzt einmal an meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Peter Zahn [SPD])

Das ist nicht nur - aber auch - eine Frage des Geldes. Den Sinn früh einsetzender Maßnahmen erkennt, wer die Summe für **Prävention** den Ausgaben gegenüberstellt, die für **Haftplätze** entstehen. Da sind wir dann wieder bei dem, was ich eingangs gesagt habe.

Der SSW unterstützt die Aufforderung, die Beratungs- und Hilfeangebote deutlich zu verstärken und die Eltern mit in die Hilfeprogramme einzubeziehen. Vielfach sind jugendliche Gewalttäter bereits als Kinder auffällig. Zwischenzeitlich wurde jahrelang nichts unternommen. Bei Jugendlichen, die in Haft sitzen, ist der richtige Zeitpunkt zum Eingreifen schlicht verschlafen worden.

Vor kurzem ist im "Spiegel" ein Interview mit der Frankfurter Professorin Gisela Zenz abgedruckt worden, die Familien- und Jugendhilferecht lehrt. Auch sie hebt hervor, daß viele Kinder, die irgendwann einmal mit Gewalttaten auffallen, vorher jahrelang bei der Jugendhilfe und den Gerichten bekannt waren. Sie beklagt, daß die Möglichkeiten des **Jugendhilfegesetzes** in den seltensten Fällen zur Anwendung gelangen. Dort ist vorgesehen, eine Situationsanalyse gemeinsam mit Experten und der Familie zu erstellen. Daraufhin soll eine Prognose abgegeben werden, heißt es. Letztlich sind Hilfemaßnahmen zu treffen.

Zu solchen Analysen und Prognosen kommt es jedoch nur selten. Die Jugendhilfeexpertin bekundet, daß es zwar eine Menge Beratungseinrichtungen, Therapien und Erziehungshilfen gibt, daß das Feld aber unübersichtlich sei und die Sozialarbeiter in vielen Fällen schlicht überfordert seien. Sie fordert deshalb die Schaffung einer kompetenten Stelle, die umfassend die Interessen der Kinder beim Weg durch die Hilfeinstanzen vertritt. Das Interview macht deutlich, daß aus der Sicht einer Expertin eine Reihe von Eingriffsmöglichkeiten vorhanden sind, von denen nicht Gebrauch gemacht wird. Daran muß sich doch etwas ändern.

Nördlich der Grenze hat die Kinder- und Jugendkriminalität 1997 das niedrigste Niveau seit zehn Jahren erreicht. Ich spreche das an, weil der Kollege Geißler in seiner Pressekonferenz zu diesem Thema darauf eingegangen ist.

Experten führen das auch auf die sogenannte SSP-Zusammenarbeit zurück. SSP ist die Zusammenarbeit, die zwischen Schulen, Sozialbehörden und Polizei stattfindet. Kollege Geißler wollte - so denke ich unter der Überschrift "Schulische Erziehung als Mittel der Kriminalprävention" darauf hinaus, hat den Kern unserer Meinung nach aber nicht getroffen;

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn es geht ja darum, an die Jugendlichen heranzukommen, bevor etwas passiert.

Die SSP-Zusammenarbeit zur Kriminalitätsvorbeugung wurde bereits 1977 aufgenommen. 1994 wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Dieses Gesetz schreibt vor, die Vorbeugung gegen Gewalt an Schulen zu verstärken, allen Jugendlichen eine Ausbildung zu garantieren, den Bau von Sportanlagen und Klubräumen zu verstärken, um die freiwillige Jugendarbeit zu stärken, die Rechtsverfolgung in Fällen von Gewaltanwendung zu beschleunigen und zu dokumentieren, wie ernst die Gesellschaft Gewalttaten nimmt, Gewalttaten schneller vor Gericht zu bringen, die jenigen, die wegen Gewalttaten verurteilt

## (Anke Spoorendonk)

wurden, spätestens einen Monat nach der Verurteilung ihre Strafe antreten zu lassen.

Im Januar 1997 ist ein weiteres Gesetzespaket zur Verabschiedung gelangt. Damit wurde das Ziel verfolgt, sowohl die aufsuchende Arbeit in jenen Fällen zu intensivieren, in denen Kinder und Jugendlich Verhaltensauffälligkeiten aufweisen, wie auch die Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Sozialbehörden zu verstärken. Kontakt zu den Eltern soll sofort aufgenommen werden, wenn Kinder oder Jugendliche Straftaten begangen habe.

Im Falle des weiteren Handlungsbedarfs können Verträge zwischen Jugendlichen, Eltern und Sozialbehörden abgeschlossen werden, heißt es. Kinder und Jugendliche, deren Eltern nicht in der Lage sind, ihnen die erforderliche Zuwendung entgegenzubringen, erhalten einen Erwachsenen zu ihrer Unterstützung zur Seite.

Für Jugendliche, die eine Gewalttat verübt haben, wird ein Handlungsplan erstellt, der bestimmte Forderungen hinsichtlich des Schulbesuchs, der Ausbildung, der Arbeit, der Wohnung, der Freizeitaktivitäten und so weiter enthält.

Am Dienstag vergangener Woche hat die dänische Regierung einen Handlungsplan vorgelegt, nach dem diese SSP-Zusammenarbeit auf alle Kommunen ausgedehnt werden soll.

Eine ähnliche Richtung wird nun in Schleswig-Holstein eingeschlagen. Das ist gut; das finde ich richtig und gut so. Wir stellen uns im Zusammenhang mit dem Erlaß allerdings die Frage, wie es in Schleswig-Holstein denn um die Anwendung des Jugendhilfegesetzes bestellt ist. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, was der Kollege Baasch gesagt, daß sich auch der Jugendhilfeausschuß damit zu befassen hat.

Kinder und Jugendliche neigen am wenigsten zu kriminellen Handlungen, wenn es ihnen gutgeht, wenn sie Zuwendung erfahren und wenn man sich mit ihnen auseinandersetzt. Das ist Aufgabe der Erziehungsberechtigten. Es wird zunehmend aber auch Aufgabe von Schule und Gesellschaft sein.

Ich komme zum Schluß. - In dieser Phase eines andauernden gesellschaftsstrukturellen Umbruchs wünschen wir uns eine ausführliche Debatte und das Auffinden gemeinsamer Ziele. In den Bereichen, die unserem Einfluß unterliegen, müssen Maßnahmen angeschoben werden. Ich hoffe, daß wir - wie gesagt - gemeinsam dorthin gelangen werden. Ich bin nach dem, was ich dazu von seiten der CDU gehört habe, ein bißchen skeptisch, aber wenn alle anderen etwas erreichen, dann ist das ja auch gut.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Dr. Wienholtz.

(Meinhard Füllner [CDU]: Was? Wollten wir nicht die Mittagspause machen?)

#### Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es kann und darf auch heute nicht um populistischen Aktionismus gehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Vorfall in Hamburg, der uns alle überaus betroffen macht, ist dafür kein Anlaß. Kein Problem ist ungeeigneter für Aktionismus als das der Jugendkriminalität.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es richtig ist, daß sich die Kultur einer **Gesell**schaft auch darin zeigt, wie sie mit ihrer **Jugend** umgeht, dann gibt es ganz offensichtlich einen erheblichen Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Stichworte sind: Fehlende Ausbildungsplätze, steigende Armut bei Kindern und Jugendlichen - denn wir wissen: Soziale Sicherheit ist wesentliche Voraussetzung für innere Sicherheit.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

So wichtig ein konzertiertes Vorgehen aller staatlichen Bereiche bei der schnellen Reaktion auf Jugendkriminalität ist - noch wichtiger ist **Präventionsarbeit**.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein ist übrigens beispielhaft in der Präventionsarbeit, gerade auch bei Jugendkriminalität, in der gesamten Bundesrepublik.

(Konrad Nabel [SPD]: Die CDU verläßt den Raum!)

Jugendkriminalität hat gesamtgesellschaftliche Ursachen und bedarf einer Strategie, die die Gesellschaft selbst zur Problemlösung mit in Anspruch nimmt: Eltern, Lehrer, Kirchen, Wohlfahrts- und Jugendverbände und die Sportvereine.

#### (Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

Beispiel "Stadtteil und Schule": Das Lübecker Kooperationsmodell hat dazu geführt, daß gesellschaftliche Kräfte durchaus einen erheblichen Beitrag zur Gewaltprävention bei Jugendlichen und Kindern leisten können. Bestimmte Straftaten haben im Stadtteil abgenommen: weniger Brandstiftungen von Kindern und Jugendlichen, Abnahme von Bandenbildung und Bandentätigkeit, weniger Sachbeschädigungen in der Schule und in deren Umfeld, Abnahme von sexueller Gewalt an Mädchen im Bereich der Schule und weniger Alkoholismus auf dem Schulhof in den Nachmittags- und Abendstunden.

Beispiel "Prävention im Team": Lehrkräfte, Polizei und Suchtberater haben ein abgestimmtes Unterrichtsprogramm zu den Themen "Gewalt", "Diebstahl" und "Drogenkonsum" entwickelt. Das Projekt wird mittlerweile in über 50 Schulen praktiziert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel "Sport gegen Gewalt": Seit vier Jahren läuft dieses Projekt mit gutem Erfolg. Der Sport bringt junge Leute auf die richtige Seite der Straße, lehrt sie spielend das Zusammenspiel im Team, die Fähigkeit, nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Der Landesrat für Kriminalitätsverhütung konstituiert eine Arbeitsgemeinschaft, die Vorschläge zur Prävention besonders bei der Kinderkriminalität erarbeiten soll.

(Beifall bei der SPD)

Die Ergebnisse sollen unter anderem in eine interministerielle Arbeitsgruppe einfließen, auf die die Kollegin Birk gleich näher eingehen wird. Ich hoffe, daß erste Ergebnisse dieser Arbeit zum Ende des Jahres vorliegen.

Zu der Forderung der CDU, die geschlossene Heimunterbringung wieder einzuführen, habe ich mich wiederholt geäußert.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ja, das haben wir registriert!)

Es geht nicht um die Wiedereinführung der in Schleswig-Holstein abgeschafften herkömmlichen **geschlossenen Heime**.

(Beifall bei der SPD)

Wegsperren allein ist keine Therapie. Kinder benötigen Hilfe, Betreuung und Unterstützung. Dies alles bekommen sie auch in vielfältiger Weise. In den meisten Fällen führt es auch zum Erfolg. Der "Ausflug" in

die Kriminalität bleibt eine kurze Episode in der Entwicklung unserer Kinder.

Gleichwohl wissen wir, daß es eine kleine Zahl von Kindern gibt, die sich allen Formen offener Betreuung und Hilfen entziehen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Diese Problemfälle müssen sorgfältig analysiert werden, und ein entsprechendes Betreuungskonzept muß erarbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Dazu soll der Landesrat für Kriminalitätsverhütung einen Beitrag leisten. Die Umsetzung ist vor allem eine Aufgabe der **Jugendhilfe**. Sie kann die verschiedensten Ansätze von pädagogisch-psychologischer Intensivbetreuung bis zu länderübergreifenden Maßnahmen umfassen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema "Verschärfung der geltenden Rechtsnormen": Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität ist es fast schon an der Tagesordnung, eine Verschärfung der geltenden Rechtsnormen zu fordern. Damit werden wir aber den eigentlichen Ursachen dieser Problematik nicht gerecht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eltern, die ihre Kinder nicht erziehen können oder nicht erziehen wollen, werden nicht durch höhere Strafen zu beeindrucken sein. Die Forderung nach erweiterter Anwendung des Erwachsenenstrafrechts greift zu kurz, da man verkennt, daß das vom Erziehungsgedanken geprägte Jugendstrafrecht aufgrund seiner deutlich breiteren Reaktionsmöglichkeiten oftmals ein besseres Instrumentarium bietet, um auf die Verfehlungen Heranwachsender zu reagieren. Unter dem Aspekt, daß langfristige Jugendstrafen mehr entsozialisierend als resozialisierend wirken, würde die Erhöhung des Höchststrafmaßes auf 15 Jahre diesen Effekt nur verstärken und im Ergebnis einer lebenslangen Freiheitsstrafe bei Erwachsenen gleichkommen.

Zum Thema **Diversion** ist hier schon einiges gesagt worden. Ich freue mich, daß wir im Ausschuß Gelegenheit haben, zu zum Teil abenteuerlichen Reaktionen zu diesem Thema aus den letzten Tagen Stellung zu nehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### (Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

Insgesamt ist sich die Landesregierung des Ernstes der Situation bewußt. Unter Beachtung des Grundsatzes "Helfen statt Strafen" liegt der Schwerpunkt bei der Vorbeugung. Der Ruf nach schärferen Gesetzen und härteren Sanktionen wird der sensiblen Thematik nicht gerecht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, jetzt in die Mittagspause einzutreten und um 15:00 Uhr die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes fortzusetzen.

(Zurufe - Ministerin Angelika Birk: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Es ist der Wille der Fraktionen, Frau Ministerin; dem habe ich zu folgen.

Um 15:00 Uhr beginnen wir die Nachmittagssitzung mit dem Beitrag von Frau Ministerin Birk.

(Unterbrechung: 13:10 bis 15:00 Uhr)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Nachmittagssitzung.

Wir fahren mit dem Tagesordnungspunkt 14 fort.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Ich erteile Frau Ministerin Birk das Wort.

**Angelika Birk,** Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem Sie Ihren Hunger offensichtlich gestillt haben, möchte ich das Thema vom Vormittag noch einmal aufgreifen.

Das Feld der Medien hat sich der Jugendpolitik angenommen. So erschütternd die Fakten aus Hamburg sind, so frage ich mich doch, welche Stellvertreterrolle die öffentliche Medienempörung wahrnimmt. Ist die Rolle des Sündenbocks, die den Ausländern zugeschoben wurde, nun auch auf die Jugend übertragen worden?

Ich will damit die aktuelle Entwicklung nicht verharmlosen. Mein Mitgefühl gilt den Angehörigen des jüngsten Opfers.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW]) Aber ich will an Sie appellieren, die Aufgeregtheit aus der Diskussion herauszunehmen und es als Auftrag dieses Hauses zu verstehen, zur Versachlichung der Diskussion über das gewalttätige Verhalten von Kindern und Jugendlichen beizutragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Während der größte Teil der Kinder und Jugendlichen problemlos in unserer Gesellschaft aufwächst und dies trotz der immer größer werdenden Verarmung und der Entsolidarisierung - immerhin sind es bei den bis zu 14jährigen bundesweit 98 % der Kinder, die nicht straffällig geworden sind -, so gibt es eben eine kleine Minderheit von auffällig gewordenen **Kindern** und **Jugendlichen**, die durch eine Vielzahl von **Delikten** eine besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Diesen kleinen Teil erreichen die Kommunen und die freien Träger mit ihren Angeboten und Maßnahmen nicht oder nur unzureichend. Deswegen müssen wir beispielhaft einzelne Karrieren einer genaueren Analyse unterziehen.

Eine **Schwachstellenanalyse** soll uns helfen zu erkennen, warum bestimmte Hilfsangebote nicht greifen und was wir tun können, um zu Verbesserungen zu kommen.

Speziell zu diesen Fragen habe ich mit den Ministern Wienholtz und Walter sowie mit Ministerin Moser vereinbart, daß wir eine interministerielle Arbeitsgruppe einrichten werden. Diese muß sich meines Erachtens hauptsächlich aus Praktikerinnen und Praktikern zusammensetzen, die mit den Kindern und Jugendlichen vor Ort zu tun haben. Insofern brauchen wir auch Leute außerhalb des Ministeriums.

Nur in der Zusammenschau von Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, Jugendpsychiatrie, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichtsbarkeit werden wir diese Analyse leisten können, und zwar schnell. Wir müssen innerhalb von wenigen Monaten zu konkreten Ergebnissen kommen.

Ziel ist es, zu einer ressortübergreifenden, ganzheitlichen Betrachtungsweise zu finden. Eine wichtige Zuarbeit für diese Arbeitsgruppe wird natürlich auch vom Landesrat für Kriminalitätsverhütung erfolgen. Das hat Herr Wienholtz bereits erwähnt.

Diesem jugendpolitischen Ansatz der Landesregierung ist auch die Bundesjugendministerkonferenz in der letzten Woche gefolgt. Aus Anlaß der aktuell vorliegenden Anträge des Bundesrates und der Beschlüsse, die vornehmlich auf der Grundlage mehrheitlich gefaßter Initiativen von Innenministern ent-

## (Ministerin Angelika Birk)

standen sind, hat sich die Bundesjugendministerkonferenz einstimmig dazu entschlossen, die Ressorts Innen, Schule und Justiz einzuladen, um jenseits von bayrischem Aktionismus unter der Federführung der Jugendhilfe nachhaltige Problemlösungen zu finden.

Die Fraktion der CDU fordert in ihrem Antrag eine stärkere Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der Mitgestaltungskraft und Mitverantwortung von Kindern und Jugendlichen. Gerade hier ist Schleswig-Holstein vorbildlich. Schleswig-Holstein hat mit einer Demokratiekampagne bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Inzwischen werden im Land rund 150 Beteiligungsprojekte unterschiedlicher Größenordnung finanziell und beratend durch unser Haus unterstützt. All diese Projekte haben ähnlich wie die direkte Gewaltprävention, die Herr Wienholtz erwähnte, einen erheblichen Rückgang von Vandalismus und Gewalttaten zur Folge gehabt.

Wir haben uns außerdem entschlossen, in der Kommunalverfassung die **Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen** zu verankern und auch das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen.

Dies gehört zu der Debatte über die Jugendkriminalität unbedingt dazu. Nur wenn wir Jugendlichen Verantwortung geben, werden wir erreichen, daß sie mehrheitlich auch tatsächlich Verantwortung übernehmen.

Aber die CDU fordert ja nun auch **geschlossene Heime**. Als Antwort zitiere ich mit Erlaubnis der Präsidentin aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der SPD:

"Die Bundesregierung unterstützt alle geeigneten Maßnahmen, die dazu beitragen, geschlossene Unterbringungen in Untersuchungs- und Strafgefängnissen zu vermeiden."

Genau hier wollen wir ansetzen und die Schwierigkeiten, die daraus resultieren, überwinden.

## (Glocke der Präsidentin)

- Ich habe noch 43 Sekunden. - Nicht die Wiedereinführung der geschlossenen Heime, sondern das Zusammensetzen verschiedener Disziplinen ist die Lösung. Dies wird auch von Praktikern - wie wir heute in der "KN" nachlesen konnten - intensiv gefordert. Ich bin froh darüber, daß man in der Praxis inzwischen bereit ist, die Ressortinteressen zurückzustellen, um zusammen zu einer übereinstimmenden Lösung zu kommen.

Es mangelt uns nicht an rechtlichen Möglichkeiten und fachlicher Vielfalt. Es mangelt uns an Koordination und bisweilen auch an Geld. Deshalb bin ich froh darüber, daß die Landesregierung einen Konsens ge-

funden hat, einen finanziellen Schwerpunkt auf Schule, Jugend, Ausbildung und Jugendhilfe zu setzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Einer muß doch klatschen oder nicht? - Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Eine mitleidige Kollegin! - Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Füllner.

## Meinhard Füllner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, ich will nur noch einmal ein Wort zu Ihnen sagen. Es geht uns nicht um law and order. Es geht uns nicht nur um härtere Anwendung des geltenden Rechtes, sondern wir sehen in dieser ganzen Problematik eine sehr komplexe Bündelung von Einzelmaßnahmen. Wenn wir in einem Antrag natürlich nicht alles unterbringen können, dann verstehen Sie dies sicherlich auch. Deswegen möchte ich nur darauf hinweisen, daß wir nicht zu kurz gesprungen sind, sondern daß wir das als Aufforderung für eine weitergehende Debatte sehen, die alle Aspekte einschließt.

Ich möchte zu Herrn Böttcher sagen, Ihr Beitrag macht in besonderer Weise deutlich, woher die Orientierungslosigkeit mancher junger Leute kommt und wo die eigentlichen Urheber sind. Dieses geistige Klima, das durch Ihren Beitrag deutlich wird, ist auch ein Grund dafür. Ich komme im Zusammenhang mit einem anderen Aspekt noch darauf zurück.

#### (Beifall bei der CDU)

Wenn ich mich hier noch einmal zu Wort gemeldet habe, dann aus einem besonderen Grund. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß das, was wir hier heute diskutieren, im Wesen nur für eine ganz bestimmte Gruppe von jungen Menschen zutrifft. Es gibt nicht die Krise der jungen Generation, und es gibt nicht die Krise der Jugendlichen,

## (Zurufe von der SPD: Ach, ach!)

sondern es gibt eine große Menge junger Menschen, die mit dem Leben gut zurechtkommen und die allen Erfordernissen und Herausforderungen des Lebens auch gerecht werden. Aber unsere Sorge gilt der Minderheit, die mit ihrem ganzen Verhalten im Leben

## (Meinhard Füllner)

nicht zurechtkommen und in Konflikt mit Recht und Ordnung kommen.

Die Frage von Herrn Kubicki, was wir denn tun sollen, zeigt genauso wie sein ganzer Beitrag einen gewissen Fatalismus, den ich nicht teile, auch wenn wir uns auf einige wesentliche Punkte dieser Diskussion verständigen und ein Stück Gemeinsamkeit entwickeln können.

Einen Aspekt möchte ich besonders herausstellen. Das ist die Frage der Erziehung. Obwohl die Jugend nicht in der Krise ist, müssen wir feststellen, daß sich die Erziehung in einer bestimmten Krise befindet und wir zum Teil eine Entwicklung haben, die darin besteht, daß Erziehung im Elternhaus und in der Schule nicht mehr in dem erforderlichen Umfang stattfindet, wie wir es erwarten und wie es erforderlich wäre.

Wir haben es hier mit einem besonderen und zum Teil auch gezielten Abbau der notwendigen Autorität von Eltern, Lehrern, Polizei, Pfarrern und vielen gesellschaftlichen Gruppierungen zu tun, die nicht mehr in der Lage sind, die erzieherische Autorität auszuüben, die sie brauchen.

Ich sage ganz deutlich: autoritär nein, aber Autoritäten in allen diesen gesellschaftlichen Institutionen ja. Das wird in unserer Gesellschaft teilweise ganz gezielt abgebaut.

Als letzten Aspekt will ich anmerken - leider leuchtet es hier schon wieder - und Sie bitten, darüber nachzudenken, daß wir in wesentlichen Fragen einen gesamtgesellschaftlichen Konsens brauchen, insbesondere in der Frage des wertorientierten Handelns. Wir brauchen ein öffentliches Klima, das zur Erziehung ermutigt. Wir brauchen ein öffentliches Klima, das zur Vermittlung von Werten ermutigt und diese nicht behindert. Wenn wir alle, nicht nur die gesellschaftlichen Gruppen, sondern insbesondere auch die politischen Parteien, das erreichen, dann sind wir ein ganzes Stück weiter. Ich glaube, ein wichtiger Grund für manches Fehlverhalten ist auch der Mangel an Werteorientierung. Deswegen muß die Vermittlung von Werten auch ein wichtiges Ziel sein, das wir in diesem Hohen Hause noch einmal unter dem hier angesprochenen Aspekt diskutieren sollten.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das kann nicht sein! Die drei Minuten können doch nicht vorbei gewesen sein!)

## Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich bringe Ihnen Ihre Uhr gleich mit, Herr Kollege Füllner.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Füllner, Ihr Beitrag reizt sehr, noch einmal kurz darauf einzugehen. Er nährt die Illusion, man müsse nur Ihren Überlegungen zur Werteorientierung folgen, und schon wäre die **Jugendkriminalität** vorbei.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist ein Aspekt!)

Das ist schlicht Unsinn. Und auch die Behauptung, es gebe keine Werteorienierung beziehungsweise einen Mangel an Werteorientierung, ist schlicht Unsinn. Was Sie behaupten können, ist, daß es möglicherweise eine Veränderung der Werteorientierung gibt, daß es möglicherweise andere Leitbilder gibt, an denen sich die Jugendlichen heuten orientieren und die nicht Ihren Vorstellungen entsprechen. Zu allen Zeiten, wenn Menschen Normen gesetzt haben, hat es auch die Übertretung dieser Normen gegeben. Das muß man einfach zur Kenntnis nehmen. Das ist keine Frage von Fatalismus, sondern es ist eine Frage des Realitätssinns. Die Frage, die wir beantworten müssen, lautet, wie diese Gesellschaft mit bestimmten Kriminalitätsformen in den einzelnen Epochen umgeht, wo die Ursachen liegen und ob man etwas vorbeugend tun kann.

Natürlich ist es so, daß bestimmte Formen der Gewaltkriminalität, des Raubes, des Einbruchdiebstahls und so weiter etwas mit der Frage zu tun haben, in welcher wirtschaftlichen Situation wir uns befinden. Je schlechter es in einer Gesellschaft zugeht, desto größer wird die Deliktrate sein. Natürlich hat die Frage, welche Drogenpolitik wir betreiben, etwas mit der Frage zu tun, ob wir bestimmte Kriminalitätsformen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich sage noch einmal: Es wäre ganz einfach, bestimmte Kriminalitätsformen in diesem Bereich von heute auf morgen verschwinden zu lassen, wenn wir unsere repressive **Drogenpolitik** in Teilbereichen verändern würden.

Ich sage das jetzt nicht als Entschuldigung im strafrechtlichen Sinne, aber was sollen junge Menschen, die krank sind - wir reden ja von illegalen Drogen -, die 300 DM am Tag benötigen, um sich die Drogen auf dem illegalen Markt zu beschaffen, und die in die Substitutionsprogramme nicht hineinkommen, tun, woher sollen sie das Geld nehmen, es sei denn durch normenübertretende Verhaltensweisen, immer in der

Hoffnung, daß es nicht mit körperverletzenden Konflikten zusammenhängt? Was sollen die denn anderes tun, als sich so zu verhalten? Kann mir darauf jemand eine Antwort geben? Die schlichte Antwort von Ihnen würde lauten: Dann sollen die keine Drogen mehr nehmen. Das ist genau so plump wie die Erklärung, daß die Sonne jeden Tag aufgehen soll und die Wolken weggeschoben werden müssen.

Wenn Sie gesellschaftliche Entwicklungen nicht zur Kenntnis nehmen wollen und die notwendige Reaktion darauf, dann dürfen Sie auch nicht die damit zusammenhängenden Kriminalitätserscheinungsformen beklagen. Und vor allen Dingen, Herr Kollege Kayenburg - das meine ich mit vollem Ernst -, dürfen Sie das bei differenzierter Betrachtung nicht zum Gegenstand eines Antrages machen, von dem ich glaube, daß er zwar im zuständigen Ausschuß seriös diskutiert werden kann, dessen Vorstellung bei mir aber eher den Eindruck erweckt hat, es ginge darum, in einem anlaufenden Wahlkampf Stimmen zu fangen bei Leuten, die Angst haben, mit Methoden und Modellen, die letzten Endes nicht das von Ihnen gewünschte Ergebnis bringen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat nun das Wort die Frau Abgeordnete Franzen.

## **Ingrid Franzen** [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon eine bemerkenswerte Debatte, die da so quer durch die Fronten verläuft. Ich möchte dem F.D.P.-Vertreter, Herrn Kubicki, ausdrücklich für seinen ersten Wortbeitrag danken, wo es aufklärende Zahlen gab. Bei diesem Beitrag war das Hohe Haus sehr ruhig. Ich glaube allerdings, wenn wir die Zahlen vorgetragen hätten, dann hätten Sie diese nicht für möglich gehalten. So verschieden werden Zahlen wahrgenommen. Auch ich hatte mich auf diese Zahlen eingestellt, bin aber froh, daß sie anderweitig vorgetragen wurden.

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Herr Füllner hier allen Ernstes gesagt hat, die junge Generation befinde sich nicht in einer Krise. Meine Damen und Herren, das ist eben das Problem dieser Debatte, daß sich die CDU nicht die Mühe gemacht hat, einmal sorgfältig hinter den Vorhang zu gucken. So privat ist ja die deutsche Familie auch nicht mehr; sie ist erforscht und in Daten und Fakten aufgelistet, so daß ich mich wundere, warum die CDU-Fraktion nicht einfach ein bißchen Ursachenforschung betrieben hat. Die Ursachen liegen auf dem Tisch, und ich nenne sie

jetzt. Es sind ganz harte Daten und Fakten, die zu dem führen, was wir heute öffentlich erleben.

Es gibt in Deutschland, in unserem reichen Land, 2,2 Millionen **Kinder** unter 18 Jahren, die von **Sozialhilfe** leben. Zusätzlich gibt es noch einmal 2,8 Millionen Kinder, die in verdeckter **Armut** leben, das heißt in Familien, die durchaus Anspruch auf Sozialhilfe und andere Hilfen hätten, es aber entweder nicht wissen oder sich nicht trauen, diese Hilfe zu beantragen.

Es gibt 50.000 Kinder auf der Straße, und 500.000 Kinder leben in Obdachlosenunterkünften oder schlechten Notunterkünften. Währenddessen verdienen andere Bevölkerungsgruppen - das ist jetzt keine Neiddiskussion, sondern das ist Fakt - täglich allein durch Zinseinnahmen 32 Millionen DM. Und da sagen Sie, die junge Generation sei bei uns nicht in einer Krise. Ich glaube, Sie haben 16 Jahre geträumt und damit auch die Ursachen geschaffen.

Ich darf noch ein paar andere Daten, Fakten und Ursachen nennen. Herr Geißler, ich merke, daß Sie das Ganze langweilt, so laut und intensiv wie Sie gähnen. Aber ich sage es einmal so: Es ist erwiesen und öffentlich publiziert; Sie hätten es nachlesen können. Es ist erforscht durch den Kriminalforscher Christian Pfeiffer, daß jeder 13. Jugendliche im Alter von 14 oder 15 Jahren in der Familie - in dieser heiligen Familie, die immer so nach rückwärts betrachtet wirdmißhandelt wird. Ich spreche hier nicht von Ohrfeigen, sondern von Mißhandlung. Das wissen wir doch alle längst. Wer das von Kindheit an erlebt oder als 13-und 14jähriger, das sind Jungen und Mädchen in der vollen Pubertät, der handelt dann nach außen ebenso. Da passiert also etwas Schlechtes.

Da haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, vor kurzem - es ist noch kein halbes Jahr her - eine Möglichkeit als Gesetzgeber verpaßt. Denn beim Kindschaftsrecht hätten Sie sich sehr wohl den Vorschlägen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließen können, ein für allemal auch in Deutschland die **körperliche Gewalt** als Erziehungsmaßnahme per Gesetz aus den Familien zu verbannen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten das einfach nur in das Gesetz hineinschreiben müssen. Das ist in Europa gang und gäbe, auch in den Ländern, die Sie hier als Vorbild genannt haben.

Last but not least will ich darauf hinweisen, daß nach einer UNO-Studie auch die Gewalt in den Medien eine große Rolle spielt. Die Kinder sind nicht mehr in

## (Ingrid Franzen)

der Lage, zwischen der Gewalt in den Medien und ihren Alltagserfahrungen zu unterscheiden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Völlig richtig!)

Das ist auch eine Sache, die eher von den privaten Medien gekommen ist als von den öffentlichrechtlichen Medien.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch nicht!)

Darum müßten wir uns kümmern. Hier zu sagen, der jungen Generation gehe es bis auf die paar Ausnahmen gut, heißt, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt Gäste des SPD-Landesverbandes mit Gästen der Gemeinde Gailingen (Hochrhein).

(Beifall)

Das Wort ebenfalls nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält nun Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Zurufe von der CDU)

- Zunächst erhalten die Abgeordneten das Wort, die nach § 58 Abs. 2 sprechen wollen, nachdem der Herr Minister und die Frau Ministerin während der Beratung gesprochen haben, und dann kommen die Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung.

Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete Fröhlich.

# Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke sehr, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Geißler, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich die Spurenelemente des gemeinsamen Nachdenkens, die ich auch in Ihrer Rede und Ihrem Antrag gesehen habe, unterstützen und aufgreifen möchte. Es gibt so etwas wie eine heimliche Debatte, die hier mitläuft - es ist eine alte Debatte, die mich sehr berührt -, nämlich die Debatte um Autoritäten und Autoritärsein und letztlich auch die Debatte um die antiautoritäre Bewegung, der ich mich im Laufe meines Lebens einmal vehement angeschlossen habe, mit der ich dann allerdings auch so meine Erfahrungen gemacht habe und durch die ich zu Schlüssen gekommen bin, die ich jetzt hier nicht alle entwickeln will.

Dennoch merke ich sehr wohl, daß diese Debatte jetzt aufgegriffen und am 6. Juli in der CAU das Thema abgeben wird für den studentischen Debattierklub, der eine alte studentische und akademische Tradition als ein Mittel der Kultur pflegt. Es geschieht manchmal etwas überspitzt und auch nicht so sehr todernst, aber diesmal lautet das Thema: "Die 68er sind an allem schuld".

In diesem Zusammenhang will ich Ihr Augenmerk einfach noch einmal auf folgendes lenken. Die **68er Bewegung** war eine Jugendbewegung, die auf krisenhafte Entwicklungen in der Gesellschaft reagierte, welche sich nicht mehr bewegen wollte.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Man wird dieser Jugendbewegung nicht vorwerfen können, daß sie nicht immer gleich den Stein der Weisen gefunden hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war doch keine Jugendbewegung!)

- Natürlich war das eine Jugendbewegung! Es war eine studentische Bewegung. Ich zähle die Studenten sehr wohl zur Jugend. Ich war damals 24 oder 25 Jahre alt und zähle mich in diesem Alter durchaus auch zur Jugend. Ich hatte zwar schon Mann und Kind, lasse mir mein Jugendlichsein in diesem Alter aber überhaupt nicht absprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich habe damals meine ersten politischen Erfahrungen gesammelt, und ich bedaure auch nicht, daß das so gewesen ist.

Wir haben uns damals mit dem Stichwort der repressiven Toleranz auseinandergesetzt. Wir haben uns damit auseinandergesetzt, daß wir in einer aufwachsenden demokratischen Gesellschaft sehr wohl spürten, daß es eine Enge gab, daß Türen zugeschlagen wurden und daß manches auch mit aufwachsendem Reichtum übertüncht wurde. Heute fehlen uns die Mittel, um unsere jungen Leute zumindest mit aufwachsendem Wohlstand trösten zu können. Heute fehlen uns die Mittel, um jungen Leuten zumindest ernsthafte und sichere Perspektiven für ihr Leben aufzuzeigen. Selbstverständlich resultiert daraus eine krisenhafte Entwicklung. Diese Krise ist keineswegs eine Krise der Jugend, sondern eine **Krise dieser Gesellschaft**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist zugleich eine Krise des Generationenvertrages, der nicht mehr stimmt. Wir hinterlassen unseren Kindern zwar auch Erbschaften, zum Glück ungeschmä-

# (Irene Fröhlich)

lert durch einen weiteren Krieg in diesem Jahrhundert. Darüber können wir nur froh sein. Dafür können wir nur dankbar sein. Wir hinterlassen unseren Kindern aber auch etwas ganz anderes. Wir hinterlassen ihnen Schulden, wir hinterlassen ihnen ungelöste ökologische Probleme. Das alles wissen unsere Kinder und Jugendlichen. Sie wissen, daß wir mit diesen negativen Hinterlassenschaften relativ großzügig umgehen.

Ich muß jetzt leider zum Schluß kommen. Wir sollten die Debatte darüber nicht abreißen lassen, was der Generationenvertrag in dieser Gesellschaft eigentlich zu bedeuten hat, wo er versagt hat und wo er das einfach nicht mehr leistet, was er leisten soll.

Als letztes will ich dies noch sagen. Ich kann nicht verstehen, daß sich eine Elterninitiative, ein Elternverein - Sie werden davon Kenntnis genommen haben; ich habe mich in diese Debatte eingemischt - aktiv gegen die Schülerinnen und Schüler dieses Landes stellt. Das ist für mich in höchstem Maße Ausdruck von Krise in dieser Gesellschaft und Krise des Generationenvertrages.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat nun Herr Abgeordneter Schlie das Wort.

## Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte den Verlauf dieser Diskussion deswegen für so unbefriedigend, weil ich glaube, daß hier nach ritualisiertem Muster gesagt wird: Dort sitzen diejenigen - Herr Kollege Kubicki, Sie bekommen das noch zu hören, was Sie zu hören bekommen müssen -, die Law-andorder-Parolen verteilen, und dort sitzen diejenigen - diesen rechnen Sie sich offensichtlich zu -, die meinen, daß sie soziale Wohltaten, Offenheit und Toleranz für Jugendliche in die Diskussion einbringen müßten. Werter Kollege, vielleicht sollten Sie einfach einmal unseren Antrag lesen.

(Beifall bei der CDU)

Sie, werte Kollegin Franzen, sollten dies vielleicht auch tun. Dann hätten Sie vielleicht begriffen, daß beispielsweise das Problem der Medien und der Gewalt in den Medien in dem Antrag angesprochen wird. Aber nein, Sie sind einfach in Ihrem Denkmuster verfangen, genau wie der Kollege Kubicki, der meint, daß man das real existierende Problem der Kinder- und Jugendkriminalität einfach dadurch wegdiskutieren kann, daß man eine Interpretation von ganz bestimmten Statistiken vornimmt.

Damit kann man natürlich einiges belegen. Man kann auch den Gegenbeweis antreten. Kollege Kubicki, das nützt aber doch nichts. Die Probleme sind real vorhanden. Es müssen beide Aspekte in dieser Diskussion Berücksichtigung finden. Sie müssen sich dann auch einmal anhören, was Ihr Kollege Schmidt-Jortzig - ich weiß, daß Sie ihn ähnlich einschätzen wie den Landesvorsitzenden Koppelin - gesagt hat. Er sagte: Die Allgemeinheit hat einen legitimen Anspruch darauf, vor Schwerstkriminellen geschützt zu werden, und zwar unabhängig davon, ob es sich bei den Tätern um Erwachsene, um Jugendliche oder sogar um Kinder handelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

- Es mag ja sein, daß es stimmt. Dann hören Sie es sich bitte auch an! - Er sagt weiter: Es müsse bei **kriminellen Kindern** möglich sein, sie als letztes Mittel in eine **geschlossene Erziehungsanstalt** einzuweisen. Es gehe dabei nicht darum, sie wegzuschließen, sondern darum, einen letzten Versuch der erzieherischen Einwirkung auf sie zu unternehmen.

Wir haben es mit dem Problem der unterschiedlichen Definition und Auslegung von Erziehung zu tun. Ihr Mißverständnis, daß "Autorität" zugleich "autoritär" bedeuten würde, Frau Fröhlich, resultiert vermutlich aus dem Problem Ihres eigenen Aufwachsens. Deswegen übertragen Sie es auch auf diese Debatte.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wäre schön, wenn Sie zugehört hätten!)

Herr Kollege Kubicki, der Gralshüter der Liberalität sagt folgendes: Jugendliche, die schwerkriminell werden, sollten nicht zum Bergwandern nach Südamerika geschickt, sondern hart bestraft werden. - Das sagt Herr Westerwelle. Dann erzählen Sie uns von der Union hier doch bitte nicht, daß wir einseitig in Richtung auf law and order ausgerichtet seien! Nein, Sie stehen in Ihrer Partei dieser Problematik doch genauso hilflos gegenüber. Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam ausloten, welche Möglichkeiten es gibt!

Die Ministerpräsidentin dieses Landes, sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, sagt, man müsse nun endlich durchgreifen; schwerkriminelle Jugendliche müßten schnell bestraft werden. Sie fordert, die Instrumente der Hauptverhandlungshaft und des beschleunigten Verfahrens in Schleswig-Holstein endlich konsequent anzuwenden. Sie wissen doch besser als ich, wer es behindert und verhindert, daß die Hauptverhandlungshaft und das beschleunigte Verfahren hier an-

## (Klaus Schlie)

gemessen angewandt werden. Hier besteht ein Widerspruch zwischen öffentlicher Deklaration, dem Eingehen darauf, daß es gewisse öffentliche Ansprüche gibt, und dem, was real getan werden muß, damit wir der Problematik begegnen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluß. Ich halte es wirklich für eine scheinheilige Diskussion, wenn man glaubt, hier einfach Einteilungen vornehmen zu können. Es hilft auch nichts, wenn man das Problem des Umgangs junger Menschen mit Drogen so lösen zu können meint wie Sie, Herr Kubicki. Sie sagen: Geben wir die Drogen frei; dann haben wir das Problem gelöst. - Nein, damit haben wir es eben nicht gelöst. Das zeigen die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern. Eine solche Lösung wäre zu einfach und zu billig. Sie kommen von dieser sehr fundamentalen Diskussion nicht ab.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Lehnert das Wort.

#### **Peter Lehnert** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte leider nicht die Gelegenheit, der Ministerin eine Zwischenfrage zu stellen. Der Kollege Böttcher von den Grünen ist vorhin in der Debatte ebenfalls nicht auf die Frage eingegangen, wie die Grünen es begründen, daß sie einerseits ein Wahlrecht mit 16 Jahren fordern - als Argument wird angeführt, daß die Reife in diesem Alter bereits vorhanden sei -, andererseits aber dann, wenn von einem 16jährigen eine kriminelle Handlung begangen wird, diese Reife als Argument nicht mehr gelten soll. Das ist einer unserer Kritikpunkte. Die Stimmigkeit dieser unterschiedlichen Positionen kann man, wie ich glaube, auch in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion nicht mehr herüberbringen.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das gilt für den 18jährigen auch, Herr Lehnert!)

Lassen Sie mich, weil ich aus der Nähe von Hamburg komme, noch einmal auf die beiden Fälle eingehen, die hier in den letzten Tagen für Unruhe gesorgt haben. Im Falle des Mordes von Tonndorf hat die Bürger und natürlich auch die Hamburger Justiz sehr erregt, daß die beiden vermutlichen Täter bereits vorher 70 Straftaten begangen haben. Das muß uns doch alle zum Nachdenken anregen. Es ist Anlaß gegeben zu sagen:

Das kann so nicht weitergehen. Wir müssen den **Schutz der Opfer** mehr in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der CDU)

14 Tage vorher wurde im "Hamburger Abendblatt" darüber berichtet, daß ein 14jähriger und ein 15jähriger drei minderjährige Mädchen, die 13 Jahre alt sind, vergewaltigt haben. Ich glaube, wir kommen sehr schnell auf einen Nenner, wenn ich sage, daß das ein widerliches Verbrechen ist. Wir müssen auch 14-und 15jährigen, die solche Verbrechen begehen, Grenzen aufzeigen. Ich meine, die Grundlinie, auf die wir uns einigen können, ist doch, daß ihnen Grenzen aufgezeigt werden.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das passiert doch!)

- Herr Kubicki, die gesamte Hamburger Politik, die Hamburger Justiz und Ihr eigener Bundesjustizminister sagen Ihnen doch, daß die Grenzen, die in den letzten zehn Jahren aufgezeigt worden seien, einfach nicht mehr ausreichten.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann allen Kolleginnen und Kollegen nur empfehlen, sich einmal den Kommentar im heutigen "Hamburger Abendblatt" unter der Überschrift "Fatale Signale" durchzulesen. Wir diskutieren nach gewissen Wahlen immer wieder über die Wahlergebnisse von Gruppierungen, die wir alle in diesem Parlament nicht haben wollen. Ich kann uns hier wirklich nur dazu auffordern, in den Ausschüssen ideologiefrei miteinander zu diskutieren und auch der Bevölkerung glaubwürdig deutlich zu machen, daß wir bereit sind, hier zu handeln, um den Schutz der Bevölkerung und auch den Schutz der Jugendlichen, die kriminell werden, sicherzustellen. Ich halte das für einen ganz wichtigen Faktor, damit wir nach der Bundestagswahl oder nach der nächsten Landtagswahl nicht hier sitzen und uns fragen, was wir für Fehler gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Kubicki.

## Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Langsam reicht es mir wirklich, ich meine die undif-

ferenzierte Debatte, die von seiten der Union, von Ihnen, Herr Schlie, kommt.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es reicht mir jetzt wirklich. Sie erwecken den Eindruck, als ob ein Jugendlicher, jemand, der 14 Jahre alt und damit strafmündig ist, für eine kriminelle Tat bisher nicht bestraft wird oder nicht bestraft werden kann.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer hat das denn gesagt?)

- Ich höre, da vergewaltigt ein 15jähriger 13jährige Mädchen, dem müssen Grenzen aufgezeigt werden. -Dem werden bereits durch das geltende Strafrecht Grenzen aufgezeigt!

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das zuständige Gericht - nicht ich, sondern Gott sei Dank ein unabhängiges Gericht -

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

wird darüber befinden, ob der 15jährige ein, zwei oder drei Jahre in eine Jugendstrafanstalt muß.

Die Frage, die Sie anders debattieren wollen und müssen, ist die: Was machen Sie mit Kindern, mit denen, die nicht strafmündig sind, die noch nicht 14 Jahre alt sind? Das müssen Sie unterscheiden.

(Klaus Schlie [CDU]: Da haben Sie völlig recht!)

Da wollen Sie jetzt im Prinzip nichts anderes, als die **Strafmündigkeitsgrenze** nach unten zu verlagern. Wenn Sie das wollen, sagen Sie das doch!

(Zurufe von der CDU: Wo steht das denn im Antrag? - Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie wollen Kinder wegschließen, Sie wollen dafür sorgen, daß kriminelle Kinder in Heime gebracht werden. Sie wollen damit nichts anderes, als die Strafmündigkeitsgrenze nach unten zu verlagern, wie es beispielsweise der Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Prechtel, Ihr Parteifreund, bereits vorgeschlagen hat. Dann sagen Sie, daß Kinder demnächst wie Kriminelle bestraft werden sollen! Dann haben wir eine völlig andere Debatte.

(Zurufe von der CDU)

Daß Sie die Differenzierung nicht leisten zwischen denjenigen, die Kinder sind und damit nicht strafmündig sein können, und denjenigen, die jugendlich und damit strafmündig sind, und den Heranwachsenden, bei denen die Alternative besteht, daß sie nach Jugend-

strafrecht oder Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden, daß Sie diese Differenzierung hier nicht aufbringen, sondern alles in einen Topf schmeißen, das werfe ich Ihnen vor. Das ist reiner Populismus, um auf Wählerfang zu gehen.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Als nächstes habe ich auf der Rednerliste Frau Ministerin Birk und dann vier weitere Kurzbeiträge. Ich erlaube mir nur den Hinweis darauf, daß es darum geht, den Antrag zur Beratung an die Ausschüsse zu überweisen. - Frau Ministerin Birk, Sie haben das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Wat mut, dat mut! Es gibt wichtige und unwichtige Debatten! Dies hier ist eine wichtige!)

**Angelika Birk,** Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der kurzen Redezeit, die mir vergönnt war, war ich dankbar für die grundsätzlichen Bemerkungen der Abgeordneten Franzen und Fröhlich in dieser Debatte, nachdem sich auch Herr Kubicki vergeblich um Sachlichkeit bemüht hatte.

(Lachen bei der CDU)

- Ich danke ihm insbesondere für seinen Beitrag, der die Zahlen auf den Punkt gebracht hat. Die Vergeblichkeit lag hier offensichtlich in den Zwischenrufen, die von anderer Seite kamen.

Nun noch einmal von meiner Seite! Wenn Sie sagen, wir bräuchten **geschlossene Heime**, dann unterstellen Sie, daß ein geschlossenes Heim weitere Straftaten verhindern hilft. Wir wissen aber aus der Geschichte, der Tradition der geschlossenen Heime, daß dies just nicht der Fall war. Es ist kein Gitter so dicht, daß nicht Jugendliche auch dort den Weg nach draußen finden, wenn die Pädagogik versagt.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Es hat insbesondere in den Ländern, die gern dafür angeführt werden, daß es dort angeblich besser sei, weil dort die Strafmündigkeitsgrenze niedriger liegt, Frankreich und England, die härtesten Auseinandersetzungen mit Jugendlichen der letzten Jahrzehnte gegeben. Die Straßenschlachten, die dort tagelang in verwahrlosten Vorstädten tobten, möchte ich hierzulande nicht sehen.

## (Ministerin Angelika Birk)

Die Wege, die wir wählen, sind, in soziale Brennpunkte mit Sozialarbeit hineinzugehen. Unsere Demokratiekampagne: angefangen mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Bewohnerinnen und Bewohnern, wenn es um die Veränderung ihrer Stadtteile geht, die kriminalpräventiven Räte, die gegründet worden sind, sind die richtigen Wege, um **Prävention** auf breiter Basis zu leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn wir diesen Weg nicht gegangen wären, hätten wir auch hierzulande zum Teil andere Verhältnisse.

Wenn nun tatsächlich all diese Wege aber versagen, dann bedarf es - da sind wir hier im Hause wohl einer Meinung - einer besseren Abstimmung zwischen den zuständigen Instanzen. Es ist in Deutschland so, daß wir nach dem Kinder- und Jugendhilferecht, das 1991 mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, tatsächlich ein Beratungsangebot, ein Hilfeangebot haben und das Jugendamt nicht mehr als Ordnungsbehörde funktioniert. Dafür gibt es ein abgestuftes System von Jugendgerichtshilfe, von Polizei, von Jugendstaatsanwaltschaften, um den unterschiedlichen Situationen tatsächlich Rechnung zu tragen. Aber diese Leute müssen vor Ort zusammenarbeiten. Das geschieht in Schleswig-Holstein teilweise schon hervorragend,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

teilweise aber auch nicht. Deshalb finde ich den Schritt sinnvoll, da eine Schwachstellenanalyse vorzunehmen, um zu konkreten Verbesserungen zu kommen. Durch diese Verbesserungen werden wir preisgünstiger und wirksamer ein neues Signal haben, anstatt irgendwo die Debatte um die Errichtung eines neuen steinernen Gebäudes zu beginnen, das im übrigen sehr viel teurer wird. Dieses Geld hätte ich lieber für flexible Jugendhilfemaßnahmen zur Verfügung.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Was mir von den Kommunen entgegengehalten wird, ist, daß das Geld nicht reicht, daß die Leute Fortbildung brauchen, daß Erzieherinnen und Erzieher ein Burn-out-Syndrom haben. Dem müssen wir nachgehen, da müssen wir Abhilfe schaffen.

Denjenigen, die in der Kita-Debatte so leichtfertig sagen, da könnten wir die Standards senken, halte ich entgegen: Mir sagen junge Erzieherinnen, sie bräuchten mehr Zeit, um den verwahrlosten Kindern auf die Sprünge zu helfen, um mit den Eltern zu reden,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um frühzeitig zu verhindern, daß Kinder beispielsweise tagelang nichts zu essen bekommen oder der Fernseher der einzige Ansprechpartner ist.

(Unruhe)

Wir haben hier viele engagierte Leute, die wir nicht enttäuschen sollten, die darauf warten, daß ihre Anregungen aufgegriffen werden. Ich bitte Sie hierfür um Unterstützung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Geerdts.

## **Torsten Geerdts** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde mich freuen, wenn wir uns in dieser Debatte auch verstärkt mit den Realitäten im Lande Schleswig-Holstein auseinandersetzten.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Realitäten gehört es einfach, daß viele junge Menschen kein ausreichendes Angebot bekommen, wenn sie zeitweise in einem offenen Heim untergebracht sind.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das stimmt nicht! Das ist eine Frage der Ausstattung!)

- Es ist kein ausreichendes Angebot, Frau Fröhlich.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sozialpolitisch und jugendpolitisch so verantwortungsvoll sind, sagen Sie mir doch, ob Sie es für richtig halten, daß für die ganz schwierigen und problematischen jungen Menschen am Ende nur ein Platz in der Psychiatrie nachbleibt. Wenn das die Form der Festsetzung ist, um dem Problem überhaupt noch Herr zu werden, ist das jugendpolitisch und sozialpolitisch aus meiner Sicht nicht zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Genau damit möchte ich mich nicht abfinden. Daher finde ich den entsprechenden Passus in unserem Antrag sehr vernünftig.

Bei Gewaltbereitschaft und den jungen Menschen, bei denen wir alles probiert haben, wo es keinen anderen

#### (Torsten Geerdts)

Weg mehr gibt, müssen wir eine Form der zeitweisen zeitweisen! - Festsetzung finden. Dazu gehört allerdings mehr. Dazu gehört auch die Frage: Wie arbeiten wir die Probleme, die vorher entstanden sind, in dieser Zeit auf? Wie bieten wir Therapie an? Welche sozialpädagogische Betreuung bieten wir an?

Sagen Sie mir doch einmal ganz ehrlich, wie Sie es mit den jungen Menschen machen wollen, die über Nacht wieder abgehauen sind! Wir brauchen da eine **zeitweise Festsetzung**; sonst hilft uns das beste Beratungsund Hilfsangebot nicht weiter. Das ist der Punkt, den die CDU-Fraktion hier einbringt.

(Starker Beifall bei der CDU)

Hören Sie bitte auf, ständig zu behaupten, es gebe im Landtag irgendeine Fraktion, die sagt: Wegschließen reicht. Nein, Wegschließen auf Zeit, aber ein Hilfsangebot zur Seite stellen - das ist die Programmatik der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Alles andere ist aus meiner Sicht Sozialromantik.

Noch ein Punkt! Sie kommen immer wieder mit Erlebnispädagogik. Wenn das erfolgreich wäre, wären wir gar nicht anderer Meinung, sondern würden sagen: Wenn es konkret hilft, laßt es uns machen! Aber wenn es in vielen Fällen eben nicht hilft, gehen Sie doch bitte nicht dem Motto nach: Das war in den 70er Jahren schon schick, da haben wir es immer gefordert, nun können wir es endlich umsetzen und bieten es an. Das ist eine verfehlte Jugendpolitik. Aus dem Grunde bleibt die CDU-Fraktion dabei: Laßt uns kleine, länderübergreifende Einrichtungen schaffen,

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

damit wir den Menschen wirklich konkret helfen, aus einer schwierigen Lage heraus wieder eine Brücke zu bauen. Dazu müssen wir sie zeitweise festsetzen, mit einem Betreuungsangebot. Das meint die CDU-Fraktion, und das haben Sie eigentlich auch verstanden.

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Böttcher.

## Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Geerdts, ich würde auch gern mit Ihnen darüber diskutieren, wie wir das pädagogisch Sinnvolle tun können. Aber das war nicht der Ansatz Ihres Antrages.

(Zuruf von der CDU: Lesen!)

Dieser Antrag hat viele Ursachen und viele Punkte verschwiegen.

Was mich ärgert, ist zum Beispiel die Antwort auf die Große Anfrage der SPD, aus der Herr Kubicki zitiert hat. In der Antwort heißt es auf die Frage, ob die Bundesregierung soziale Ursachen von Jugendkriminalität sehe: Nein, wir haben ein hervorragendes soziales System. Soziale Ursachen gibt es dafür nicht. - Das ist die Antwort, die auf die Große Anfrage gegeben wird.

Dann möchte ich noch einmal auf das eingehen, was Herr Lehnert hier behauptet hat. Hier zu sagen, diejenigen, die dem Antrag der CDU nach weiteren Verschärfungen nicht zustimmen würden, würden die Rechten und die Extremen in diesem Land stärken, ist meiner Ansicht nach eine Unverschämtheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Denn diese Kräfte werden doch gerade durch diejenigen gestärkt, die sich hier hinstellen und sagen, der Staat tue in diesem Bereich überhaupt nichts, dort passiere nichts. Das ist doch das Absurde an dieser Diskussion.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Rechten schwächt man nicht dadurch, daß man ihnen hinterherläuft, sondern indem man eine wirklich differenzierte Auseinandersetzung führt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Geerdts, Sie sprachen von kleinen Einrichtungen. Ich habe gerade erfahren, daß Herr Beust eine Einrichtung für Norddeutschland mit 70 Kindern haben möchte. Ist das die kleine Einrichtung, in der pädagogisch sinnvoll gearbeitet werden soll? - Nein danke, nicht mit mir.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind doch wohl nicht ganz dicht!)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Geißler.

## Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der von mir in meinem Eingangsbeitrag an die linke Seite des Hauses gerichtete Appell, diese Debatte ohne Scheuklappen zu führen, ist ungehört verhallt. Nachdem ich einige Ihrer Debattenbeiträge gehört habe, kann ich nur sagen: Die meisten von Ihnen haben unseren Antrag offenbar überhaupt nicht gelesen.

## (Beifall bei der CDU)

Frau Franzen, Sie empören sich hier darüber, daß wir das Thema Gewalt in den Medien überhaupt nicht aufgegriffen hätten; es sei alles ganz schrecklich, daß die CDU das übersehe. Ich verweise einfach einmal auf Seite 5 unseres Antrages. Dort finden Sie ein großes Kapitel zum Thema Gewalt in den Medien, das sehr konkrete Vorschläge und Forderungen enthält. Der Antrag enthält ein weiteres Kapitel zum Thema "jugendgefährdende Inhalte im Internet" mit ebenfalls sehr konkreten Vorschlägen. Am besten, Sie unterziehen sich erst einmal der Lektüre unseres Antrages. Dann können Sie sich immer noch aufregen und sich empören, wenn es denn Ihr festgefügtes Weltbild so will.

## (Beifall bei der CDU)

Herr Kubicki, ich kann auch Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen. Auch Sie haben sich offensichtlich irgendwelche Papiere zur Hand genommen und dann festgestellt, daß eine Debatte über die Absenkung der Strafmündigkeitsalters geführt wird. In unserem Antrag aber steht davon kein Wort.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich bin auf den Beitrag des Kollegen Schlie eingegangen!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben das bei uns natürlich auch diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir uns diese Forderung nicht zu eigen machen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie sagen, Herr Kollege Kubicki, das werde mit unserer Forderung nach **geschlossenen Heimen** praktisch mit aufgegriffen, so kann ich Ihnen nur sagen: Das stimmt nicht. Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen nach dem KJHG - unter anderem die Einweisung in offene Heime -, die nicht freiwillig erfolgen. Aber da werden Sie doch nicht von Strafmaßnahmen sprechen wollen, Herr Kubicki. Insofern geht Ihr diesbezüglicher Beitrag an der Sache vorbei.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich bin für differenzierte Lösungen; dafür sind alle Redner meiner Partei. Aber differenziert Argumentieren und Handeln bedingen einander. Sie differenzieren und räsonieren seit Jahren, haben darüber aber das Handeln vergessen. Das mahnen wir an dieser Stelle an.

(Beifall bei der CDU)

Herr Böttcher, zu dem, was Sie sich da eben geleistet haben, kann ich Ihnen nur sagen: Es ist schlichtweg eine Unverschämtheit, uns hier zu unterstellen, wir würden den Rechten hinterherlaufen. Wir haben rechtsstaatlich einwandfreie Lösungskonzepte vorgelegt.

## (Beifall bei der CDU)

Das einzige, was wir anmahnen, ist, daß die demokratischen Parteien bei allen Unterschieden in der Sache nach einem kontroversen Dialog immer noch die Kraft für gemeinsame Lösungen finden. Wenn wir das nicht mehr schaffen, wenn wir über dieses Feld nur debattieren und es nicht schaffen, auch die Probleme zu lösen, dann bereiten wir in der Tat den Nährboden für die rechten Rattenfänger. Das sollten wir gemeinsam in unser aller Interesse vermeiden.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ehe ich nun Herrn Abgeordneten Baasch das Wort erteile, muß ich Ihnen, Herr Oppositionsführer, für den Ausspruch: "Sie sind doch wohl nicht ganz dicht!" einen Ordnungsruf erteilen. Das ist kein parlamentarischer Ausspruch.

Herr Abgeordneter Baasch, Sie haben das Wort.

## Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

# Wolfgang Baasch [SPD]:

Danke. - Ich glaube, es ist zu einfach, sich hier hinzustellen und zu behaupten, man würde mit einem Antrag von sieben Seiten das Problem der **Jugendkriminalität und Jugendgewalt** ausführlich aufgreifen.

(Zuruf von der CDU: Nun fangen Sie doch die Leier nicht wieder an!)

Ihr Antrag enthält viele Allgemeinplätze.

## (Wolfgang Baasch)

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Wo sind Ihre Vorschläge?)

- Frau Todsen, schreien Sie doch nicht dazwischen! Das muß doch nicht sein.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Das machen Sie doch auch immer so!)

- Na gut. - Abgesehen von den vielen Allgemeinplätzen, die Ihr Antrag enthält, kommen darin auch immer wieder Zuspitzungen vor, die nicht konkretisiert werden. Während Sie in Ihrem Antrag von zahlreichen Kindern sprechen, hat Herr Geerdts eben von einigen wenigen Kindern gesprochen. Damit sind wir doch schon bei der Frage: Ist es eine Handvoll, sind es zwei Dutzend oder - wie Herr Beust sagte - vielleicht 70 Kinder, die wir in geschlossenen Heimen unterbringen? Ich sage Ihnen: Wenn wir eine Einrichtung für 20 Kinder machen, dann ist sie morgen voll, weil es so einfach und bequem ist, die Kinder abzuschieben.

(Beifall bei der SPD)

Machen wir eine Einrichtung mit 100 Plätzen, dann ist auch sie morgen voll, weil es so einfach ist, die Kinder abzuschieben. Genau das ist es, was wir Ihnen vorwerfen, nämlich daß Sie nicht differenziert auf die Probleme von Kindern und Jugendlichen eingehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Sie unterstellen das!)

Was den Vorwurf betrifft, Kinder und Jugendliche hätten keine Probleme - dazu hat Herr Füllner vorhin Ausführungen gemacht -, so ist zu sagen: Natürlich haben Kinder und Jugendliche in dieser Gesellschaft Probleme. Das sagen Sie in Ihrem Antrag auch. Aber Sie greifen das nicht auf, um nach differenzierten und individuellen Antworten zu suchen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter!

# Wolfgang Baasch [SPD]:

Lassen Sie mich bitte in meinen Ausführungen fortfahren; sonst schaffe ich es nicht, die drei Punkte abzuarbeiten, die ich mir vorgenommen habe.

Herr Füllner sprach vorhin davon, daß Kinder und Jugendliche keine Probleme hätten. Natürlich haben Kinder und Jugendliche in dieser Gesellschaft Probleme.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie haben gar nicht zugehört! Sie drehen das alles um!)

- Sie haben es selbst so formuliert. In der Begründung zu Ihrem Antrag klingt das an. Wenn Sie die Shell-Jugendstudie gelesen haben, dann wissen Sie, daß Kinder und Jugendliche verunsichert sind. Welcher Hilfe und Unterstützung bedürfen Kinder und Jugendliche dann? - Einer sehr individuellen, einer sehr fürsorglichen. Es bedarf einer Hilfe, die den Kindern und Jugendlichen die Werte vermitteln kann, die sie brauchen. Dazu gehören aber keine geschlossenen Einrichtungen. Ich bitte Sie!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW])

Lassen Sie uns doch auch einmal über die konkreten Ansätze diskutieren. Es ist doch nicht so - das ist hier nun wirklich deutlich geworden -, daß in Schleswig-Holstein nichts passiert. Wir haben **Präventionsinstrumente**. Wir haben Sport gegen Gewalt. Wir haben viele andere Dinge, die der Gewaltbereitschaft entgegenwirken. In meinem Wahlkreis liegt der Stadtteil Moisling. Gucken Sie sich einmal an, was dort gemacht wird!

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist hervorragend!)

Ich gehe mit Ihnen dorthin. Das ist eben nicht Wegsperren. Das ist eben nicht Polizei in der Form, wie Sie es wollen, sondern das ist Polizei,

(Klaus Schlie [CDU]: Trotzdem haben wir die Probleme!)

die mit Sozialarbeitern, mit Schule zusammenarbeitet und Erfolge hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das wollen wir auch!)

Mir geht es darum herauszuarbeiten, daß wir diese Instrumente stärken wollen.

Ich sage Ihnen auch: Wer - wie Herr Geißler es getan hat - beklagt, daß Kinder und Jugendliche immer stärker bewaffnet sind, der muß nicht dafür sorgen, daß Kinder und Jugendliche eingesperrt werden, sondern der müßte sich vielleicht einmal um eine Verschärfung des Waffenrechts bemühen. Aber dazu sagen Sie nichts.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und SSW)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Stritzl.

## **Thomas Stritzl** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Böttcher, wenn Sie in bezug auf den Antrag der CDU sagen, pädagogisch Sinnvolles zu tun, das sei nicht Ziel des Antrages, oder wenn Herr Baasch formuliert, Jugendliche abzuschieben, sei das Ziel des Antrages, dann kann ich Ihnen nur sagen, Sie haben sich mit der Situation und der Problemstellung der Erziehung und der Hilfe für problematische Jugendliche erkennbar nicht befaßt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie haben sich damit erkennbar nicht befaßt, Herr Böttcher.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Gegenteil!)

Es geht doch nicht darum, darauf zu verweisen, daß es Präventionsmaßnahmen gibt. Es geht nicht darum, darauf hinzuweisen, daß es offene Jugenderziehung gibt. Es geht nicht darum, darauf hinzuweisen, daß Erlebnispädagogik wichtig ist. Die Frage, die der CDU-Antrag doch zu Recht aufwirft, ist die Frage, was passiert, wenn all dies versagt. - Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall bei der CDU)

Und wie helfe ich denn diesen jungen Menschen? Da kann ich Ihren laxen Hinweis: "Ihr wollt hier Strafmündigkeitsgrenzen abziehen", als rhetorischen Gag sehr gut verkraften. Die entscheidende Frage ist doch: Wie wenden wir uns diesen Menschen zu?

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Indem man die Eltern einsperrt!)

Lasse ich sie alleine, oder lasse ich sie nicht alleine?

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Bin ich bereit, ihnen adäquate Hilfe zu leisten, oder will ich es nicht tun, weil ich ideologische Blockaden habe?

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen aus der Zeit erzählen, in der ich jugendpolitischer Sprecher war. - Herr Böttcher, das können Sie nicht wissen, damals gab es die Grünen noch gar nicht, auch nicht hier im Landtag.

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jugendliche, die in Schleswig in der **geschlossenen Jugendheimerziehung** waren - hätten Sie damals hingehört, heute geht das ja nicht mehr, aber ich war damals da -, sagten mir damals: Es ist schön, daß es

diese Einrichtung gibt, denn nirgendwo anders hat man mir helfen können. Was ist denn das Prinzip der geschlossenen Jugendheime gewesen - psychologische, therapeutische Betreuung, Ermöglichung einer Schulausbildung, Ermöglichung einer Arbeitsplatzausbildung und hinterher die Möglichkeit, auch im Umfeld einen Arbeitsplatz zu finden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Heute sind die alle in der CDU! - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet eine Startchance für Menschen, die sonst keine Startchance mehr haben, darum geht es.

(Beifall bei der CDU)

Wo landen denn die, um die wir uns nicht kümmern?

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Nehmen Sie doch einen Fall aus der Praxis, das berühmte, in der Presse immer wiedergegebene Beispiel des Autoknackers Dennis aus Hamburg.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Er hatte bereits mit 14 Jahren eine traurige Karriere hinter sich. Ich glaube, mittlerweile hat er mehrere 100 Autos geknackt. Er hat im Rahmen der Erlebnispädagogik - was ich ihm gönne - die halbe Welt bereist. Jetzt ist er in Polen wegen wiederholter Aufbrüche von Autos zu zwei Jahren Knast verurteilt worden. Das ist das Ergebnis dieser Karriere, und diese Karrieren wollen wir im Interesse derjenigen, die es betrifft, beenden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

## Thomas Stritzl [CDU]:

Es ist keine oder falsch verstandene soziale Politik, wenn man aus Angst vor der eigenen Courage nicht bereit ist,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Schreien Sie nicht so!)

denjenigen, die Probleme haben, adäquate Hilfe zu geben.

(Beifall bei der CDU)

## (Thomas Stritzl)

Dies zu leisten ist das Ziel des CDU-Antrages, und dafür bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Oppositionsführer.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie hätten lieber gewollt, daß Dennis hier für zwei Jahre verurteilt worden wäre!)

# Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie von der linken Seite des Hauses werden mit noch so vielen Debattenbeiträgen das Problem nicht wegreden.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Das Problem wurde von uns deutlich gemacht, Lösungswege sind aufgezeigt, und was Sie hier treiben, was Herr Böttcher eben deutlich artikuliert und gemacht hat, das ist ein Weg, der unverantwortlich und undemokratisch ist.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Er ist undemokratisch und wird von uns auch mit den entsprechenden Begriffen belegt.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, zur aktuellen Situation! Sie kennen doch sicherlich die Pressemitteilung des Innenministers vom 26. Februar 1998.

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich!)

Da steht:

"Jugendkriminalität steigt weiter - Gewaltbereitschaft wächst. Der negative Trend hat sich auch 1997 weiter fortgesetzt ... So groß war der Anteil von jungen Menschen an allen Tatverdächtigen noch nie. Auf das Konto dieser Altersgruppe gehen in Schleswig-Holstein fast 40 % aller Straftaten ... Gewaltkriminalität: 5.079 Tatverdächtige, davon 2.098 Jugendliche"

- das sind übrigens 41,3 % -,

"Straßenkriminalität: 7.329 Tatverdächtige, davon 3.990 Jugendliche (54,4 %), Rauschgiftkriminalität: ... (41,8 %)."

(Ingrid Franzen [SPD]: Traurig genug!)

Das sind doch die wahren Zahlen, setzen Sie sich damit auseinander, bevor Sie hier Ihre ideologische Suppe verkaufen!

(Beifall bei der CDU)

Mein dritter Punkt: Wer von hieraus suggeriert, die CDU laufe den Rechtsextremisten hinterher, Herr Böttcher, der steht außerhalb des demokratischen Konsenses und der Grundlagen dieses Parlamentes! Lassen Sie sich das von mir gesagt sein!

(Beifall bei der CDU)

Und um deutlich zu machen, wie niveau- und geschmacklos Ihre Beiträge sind, nehme ich gern den Ordnungsruf für den Begriff in Kauf, den ich Ihnen zugerufen habe. Und lassen Sie sich auch gesagt sein: Außerhalb dieses Raumes hätte ich Sie noch ganz anders bezeichnet; mit Rechtsextremisten lassen wir uns nicht in einen Topf schmeißen!

(Zurufe von der CDU: Jawohl! - Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Kähler.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Herr Lehnert hat doch damit angefangen! - Zurufe von der CDU)

#### Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Was für ein Schauspiel! Können Sie mir bitte sagen, wer eigentlich für die Schaffung von ausgewogenen sozialen Bedingungen in dieser Republik in erster Linie zuständig ist?

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie doch wohl nicht!)

Herr Kayenburg, wer ist in erster Linie für solche Dinge zuständig? - Das ist die Bundesregierung.

(Zurufe von der CDU)

Und die hat mit Sicherheit nichts dazu beigetragen.

Wenn Sie sich hier vorn hinstellen und die Ernsthaftigkeit gemeinsamen Handelns einfordern, dann erwarte ich auch, daß Sie akzeptieren, daß man mit Mitteln des Jugendstrafvollzugs allein nicht unbedingt zielführend arbeitet.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das wollen wir doch gar nicht, wer redet denn davon? - Weitere Zurufe von der CDU)

#### (Ursula Kähler)

Herr Geißler, ich erwarte, daß auch Sie das akzeptieren. Sie sagen einerseits, daß es ein differenziertes Instrumentarium geben muß, und andererseits hauen Sie hier schwarzweiß auf den Putz.

(Klaus Schlie [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Wenn Sie hier fragen, was denn die Landesregierung getan hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja?)

dann können Sie sich doch an den Fingern abzählen, was sie getan hat, weil die Erfolgsquote doch vorhanden ist.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt Angebote **präventiver Maßnahmen**, und zwar können diese in unterschiedlichster Weise umgesetzt werden, und sie werden doch auch umgesetzt!

(Klaus Schlie [CDU]: Trotzdem gibt es die Probleme!)

Ein weiteres Beispiel dafür, das jetzt umgesetzt wird, ist die Diversion, der Täter-Opfer-Ausgleich, also Konfliktbearbeitung und Konfliktschlichtung in den sozialen Verantwortlichkeitsbezügen, Stärkung der Opferperspektive. Weiter werden soziale Gruppenarbeit und soziale Trainingskurse angeboten, also Lernund Erfahrungsfelder für konformes Verhalten, die Stärkung der psychischen Ressourcen und nicht zuletzt die Einzelbetreuung durchgeführt.

(Wortmeldung des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] - Glocke der Präsidentin)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete - -

#### Ursula Kähler [SPD]:

- Nein, ich lasse keine Anfragen oder Zwischenfragen

Betreutes Wohnen und betreutes Arbeiten, lebenspraktische Integrationshilfen, das sind doch alles Maßnahmen, die von dieser Landesregierung bereits umgesetzt werden,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und auf dem Weg muß man doch weitergehen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Jede strafrechtliche Reaktion - Herr Geißler, das müßte Ihnen als Jurist doch auch klar geworden sein kann für sich in den Lebenszusammenhängen junger Menschen nur marginal wirken. Es sind doch die präventiven Maßnahmen, die sich in die praktischen Erfahrungen einfügen, daß sich nämlich konformes Verhalten auch lohnt und daß es für jeden jungen Menschen auch eine positive Lebensperspektive gibt. Die positiven Möglichkeiten des einzelnen müssen auch in der strafrechtlichen Reaktion mehr im Mittelpunkt stehen als die zurückweisenden Strafsanktionen. Die Grundsätze des Umgangs mit unseren Kindern und Jugendlichen, die müssen wir nennen: Einbindung statt Ausgrenzung, Stabilisierung statt Stigmatisierung, Erziehung statt Strafe und Erziehung durch Hilfe. Das sind die Grundlagen, mit denen wir die Dinge in den Griff bekommen.

Gebt den Menschen Arbeit, und gebt den jungen Leuten Perspektiven! Das gilt insbesondere für die Bundesregierung,

(Zurufe von der CDU: Ja, ja, ja!)

die diese Perspektiven in den letzten Jahren massiv reduziert hat.

(Glocke der Präsidentin)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete - -

## Ursula Kähler [SPD]:

Da gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse, die dies nachweisen.

(Glocke der Präsidentin)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluß!

# Ursula Kähler [SPD]:

Nach diesen Maximen sollten wir handeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Kayenburg, wenn Sie mir außerhalb dieses Saales etwas anderes sagen wollen, frage ich Sie, was Sie Ihrem Kollegen Lehnert sagen, der diese ganze Debatte angefacht hat,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Machen Sie es nicht noch schlimmer! - Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

#### (Matthias Böttcher)

indem er behauptet hat, daß durch unsere Forderung die extremistischen Kräfte gestärkt würden. - Er hat die Debatte über diese Frage begonnen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch überhaupt nicht wahr! Das ist eine Unverfrorenheit!)

- Lesen Sie das nachher im Protokoll nach!

Ich finde es nach wie vor leichtfertig, sich hier hinzustellen und zu sagen, die Polizeiliche Kriminalstatistik sei die einzige Aussage über die **Entwicklung von Jugendkriminalität**. Man muß sich sehr genau angucken, was jugendtypisch ist und was nicht jugendtypisch ist, wo es anfängt, wo es aufhört, wo es wirklich zum Problem wird.

Alle Studien sagen: Jugendkriminalität ist bei den meisten eine Episode; bei den meisten ist sie mit dem Prozeß des Erwachsenwerdens abgeschlossen. Zum Problem wird sie dann, wo Jugendliche Serientäter werden und wenn es besonders gewalttätig wird. Das muß man sich genau angucken und Hilfemöglichkeiten entwickeln.

Dieses Bemühen ist in Ihrem Antrag nicht zu sehen. In Ihrem Antrag sind in der Regel solche Maßnahmen vorgesehen, die nur strafverschärfend sind, die kontraproduktiv sind, die vorgaukeln, ein Problem zu lösen, das aber nicht tun.

In dieser ganzen Debatte muß man sehr genau hinschauen, welche Forderungen man aufstellt, um nicht ins Leere zu greifen.

In diesem Zusammenhang muß man auch soziale Ursachen benennen. Man muß sie angehen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das fehlt in Ihrem Antrag. Das greife ich an.

(Klaus Schlie [CDU]: Das fehlt eben nicht! Das fehlt überhaupt nicht!)

- Sie fordern doch nur die Landesregierung auf, dies zu tun, jenes zu tun. Das geht doch in dieser einfachen Form nicht. Sie stehlen sich da aus der Verantwortung. Das finde ich an Ihrem Antrag so schlecht.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN], Ingrid Franzen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Wir bemühen uns um eine ehrliche Diskussion. Wenn es um die Zukunft von Menschen geht, sind wir einig. Herrn Stritzl, bei Ihrem Beitrag habe ich mich ehrlich gefragt, warum wir unbedingt geschlossene Heime brauchen. Wenn die Kinder und Jugendlichen so glücklich sind - wie Sie es geschildert haben -, daß sie dableiben,

(Zurufe von der CDU)

dann brauchen wir auch keine Gitter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen -- Bitte? - Ich erteile der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

## **Ute Erdsiek-Rave** [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob es zu diesem Zeitpunkt der Debatte noch möglich ist, einen nachdenklichen Satz zu äußern. Ich habe zeitweise versucht, mich etwa in jüngere Menschen hineinzuversetzen, die da oben sitzen, die dieser Debatte zuhören und die sich fragen, ob wir hier debattieren und dabei ihr Wohl im Auge haben oder ob es in dieser Debatte nicht vielleicht um ganz andere Dinge geht.

(Beifall bei der SPD)

- Da klatscht jetzt meine Fraktion. Aber ich meine durchaus alle Seiten.

Teilweise ging es wechselseitig um **undifferenzierte Vorwürfe**. Ich will mich jetzt nicht zur Oberlehrerin der Debatte aufspielen, wirklich nicht. Aber ich will für mich ganz persönlich folgendes sagen. In der Zuspitzung, die die Debatte in der letzten halben Stunde um die Frage der geschlossenen Unterbringung erfahren hat, ging es mir auch hier zu sehr schwarzweiß. Genauso, wie man dem Rechtsextremismus, der auf einfache Antworten setzt, nicht beikommt, indem man so einfach argumentiert, wie hier manchmal argumentiert worden ist, kann man auch bei der Frage --

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

- Ich gucke auch Sie an, Herr Böttcher; das war relativ undifferenziert. Aber gut, das passiert in solchen Debatten.

Zur Frage der Unterbringung in geschlossenen Anstalten! Ich finde, daß das, was Sie, Herr Geißler und andere von Ihnen, hier darstellen, ein Zurück zu dem, was wir früher einmal hatten, ein Zurück zu der alten Blomenburg, ist. Herr Stritzl, ich bestreite einfach, daß Sie sich ausführlich mit dem Schicksal von Mädchen, die in Blomenburg untergebracht waren,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

#### (Ute Erdsiek-Rave)

und mit ihren Lebenswegen und ihren Karrieren nach ihrer Zeit im Heim auseinandergesetzt haben. Das haben Sie, glaube ich, nicht. Sonst hätten Sie hier nicht wirklich guten Gewissens fordern können, daß wir zu dieser Art von Einrichtung zurück sollen.

Wir werden aber darüber nachdenken müssen, ob es nicht Einrichtungen, Gruppen geben muß, in denen man junge Menschen, die sich der Möglichkeit der Veränderung und des Einwirkens entziehen, erreichbar halten müssen. Das müssen keine geschlossenen Heime sein. Vielleicht hätten Sie ein bißchen differenzierter argumentieren müssen. Es müssen Möglichkeiten sein, mit Jugendlichen so umgehen zu können, daß sie sich nicht ständig und permanent dem Einfluß entziehen und neue Straftaten begehen können - zu ihren Gunsten und zugunsten ihrer möglichen Opfer.

(Thorsten Geißler [CDU]: Genau das wollen wir! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Nein, nein, es tut mir leid! Die Art und Weise, wie es aus Ihren Reihen manchmal geschallt hat, mit welchem Hohngelächter Sie bestimmte Debattenbeiträge bedacht haben - -

(Zuruf von der CDU: Das ist eine Unterstellung! - Widerspruch bei der CDU)

- Wenn Sie hier nur schwarzmalen, malt die andere Seite weiß; das ist doch klar. Dann verschwinden die differenzierten Töne.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie wollten nur schwarz hören!)

Es ging sehr grundsätzlich um rechtsstaatliche Fragen. Man merkt zum Glück, daß es zwischen den Parteien Unterschiede gibt. Man muß sich doch nicht gleich Rechtsextremismus oder etwas anderes vorwerfen,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

man kann doch schlicht akzeptieren, daß es in diesem Land und in diesem Parteienspektrum unterschiedliche Weltanschauungen gibt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Das bringen solche Debatten manchmal zum Ausdruck. Das ist auch gut so.

Wenn es um Sachfragen geht, etwa um die Frage der delinquenten jungen Menschen, Kinder, Jugendlichen, muß man sich - bitte! - um differnzierte Antworten bemühen.

Ich denke, daß es sich lohnt, über die Frage, was man mit schweren Straftaten und Jugendlichen in diesem Alter macht und was sozusagen die letzten Mittel sind, jenseits der Aufgeregtheit von Wahlkämpfen und jenseits der Aufgeregtheit hier im Plenum weiter zu debattieren. Dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Stritzl, Sie haben bereits nach § 56 Abs. 4 --

(Zurufe von der CDU)

- Nach § 56 Abs. 4? - Nein! Nach § 58 Abs. 2! Nach § 56 Abs. 4 gibt es nur einen Wortbeitrag; es tut mir leid, Herr Stritzl.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist korrekt! - Zurufe von der CDU)

- Nein, nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung gibt es nur einen Wortbeitrag. Es tut mir leid; ich kann Ihnen das Wort nicht mehr erteilen.

Weitere Wortmeldungen liegen mir -- Herr Abgeordneter Maurus zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung!

## Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte ist, wenn wir den Part vor der Mittagspause hinzunehmen, seit fast zwei Stunden sehr hitzig geführt worden. Ich kann hier nur unterstreichen: Lesen Sie unseren Antrag! Sie haben mehr hineininterpretiert, als von uns ausgesagt wurde.

Es geht uns nicht darum, zurück in die Vergangenheit zu gehen, sondern darum, einen Weg in die Zukunft zu weisen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Mit diesem Antrag schlagen wir Lösungsmöglichkeiten für ein Problem vor, das augenfällig ist und das auch vom ganzen Haus gesehen wird.

(Beifall bei der CDU)

Wie diskutiert wird, darf ich Ihnen noch einmal deutlich machen. "Es kann und darf nicht sein, daß jugendliches Alter Freibrief für schwerste Gewalttäter und Verbrechen ist", sagte Guido Westerwelle.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was soll ich jetzt damit anfangen?)

Auch Herr Dr. Wienholtz hat vor wenigen Tagen auf den Problempunkt, auf den vorher verschiedene Red-

#### (Heinz Maurus)

ner aufmerksam gemacht haben, hingewiesen, indem er folgende Anregung gegeben hat: "Sonderkonzepte für besonders hartnäckige Problemkinder, bei denen aufgrund des Alters weder Arrest noch Jugendhaft greifen, müssen entwickelt werden."

Der Kollege Geerdts ist darauf eingegangen, indem er sagte: Es kann nicht sein, daß wir **junge Menschen**, die wir ansonsten nicht mehr in den Griff bekommen, der Psychiatrie zuweisen. Hierfür müssen wir **Lösungsmöglichkeiten** haben.

Diesem Gedanken können Sie sich doch nicht verschließen. In unserem Antrag haben wir solche Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Hier heißt es: Wir sollen die Möglichkeit der geschlossenen Heimunterbringung schaffen, die Möglichkeit für den Ausnahmefall und nicht für den Regelfall. Darum geht es, um nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen --

(Holger Astrup [SPD]: Hier war noch eine Wortmeldung, Herr Präsident!)

- Ich bitte, das in Zukunft deutlicher zu machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mehr als melden kann sie sich nicht! - Thorsten Geißler [CDU]: Frau Fröhlich hat auch schon geredet!)

- Nach § 56 Abs. 4? - Das ist erledigt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Das Wort zu einer persönlichen Erklärung hat der Herr Abgeordnete Stritzl.

#### Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich melde mich deshalb, weil Sie mich direkt angesprochen haben, Frau Erdsiek-Rave. Ich stimme Ihnen zu: Wir sollten nicht schwarz in schwarz malen. Das genau ist auch der Sinn des CDU-Antrages. Sie haben mich aber persönlich - wenn Sie dies ernst nehmen - mit dem Bemerken angesprochen, Sie glaubten nicht, daß das meine persönlichen Erfahrungen seien, die ich hier dargestellt hätte. - Es war das Ergebnis eines Gesprächs in der geschlossenen Jugendheimanstalt in Schleswig, das ich Ihnen hier als Erfahrungswert wiedergegeben habe.

Dann will ich, weil Sie mich auf Blomenburg angesprochen haben, auch noch einmal darlegen, was mir junge Mädchen dort gesagt haben: Daß die Blomenburg für sie als geschlossene Jugendeinrichtung die einzige Möglichkeit war, denjenigen zu entkommen, die sie in die Prostitution getrieben haben.

Auch das ist ein Stück **Wirklichkeit der geschlossenen Jugendheime**: soziale Stabilität durch das Abschneiden des sozialpolitischen Umfeldes, das sie in die Situation gebracht hat, in der sie sind.

(Glocke des Präsidenten)

Auch dies bitte ich zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Das war nicht zulässig! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das war keine persönliche Erklärung!)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, den Antrag dem Innen- und Rechtsausschuß federführend und mitberatend dem Bildungsausschuß sowie dem Sozialausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Meine Damen und Herren, es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor:

# Änderung des § 68 SGB X durch das Medizinproduktgesetz des Bundes

Dringlichkeitsantrag des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag Drucksache 14/1582

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? - Bitte, Frau Abgeordnete Spoorendonk, mit der Bitte, die Dringlichkeit kurz zu begründen.

## Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke schon, es ist wichtig, daß ich die Dringlichkeit kurz begründe. Ich weiß, es ist schwierig, jetzt nach solch einer aufgeregten Debatte weiterzukommen. Ich will es aber dennoch versuchen.

Die Dringlichkeit ist aus unserer Sicht darin begründet, daß der Landesdatenschutzbeauftragte in der Mittagspause eine Pressekonferenz gegeben hat, die uns so beeindruckt hat, daß wir beschlossen haben, jetzt noch diesen Dringlichkeitsantrag einzureichen. Ich möchte in Klammern hinzufügen: Wir neigen ja nun wirklich nicht dazu, den Landtag mit Dringlichkeitsanträgen zuzukleistern.

Aber die Sache ist die, daß der **Bundestag** am 18. Juni das sogenannte Erste Gesetz zur Änderung

## (Anke Spoorendonk)

des Medizinproduktgesetzes beschlossen hat. Mit diesem Gesetz werden aber tatsächlich die Vorschriften der §§ 68 und 69 SGB X geändert. Wir halten die vorgesehene Änderung der dortigen Regelungen für rechtsstaatlich bedenklich. Deshalb möchten wir erreichen, daß sich die Landesregierung im Bundesrat gegen einen entsprechenden Beschluß wendet.

Da die **Bundesratssitzung** für den 10. Juli angesetzt ist, bitten wir um Zustimmung zu der Dringlichkeit. Uns ist in der Pressekonferenz gesagt worden, daß die Landesregierung am Montag einen Beschluß fassen soll. Das heißt, wir haben heute erfahren, worum es geht; wir haben nicht diesen direkten Draht nach Bonn - noch nicht.

(Lachen bei der CDU)

Am Montag soll beschlossen werden, und am 10. Juli steht die Beschlußfassung im Bundesrat an. Erst am 25. September wird der Bundesrat wieder tagen.

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? - Herr Abgeordneter Astrup!

## **Holger Astrup** [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Spoorendonk, die SPD-Fraktion wird der beantragten Dringlichkeit nach § 51 Abs. 4 der Geschäftsordnung - so glaube ich - nicht zustimmen. Die beantragte **Debatte auf der Grundlage einer Pressemitteilung**, ohne daß auch uns beispielsweise der Gesetzestext im Entwurf vorliegt, scheint mir nicht angemessen zu sein.

Sie haben recht: Das Kabinett wird sich am Montag damit beschäftigen. Eine Frage durch mich an die zuständige Ministerin hat ergeben, daß die Kabinettsberatung vermutlich zum Ergebnis haben wird, diesen Gesetzentwurf seitens der Landesregierung im Bundesrat abzulehnen, so daß ich die Dringlichkeit schon deshalb nicht erkennen kann.

Zum anderen wird angeboten, daß sich der zuständige Sozialausschuß im August in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause mit diesem Thema beschäftigt. Ich denke, damit ist dem Gegenstand auch genügend Rechnung getragen.

## Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Ich weise auf § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung hin: Für die Dringlichkeit ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Wer der Dringlichkeit des Antrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Dringlichkeit mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt. - Genügt diese geschäftsordnungsmäßige Feststellung?

(Meinhard Füllner [CDU]: Ja!)

- Das ist der Fall.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

## Statistischer Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1997

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1524

Ich erteile der Frau Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales das Wort.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Der ist doch abgesetzt! - Wortmeldung des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Herr Abgeordneter Astrup, zur Geschäftsordnung!

## **Holger Astrup** [SPD]:

Herr Präsident! Die Geschäftsführer haben sich schon gestern darauf verständigt, daß der Arbeitsmarktbericht ohne Aussprache an den Sozialausschuß überwiesen werden soll, so daß wir in der Tagesordnung ganz normal mit dem Tagesordnungspunkt 17 fortfahren können.

## Präsident Heinz-Werner Arens:

Nein, wir sind immer noch beim Tagesordnungspunkt 28. - Wie lautet der Antrag? Was soll denn jetzt passieren?

(Holger Astrup [SPD]: Der Antrag lautet, daß dieser in der Festlegung der Reihenfolge der Beratung ausgewiesene letzte Tagesordnungspunkt ohne Aussprache aufgerufen und die Vorlage an den Sozialausschuß überwiesen wird!)

- Gut. Bei den Fraktionen war mir das klar. Daß die Regierung einbezogen wurde, höre ich jetzt das erste Mal. Es ist also vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt ohne Aussprache an den entsprechenden Fachausschuß zu überweisen. - Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig!

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Schade!)

#### (Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

# Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1515

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1569

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

# Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der vorangegangenen emotionalen Debatte freue ich mich, daß wir jetzt zu einem Thema kommen, bei dem wir in ruhigeres Fahrwasser kommen können;

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn allmählich hat es sich doch überall herumgesprochen, daß die Biotechnologie kein Teufelswerk ist, sondern bei richtiger Anwendung Glück und Segen stiftet und Arbeitsplätze schafft. Dieser Wirtschaftszweig wächst weltweit um 15 % jährlich; manche sprechen auch von einem Wachstum von 20 % pro Jahr.

(Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, es ist im Haus nicht unruhig, es geht aber etwas undiszipliniert zu. Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Günter Neugebauer [SPD] und Uwe Eichelberg [CDU])

## Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Der Bundesforschungsminister hat beschlossen, daß Deutschland in Europa zum Biotech-Standort Nummer 1 werden soll. Einige Bundesländer haben sich bereits auf den Weg gemacht, um ihn bei diesem Ziel zu unterstützen. So hat das Land Bayern in Martinsried bei München in Zusammenarbeit mit der Max-Planck-Gesellschaft und der Universität München ein Innovations- und Gründerzentrum "Biotechnologie" geschaffen

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- danke schön! -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur da!)

in dem sich inzwischen zahlreiche junge Unternehmen eingemietet haben, die die technischen Einrichtungen und vor allem die Labore des Zentrums gemeinsam nutzen.

Wo etwas ist, kommt erfahrungsgemäß noch etwas dazu. Im nahegelegenen Gewerbegebiet von Martinsried haben sich bereits mehrere Biotechnologiefirmen niedergelassen, weitere international tätige Unternehmen interessieren sich für eine Ansiedlung.

Doch damit nicht genug. Die bayerische Landesregierung will demnächst aus Privatisierungserlösen die Standorte Martinsried und Weihenstephan zu den führenden **Biotechnologiezentren Europas** ausbauen. Martinsried zu einem "roten" - Herr Astrup! -, weil vorwiegend medizinisch, und Weihenstephan zu einem "grünen" - Herr Matthiessen! -, also landwirtschaftlich orientierten. - Aber das interessiert Herrn Matthiessen gar nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ministerpräsident Stoiber hat das Ziel in Worte gekleidet: Für Investoren aus aller Welt soll das Land Bayern eine erste Adresse werden.

Meine Damen und Herren, kommen wir nach **Schles-wig-Holstein!** Nur auf Drängen der Opposition konnte sich die Regierung Simonis dazu entschließen

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- wir wissen das noch -, am bundesweiten **BioRegio-Wettbewerb** teilzunehmen, der Anfang Oktober 1995 ausgeschrieben worden war. Ende November prüfte die Landesregierung noch immer, ob sie überhaupt mitmachen sollte, und das, obwohl die Konzepte bis Ende Januar 1996 eingereicht sein sollten.

Man kann diese Zurückhaltung aber auch verstehen, denn die Abgeordnete Walhorn - schade, sie ist leider nicht im Saal - hatte damals die Forderung nach der Teilnahme Schleswig-Holsteins als Zynismus bezeichnet und gesagt, daß die Beteiligung des Landes am Wettbewerb - jetzt wörtlich - "die Mißachtung der Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes über mögliche Folgewirkungen" darstelle.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Die Gentechnik!)

Wir wissen, wie es ausgegangen ist. - Frau Fröhlich, nur ein Hinweis - auch zu Ihrer Pressemitteilung -: Die Gentechnik ist ein Teil der Biotechnologie.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Nee!)

#### (Brita Schmitz-Hübsch)

Wir wissen, wie es ausgegangen ist. Das Land hat dann doch noch mitgemacht, kam aber nicht mehr in die engere Auswahl. Das Rennen machten die Regionen München, das Rheinland und das Rhein-Neckar-Dreieck, die jetzt fünf Jahre lang durch den Bundesforschungsminister besonders gefördert werden.

Dennoch soll die Arbeit der Technologietransferzentrale hier in Schleswig-Holstein, die ja den Wettbewerb begleitet hat, nicht vergeblich gewesen sein. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Voraussetzungen für ein Innovations- und Gründerzentrum "Biotechnologie" in Schleswig-Holstein zu schaffen. Wir haben sowohl den zukünftigen Standort als auch die Form der Ausgestaltung bewußt offengelassen, um uns heute nicht mit Ihnen in eine Diskussion der Einzelheiten zu verstricken. Dieses Zentrum muß nicht neu gebaut werden. Es kann durchaus an bestehende Laboreinrichtungen oder an ein vorhandenes Technologiezentrum angeschlossen werden. Es kann im Süden, es kann in der Mitte oder zum Beispiel auch im Norden des Landes liegen,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Flensburg!)

wo mit dem neu eingerichteten Institut für Bioverfahrenstechnik an der Fachhochschule Flensburg - danke schön, Herr Kollege Jensen-Nissen! - bereits ein Kern vorhanden wäre, um den herum sich etwas entwickeln könnte.

Man braucht zunächst nicht riesige Geldbeträge, um dieses Projekt zu starten. Der CDU-Fraktion geht es vor allem um eines. Es geht um das Signal; es geht um die Botschaft, die da sagt: Schleswig-Holstein ist nicht nur das Land der Felder, der Wiesen und der Meere, es ist auch ein Land, das neue Entwicklungen erkennt und daraus Chancen für seine Bürger schmiedet.

(Beifall bei der CDU)

Unser Land hat auf diesem Feld durch die Ängstlichkeit der Regierungsparteien viel Zeit verloren. Es geht jetzt darum, für Prüfaufträge aller Art keine Zeit mehr zu verlieren, sondern zu handeln.

Deshalb lehnen wir auch den sogenannten Änderungsantrag der Regierungsfraktionen, der aber eigentlich wohl ein Alternativantrag ist, ab, denn er spielt wieder einmal auf Zeitgewinn.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Richtig!)

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich noch ganz kurz etwas hinzufügen.

(Glocke des Präsidenten)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Einen Satz noch!

#### Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Ich bin gleich fertig. - Aus einer Verkaufsschulung habe ich folgende Erkenntnis mitgenommen:

Was ist Glück? - Glück ist eine Funktion von Erfolg.

Was ist Erfolg? - Erfolg ist eine Funktion der Anzahl der Versuche.

Und was muß ich tun, um Versuche zu machen? - Anfangen, nichts als anfangen!

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Hinz das Wort.

## **Dr. Jürgen Hinz** [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen der Abgeordneten Schmitz-Hübsch veranlassen mich nun doch - nachdem ich zunächst darauf verzichten wollte - zu einem kurzen Redebeitrag.

Frau Schmitz-Hübsch, was Sie hier aufgeführt und uns vorgetragen haben, ist doch schon etwas altbacken.

(Meinhard Füllner [CDU]: Na!)

Sie haben zwar damit angefangen, sehr richtig die seinerzeitigen Fragen und die politischen Entscheidungen zur Teilnahme an dem BioRegio-Wettbewerb zu zitieren; Sie haben dann aber eine Darstellung vermissen lassen, wie sich die Situation inzwischen weiterentwickelt hat. Sie hätten vielleicht durch Ihren Fraktionskollegen Storjohann etwas darüber erfahren können. Ihr Kollege Storjohann hätte Ihnen beispielsweise erläutern können, daß es reichlich Aktivitäten seitens der Landesregierung, aber auch des benachbarten Stadtstaates Hamburg in dieser Frage gibt. Es gibt ja ausgehend von den seinerzeitigen Arbeiten zur BioRegio-Wettbewerbsprojektierung - auch die Bioinitiative Nord. Wer Mitglied der Enquetekommission "Gentechnologie" dieses Hohen Hauses ist, der Herr Abgeordnete Storjohann wie ich selbst auch, hat ja reichlich Material hierzu erhalten. Wenn Sie beispielsweise den Biotechnologie-Report des Landes Schleswig-Holstein und des Landes Hamburg gelesen hätten, dann wäre Ihnen vielleicht auch auf der Seite 46 dieses Reports aufgefallen, daß es Überlegungen Landesregieseitens der

## (Dr. Jürgen Hinz)

rung gegeben hat, sich um die innovative Förderung im Bereich der Biotechnologie zu bemühen.

Insofern fasse ich als ersten Punkt zusammen, Frau Schmitz-Hübsch, daß Sie nicht sehr viel Neues gebracht haben. Aber ich komme auch noch auf einen zweiten Punkt zu sprechen.

Der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben, scheint mir doch mit etwas sehr leichter Hand hergeholt zu sein, indem Sie nämlich zitieren, man könnte doch zunächst einmal mit geringen Mitteln versuchen, vorhandene Standortkapazitäten zu nutzen, um dann in dieses Projekt einzusteigen.

Die Frage ist nur: Was wollen Sie denn? Wollen Sie den innovativen Sauerkrautbauern hier "hochfahren"? Wollen Sie den Bierbrauer in Flensburg technologisch ertüchtigen, oder wollen Sie beispielsweise im Bereich der "grünen Gentechnik" etwas Innovatives bewegen? Worum geht es Ihnen eigentlich?

Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein haben in der Tat definitiv nachgewiesen, daß man auch am Standort Schleswig-Holstein nur auf bestimmten Feldern erfolgreich sein könnte. Sie müssen also, wenn Sie diesen allgemeinen Begriff verwenden, zunächst einmal genau definieren, was Sie wollen. Wollen Sie im Bereich der Pharmazeutika tätig werden, im Bereich der Landwirtschaft, in der Nahrungsmittelindustrie, oder wollen Sie irgendwo etwas nehmen?

In der letzten Sitzung der Enquetekommission "Gentechnologie" hat der Geschäftsführer der sehr erfolgreichen und vier Jahre alten Firma Evotec aus Hamburg vorgetragen, wieviel "Knete" - ich drücke es einmal so flapsig aus - tatsächlich in die Hand genommen werden muß, um überhaupt in einem einzigen Bereich - und dann mit einer einzigen Firma - tätig zu werden. Da kommen wir ganz schnell auf 50 Millionen bis 100 Millionen DM Risikokapital, die aufgewendet werden müssen.

Nun wollen Sie natürlich nicht Einzelfirmen fördern, sondern die **Infrastruktur** verbessern. Hierfür hat der Minister in seinem Haushalt für dieses Jahr unter anderem Mittel ausgewiesen, und in dem von mir zitierten Biotechnologie-Report werden hierzu auch noch weitere Ausführungen gemacht.

Ich schließe daraus also, daß wir Ihren Antrag zunächst einmal zu einer sorgfältigen Erörterung an den Wirtschaftsausschuß überweisen sollten, und ich schlage auch vor, daß der Wirtschaftsausschuß dann der Enquetekommission "Gentechnologie" dieses Hohen Hauses das Material, das Ihrem Antrag möglicherweise zugrunde liegt, ebenfalls zur Verfügung stellen sollte.

Derzeit können wir nur feststellen, daß Ihr Antrag die Beschreibung einer Situation wiedergibt, die vor drei Jahren konzipiert und bisher von der Regierung bearbeitet wurde. Deshalb ist der Antrag, den wir zusammen mit den Grünen eingebracht haben, wichtig. Wir können nämlich ein Jahr nach Veröffentlichung des Biotechnologie-Reports erwarten, daß uns die Landesregierung im Ausschuß Auskunft gibt, wieweit die Sache gediehen ist.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihren Vorstellungen, Frau Schmitz-Hübsch, folgen wir allerdings gemäß Ihrer Rede nicht.

(Glocke des Präsidenten)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Dr. Hinz, kommen Sie bitte zum Schluß!

## **Dr. Jürgen Hinz** [SPD]:

Ich bin fertig.

## **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

## Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich verlese den Text der Rede meines Kollegen Hentschel, die er selbst gern gehalten hätte.

(Glocke des Präsidenten)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete Heinold, bevor Sie beginnen - es gibt einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Abgeordneter Eichelberg!

#### **Uwe Eichelberg** [CDU]:

Herr Präsident! Ich bitte Sie festzustellen, ob die Beschlußfähigkeit des Parlaments noch gegeben ist.

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Wir stellen es fest.

Frau Abgeordnete Heinold!

## Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

In Schleswig-Holstein gibt es inzwischen zehn Innovations- und Technologiezentren. Dort sollen sich junge Unternehmen unterschiedlicher Branchen ent-

## (Monika Heinold)

wickeln können, bis sie das Zentrum verlassen und sich in einem normalen Gewerbegebiet ansiedeln. Die **Brüterfunktion** der Zentren bietet eine gemeinsam nutzbare Infrastruktur, und das alles zu günstigen Mietkosten.

Nach zirka fünf Jahren sollen die Firmen den Brutraum verlassen und völlig auf eigenen Beinen stehen. -Können Sie das Piepen einmal ausschalten? Das irritiert mich.

Diese auch von den Grünen unterstützte Strategie ist erforderlich; sie ist aber recht kostspielig. Pro Zentrum muß immer mit einem landesseitigen Fördereinsatz von rund 10 Millionen DM gerechnet werden.

Trotz Komplementärmittel von Bund und EU bleibt es für die Landesfinanzen immer ein Kraftakt. Daher ist es auch notwendig, daß die Qualität der geforderten Zentren vom Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr genau geprüft wird.

Die Ausrichtung auf innovative und technologieorientierte Arbeitsfelder und eine auf das Land abgestimmte Schwerpunktsetzung im Branchenmix haben seinen Sinn. Es darf keine Beliebigkeit geben. Sonst ist ein solches Zentrum nur ein Gewerbegebäude wie viele andere.

Der Wirtschaftsminister hat 1996 eine Technologieinitiative Schleswig-Holstein gestartet, in deren Rahmen fünf Themenfelder durch jeweils zuständige Institutionen besonders untersucht und koordiniert werden. Dazu werden die dort jeweils tätigen Wissenschaftsbereiche und Firmen zu Kooperationen in der
Mikrosystemtechnik, im Innovationszentrum Itzehoe,
in der Medizintechnik, dem Technikzentrum Lübeck,
in der Umwelttechnik bezüglich der Innovations- und
Kommunikationssoftware, in der Projektkoordinierung
und Biotechnologie angeregt. Die Initiative läuft bis
1999 und ist leicht modifiziert worden. Sie heißt jetzt
Initiative zur Technologienutzung.

Im Bereich der Biotechnologie ruht zur Zeit die Brokertätigkeit zwischen Wissenschaft und Betrieben wegen finanzieller Probleme. Die inhaltliche Arbeit geht ansonsten weiter.

Über alle Themenfelder werden alle zwei Monate Beiratssitzungen abgehalten. Den Stand behandeln Vertreter der Betriebe, der wissenschaftlichen Einrichtungen, des DGB, der ttz und des Ministeriums für Wirtschaft, Technik und Verkehr.

Bevor das Land ein weiteres Gründerzentrum plant und finanziert, sollte auf jeden Fall abgewartet werden, was die oben genannte Initiative im Bereich der Biotechnologie erarbeiten wird. Danach können wir gern diskutieren. Bleibt es bei der dezentralen Themenbearbeitung von Hochschulen und Firmen, die vernetzt sind, oder macht es Sinn, für dieses besondere Arbeitsfeld ein eigenes Innovations- und Gründerzentrum einzurichten? Bei der Entscheidung muß die Finanzierung genau geprüft werden.

Im Bereich der **Biotechnologie** gibt es gewisse regionale Schwerpunkte. Sie liegen im **medizinischen Bereich** in Lübeck und Kiel und auf dem Gebiet der **Nahrungsmittel** in Flensburg. Bei Bedarf bietet sich eine Aufstockung der regionalen Zentren an.

Geprüft werden muß eine Zusammenarbeit mit Hamburg analog der gemeinsamen Bewerbung von Hamburg und Schleswig-Holstein beim BioRegio-Projekt. Damit wären mögliche Standorte eingegrenzt.

In Hamburg selbst wird ein Innovationszentrum zur Biotechnik in räumlicher Nähe zum Universitätskrankenhaus Eppendorf in der Medizin geplant.

Biotechnologie ist auch für Grüne hinsichtlich Nahrungsmittel, Medizin und Umwelttechnik ein Zukunftsfeld

Wo wir erhebliche Bedenken haben, ist die **Gentechnik**. Diese ist eine Risikotechnologie, für die es klare Regelungen geben muß. Aus den genannten Gründen ist der Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Ich denke, wir werden uns darauf verständigen, das Thema dem Ausschuß zu überweisen.

Es gibt keine sachbezogene Entscheidungsgrundlage für den heutigen Antrag der CDU-Fraktion.

Wenn wir eine Technologieinitiative durchführen und finanzieren, macht es Sinn, deren Arbeitsergebnisse als Grundlage für eine Diskussion zu nehmen. Deshalb stellen wir gemeinsam mit der Fraktion der SPD den Änderungsantrag. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und habe selbst ein Stück gelernt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Um auf den Geschäftsordnungseintrag einzugehen: Das Haus ist beschlußfähig. Vorübergehend war die Beschlußfähigkeit nicht hergestellt. Aber ich hatte keinen Anlaß, den laufenden Redebeitrag zu unterbrechen.

Wir kommen zur nächsten Rednerin. Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

## Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Herrn Eichelberg, daß

## (Dr. Christel Happach-Kasan)

er bei meinem Redebeitrag für ein volles Haus gesorgt hat. Vielen Dank.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Schmitz-Hübsch, ich kann gut verstehen, daß Sie ab und zu einmal nach Bayern gucken und sagen, irgendwie läuft da der Wandel von einer Agrargesellschaft zu einer Industriegesellschaft besser, als das in Schleswig-Holstein der Fall ist. Wie können wir wohl erreichen, daß auch in Schleswig-Holstein ähnliche Entwicklungen entstehen?

Ich glaube aber, daß man ein bißchen zu technokratisch vorgeht, wenn man Zentren fordert. Es braucht natürlich ein neues Denken. Ein neues Denken ist nach dem Beitrag von Frau Heinold tatsächlich nicht zu erkennen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Biotechnologie bedeutet in wesentlichen Punkten eben auch Gentechnik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Wer sagt, daß es in Anbetracht der Gentechniknovelle des Bundestages, mit der ganz klare Regelungen für die Gentechnik eingeführt worden sind, keine klaren Regelungen gebe, dem kann man nur widersprechen und sagen: Bitte lesen Sie nach, was im Bundestag zu diesem Punkt beschlossen worden ist. Gucken Sie nach, wie man mit diesem Gesetz umgehen kann. Es ist ein praktikables Gesetz. Es ist ein Gesetz, das in weiten Kreisen der Bevölkerung anerkannt ist, bei denen, die es anzuwenden haben sowohl auf der Behörden- als auch auf der Firmenseite. Mit diesem Gesetz können wir tatsächlich leben und arbeiten.

Wenn aber keine Bereitschaft besteht, Akzeptanz für die Gentechnik zu schaffen, wenn keine Bereitschaft in diesem Punkte besteht, primär Anfangsforderungen zu stellen, dann nützt es leider auch nichts, Frau Schmitz-Hübsch, wenn wir irgendwo ein Gründerzentrum in Schleswig-Holstein errichten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wer soll sich da gründen? Es gibt die Bereitschaft seitens der Landesregierung offensichtlich nicht. Ich kann nur hoffe, daß es die Enquetekommission zur Gentechnologie schaffen wird, die enorm gute Arbeit leistet, unter der Führung von Herrn Weber, der das sehr kompetent macht,

(Beifall bei der F.D.P.)

dieser Landesregierung Empfehlungen zu geben, ihre Haltung im Bereich der Gentechnologie aufzugeben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Schmalz!)

- Frau Fröhlich, das ist kein Schmalz.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Spalt, Spalt!)

- Spalt, nein, Spalttabletten brauchen wir nicht. Die haben wir schon, die sind bereits erfunden. Da brauchen wir nichts zu entwickeln. Aber in den Bereichen der Gentechnologie, der Umwelttechnologie, der grünen Gentechnik und der medizinischen Diagnostik gibt es enorm fortschrittliche Ansätze, von denen ich mir wünschte, daß sie auch in Schleswig-Holstein besser angepackt werden könnten, als das bisher der Fall ist.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wir aber nicht! Sie unterschätzen das nur, wie bereits bei den Atomkraftwerken!)

- Ich weiß, Frau Fröhlich, daß Sie insbesondere auf die Risiken gucken. Ich wünsche Ihnen, daß Sie immer vorsichtig sind, wenn Sie die Treppen heruntergehen, denn auch da besteht das Risiko, daß man sich den kleinen Zeh bricht. Bitte fassen Sie das Geländer an, damit dies nicht passiert.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen aus der Betrachtung herauskommen - -

(Glocke des Präsidenten)

# Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, etwas mehr Gelassenheit von allen Seiten tut uns ganz gut.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch beim Autofahren kann etwas passieren!)

## **Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Überall sind Risiken, und deswegen müssen wir jetzt zurück ins 19. Jahrhundert. Nein, das 21. Jahrhundert fängt in wenigen Tagen an. Wir sollten uns dann darauf vorbereitet haben.

Ich danke dem Kollegen Hinz, daß er noch einmal auf die Broschüre der ttz hingewiesen hat. Die Bundesregierung hat zum Thema **BioRegio** einen enorm positiven Wettbewerb gestartet. Das Land hat sich nach Aufforderung auch von seiten der Opposition endlich daran beteiligt.

Es hat leider nicht alle Chancen genutzt, die zu nutzen sind, insbesondere im Bereich der grünen Gentechnik hat es die Potenzen, die es in diesem Land

## (Dr. Christel Happach-Kasan)

gibt, nicht aufgegriffen. In anderen Bereichen hat es aber sehr gute Entwicklungen gegeben. In dieser Broschüre ist das festgestellt worden. Meiner Meinung nach bietet sie eine Arbeitsgrundlage, um weiterzukommen.

Gründerzentren sprechen immer auch von einem Zentralismus. Wir sollten Initiativen dort fördern, wo sie entstehen. Wir haben entsprechende Forschungsinstitute in Schleswig-Holstein. Zu erinnern ist an Borstel, an die GKSS oder auch an Universitäten und Fachhochschulen, an die Medizintechnik in Lübeck.

Wir treten dafür ein, daß man dort, wo es Möglichkeiten, Ideen und Konzepte gibt, hingehen muß, statt im Lande ein Gründerzentrum zu errichten.

Aus diesem Grund möchte ich im Namen der F.D.P.-Fraktion den Vorschlag unterstützen, diesen Antrag gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der SPD dem Ausschuß zu überweisen.

(Beifall bei der F.D.P.)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Gerckens das Wort.

## **Peter Gerckens** [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch dem SSW ist natürlich nicht verborgen geblieben, daß der Antrag der Fraktion der CDU, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Voraussetzung für ein Innovations- und Gründerzentrum für Biotechnologie in Schleswig-Holstein zu schaffen, das Martinsried in München zum Vorbild hat.

Die Biotechnologie ist in einigen Bereichen trotz einiger Vorbehalte und Probleme besonders im ethischen Bereich, die vom Landtag in der Enquetekommission aufgearbeitet werden, eine wichtige Zukunftstechnologie. Beispielsweise gibt es interessante Perspektiven auf den Gebieten der Biologie und Medizin.

In der Bundesrepublik hat sich die Zahl der **Biotechnologiefirmen** 1997 - wie schon 1996 - erneut verdoppelt. Inzwischen gibt es über 300 Betriebe. Der Schwerpunkt dieser Unternehmen liegt in Süddeutschland - in Bayern, Baden-Württemberg und im Rheinland.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum, das ist die Frage!)

Der Umsatz auf Bundesebene ist 1997 mit knapp einer halben Milliarde DM noch sehr bescheiden, und die weitaus meisten Unternehmen arbeiten noch im roten Bereich. Kennzeichnend für diese Branche ist, daß hohe Investitionskosten notwendig sind, um die For-

schung zu etablieren. Die Gewinnerwartungen sind zwar sehr hoch, aber die Zeitperspektive ist auch enorm langfristig angelegt. Oft ist in dieser Branche also ein sehr hohes Risikokapital notwendig, um ein Unternehmen zu starten. In Bayern waren Politik und Wirtschaft anscheinend bereit, dieses Risikokapital zu stellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei uns nicht!)

Aus der Sicht des SSW ist dieses vor allem eine Frage der richtigen Prioritäten. Wenn die CDU nun verlangt, wir in Schleswig-Holstein ein "Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie" haben sollen, geht dies an der aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Realität vorbei. Wir haben in Schleswig-Holstein bereits ein funktionierendes Technologieentwicklungs- und -Existenzgründungssystem, unter anderem mit vielfältigen Programmen und Initiativen des Landes sowie mit mehreren Innovations- und Technologiezentren verteilt im ganzen Land. Der Aufbau solcher Zentren ist sehr kostspielig. Um sich selbst tragen zu können, rechnet man damit, daß mindestens eine Größe von 4000 m² für ein tragfähiges Zentrum notwendig ist. Leider hat sich gezeigt, daß schon viele der existierenden Zentren keine volle Auslastung erreichen. Ein Zentrum also nur für Biotechnologie für Schleswig-Holstein ist unter diesen Rahmenbedingungen unrealistisch.

Der SSW ist der Auffassung, daß die Biotechnologie innerhalb der vorhandenen Strukturen der Technologie- und Existenzgründungszentren unterstützt werden sollte. Es gibt bereits gute Ansätze, wo man versucht hat, eine gute Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft zu etablieren. Ich denke hier an einige der vorhandenen Technologiezentren, zum Beispiel an das KITZ in Kiel, das sehr erfolgreich arbeitet. Wenn es wirklich ein Potential für Biotechnologieentwicklungen bei uns geben sollte: Warum nutzen wir dann nicht ganz pragmatisch die vorhandene Zusammenarbeit, die es ja an verschiedenen Stellen im Lande gibt?

Auch muß darauf hingewiesen werden, daß es im Rahmen der Technologieinitiative der Landesregierung schon heute Bestrebungen gibt, das Feld Biotechnologie in Schleswig-Holstein zu fördern. Bisher geschah dies leider nicht mit sehr großem Erfolg, aber man kann der Landesregierung keine Tatenlosigkeit in dieser Frage vorwerfen.

Ein positives Beispiel findet sich allerdings in Niebüll - das will ich noch herausstellen -, wo das dänische Unternehmen Visby recht erfolgreich mit der Forschung und Produktion von Joghurtkulturen und ähnlichem arbeitet. Die Firma Visby arbeitet dabei sehr

## (Peter Gerckens)

eng und vertrauensvoll mit dem regionalen Technologiezentrum vor Ort, NIC, zusammen. Hier wird versucht, eine gute Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft zu etablieren. Es gibt also dieses gute Beispiel, daß vorhandene Strukturen im Technologiebereich konkrete Biotechnologieprojekte beziehungsweise -initiativen unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten können. Wie gesagt, wir haben das ja schon in Niebüll. Es ist ein ganz neues Zentrum, und Sie sollten wissen, wie schwer man sich im Grunde da in Nordfriesland tut. Ich denke nur an die aktuellen Gespräche dort um eine eventuelle Trägerschaft und die Risikobeteiligung. Das zeigt uns, daß im Augenblick nicht die Zeit da ist, um über neue Technologiezentren nachzudenken. Ich glaube schon, man sollte sich eher darauf konzentrieren, die vorhandenen Zentren weiter auszubauen und sie in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Daran sollten wir arbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

## **Peter Gerckens** [SSW]:

Ich komme zum Schluß: Wir stimmen einer weiteren Beratung im Ausschuß zu.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

## Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Erlauben Sie mir zwischendurch die geschäftsordnungsmäßige Bemerkung: Es gibt Höchstredezeiten, nicht Mindestredezeiten.

(Heiterkeit und Beifall)

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich habe es am Nachmittag als einer der letzten Redner manchmal sehr schwer.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ich will es wegen der fortgeschrittenen Zeit sehr kurz machen. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin gern bereit, im Ausschuß Rede und Antwort zu stehen und auch den Antrag der CDU mit einer Stellungnahme zu versehen. Ich wäre Ihnen, Frau Schmitz-Hübsch, daher sehr dankbar, wenn Sie zur Vorbereitung den sehr lesenswerten Biotechnologie-Report Nord nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern sich auch darin vertiefen würden. Wenn Sie das getan hät-

ten, hätten Sie sich vielleicht die eine Sottise gegenüber einem Fraktionsmitglied der SPD ersparen können sowie eine etwas verzerrte und schrille Darstellung über unsere Beteiligung an einem sehr erfolgreichen Wettbewerb, wo wir übrigens sehr gut waren, auch wenn wir nicht unter den ersten Drei waren, und dann hätten Sie auch festgestellt, welchen enormen Entwicklungsschub es in diesem Lande schon gegeben hat und weiterhin gibt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dieser läßt uns mit etwas mehr Selbstbewußtsein auf Schleswig-Holstein gucken, so daß nicht immer der Blick nach Bayern fallen muß. All dies hätte Ihrem Beitrag einen etwas anderen Drall geben können. Deshalb würde ich mich freuen, wenn Sie diesen Report vor den Ausschußberatungen lesen würden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Vielen Dank, Herr Minister. Das war vorbildlich. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag der CDU und den Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Wirtschaftsausschuß zur Beratung zuzuweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Punkt 20 der Tagesordnung:

# Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/1536

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

## **Peter Gerckens** [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW hat diesen Berichtsantrag aus konkreter Sorge um die Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein eingebracht. Zur Zeit zeichnet sich eine Entwicklung ab, die alle drei Säulen der regionalen Wirtschaftsförderung - die EU-Förderprogramme, die GA-Förderung von Bund und Land und die Förderung des Landes aus dem Regionalplan für strukturschwache ländliche Räume - nach 1999 mehr oder weniger in Frage stellt.

So soll nach Angaben von Staatssekretärin Dr. Helga Schmid aus dem Wirtschaftsministerium das Regio-

## (Peter Gerckens)

nalprogramm nach 1999 aufgrund der Finanzlage des Landes nicht neu aufgelegt werden. Die Fördermittel für die Gemeinschaftsaufgabe, die GA-Förderung der Rahmenpläne "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sind bereits in den letzten Jahren stark gekürzt worden. Weitere einschneidende Kürzungen sind für die Zukunft zu erwarten. Auch der Kerngedanke der Brüsseler Pläne - der EU-Strukturfondsreform, Agenda 2000 -, die vorhandenen Strukturfondsmittel stärker auf die ärmsten Regionen zu konzentrieren, wird Folgen für Schleswig-Holstein haben. Zwar sollen auch künftig Zweidrittel der Mittel in Gebiete fließen, in denen die Wirtschaftskraft unter 75 % des EU-Durchschnitts liegt, aber man erwartet, daß künftig statt 52 % nur noch zwischen 35 % und 40 % der EU-Bevölkerung in den Genuß von Fördergeldern kommen. Die Pläne sind noch nicht entschieden, aber eine starke Reduzierung der bisherigen Fördermittel der EU für Schleswig-Holstein wird erwar-

Hauptsächlich betroffen von dieser Entwicklung sind die Regionen, die bisher durch das Regionalprogramm gefördert werden, die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Ostholstein, oder die Kreise, Städte und Kommunen, die durch Mittel aus verschiedenen EU-Förderungen beispielsweise das Ziel 5 b "Für strukturschwache ländliche Räume" oder die Ziel-2-Gebiete für "Von rückläufiger industrieller Entwicklung besonders betroffene Gebiete" wie Kiel oder durch das KONVER-Programm wie Flensburg gefördert worden sind. Durch die Reduzierung dieser Mittel werden die entscheidenden Kofinanzierungsmittel für wichtige zukunftsweisende Projekte in den betroffenen Kreisen und Kommunen in Frage gestellt. Wir wissen, welche Probleme sich dadurch für diese Regionen ergeben können. So hat der Landrat des Kreises Nordfriesland, Dr. Bastian, darauf hingewiesen, welche Folgen es für seinen Kreis haben wird, wenn es für die im nächsten Jahr auslaufenden Regionalprogramme des Landes und der EU keine Ersatzleistungen gebe. "Dann" - so Dr. Bastian - "sind wir hier alle blank, und der Kreis Nordfriesland ist handlungsunfähig." Diese Aussage wird wohl leider für viele Kreise und Kommunen zutreffen.

Durch die Mittel aus den drei Fördertöpfen sind viele positive wirtschaftliche Ergebnisse für die strukturschwachen Gebiete im ländlichen Raum und von rückläufiger industrieller Entwicklung besonders betroffene Gebiete erreicht worden. Es ist gelungen, den wirtschaftlichen Abstand zwischen diesen Regionen und den wirtschaftlich starken Gebieten zu verringern. Gleichwohl ist die Schaffung von gleichwertigen Le-

bensbedingungen in Schleswig-Holstein noch nicht erreicht.

Aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1997 geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit beispielsweise im strukturschwachen Landesteil Schleswig von 10,5 % im Jahre 1996 auf 11,9 % im Jahre 1997 gestiegen ist und somit weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Der Bericht zeigt auch die geringe Industriedichte in diesem Landesteil und damit den Mangel an Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe auf. Im Zusammenhang mit der Evaluierung des Regionalprogramms durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung wird darauf hingewiesen, daß die grundlegenden Probleme der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein noch nicht überwunden sind und sich die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung für diese Regionen noch verschlechtern. Daher dürfte auch weit über das Jahr 2000 hinaus Handlungsbedarf im Hinblick auf die Stimulierung der Wirtschaft bestehen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Diese Einschätzung teilt der SSW. Deswegen sehen wir auch nach 1999 weiterhin Handlungsbedarf für eine aktive Regionalpolitik.

Die zu erwartende deutliche Reduzierung der Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung nach 1999 stellt somit das bisher Erreichte in Frage. Dies ist unsere Auffassung. Aus unserer Sicht ist es deshalb dringend erforderlich und notwendig, daß wir uns rechtzeitig ein genaues Bild über die Entwicklung machen, die Folgen für die betroffenen Regionen abschätzen und alternative Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Der Bericht sollte die bisherigen Fakten zusammentragen und auf realistische Handlungsmöglichkeiten des Landes eingehen. Besonders wichtig ist es für den SSW, daß im Bericht unter anderem dargestellt wird, wie sich die Landesregierung vor dem Hintergrund der voraussichtlichen Entwicklung eine Weiterführung eigenständiger Regionalpolitik nach 1999 in Schleswig-Holstein vorstellt.

(Beifall beim SSW)

## Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Rodust das Wort.

## **Ulrike Rodust** [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion unterstützt den SSW-Antrag.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr gut!)

#### (Ulrike Rodust)

Auch wir bedauern, daß die Landeszuschüsse aufgrund der schwierigen Haushaltslage gekürzt werden müssen. Ich möchte aber betonen, daß alle bisher begonnenen Projekte zu Ende geführt werden. Im Sinne aller Akteure möchte ich davor warnen, heute ein Schreckgespenst aufzubauen, und zwar in dem Sinne, daß dann, wenn das Regionalprogramm nicht mehr vorhanden ist, die betroffenen Regionen wirtschaftlich gänzlich von der Entwicklung abgekoppelt würden.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Natürlich ist das Regionalprogramm ein wichtiges Instrument, das wir in unserem Lande haben. Die Landesregierung unterstützt die Regionen aber darüber hinaus durch viele andere Fördermöglichkeiten. Ich nenne zum Beispiel das Programm zur Förderung der Entwicklung in ländlichen Räumen, die Gemeinschaftsaufgabe betreffend die Verbesserung der regio-Wirtschaftsstruktur, aber auch EU-Förderprogramme für 2-b- und 5-b-Fördergebiete. Ferner kommt der kommunale Investititonsfonds in Betracht, wenn seine Kriterien entsprechend angepaßt werden. Ein weiteres wichtiges Instrument ist das EU-Programm KONVER für die Konversionsstandorte. Außerdem bestehen Möglichkeiten, EU-Programme wie LEADER - zum Beispiel für Projekte der Kooperation von Tourismusgemeinden in einer Region - oder auch INTERREG - zum Beispiel für grenzüberschreitende Projekte mit Dänemark - in Anspruch zu nehmen. Ich weiß, daß dies nur unterstützende Maßnahmen sind. Regionale Entwicklung entsteht in den Regionen selbst. Sie kann nicht verordnet werden.

Die Definition von Zielen in den Regionen sowie die regionale Zusammenarbeit werden von den Akteuren vor Ort getragen. Das sind neben den Kommunen, Kommunalpolitikern und -verwaltungen insbesondere engagierte Vertreter der regionalen Wirtschaft, der Gewerkschaften, des Handels, der Banken, der Verbände und der Kirchen. Oft fehlen allerdings regionale Leitprojekte. Genauso häufig fehlen sogar das Wissen über die vorhandene Wirtschaftssituation und eine Identität, ein Bild der Region. Es gibt bisher kaum ein attraktives Marketing - von Ansätzen in der K.E.R.N.-Region einmal abgesehen -, und die Verantwortung für die Entwicklung wird dann eher bei der Landesregierung in Kiel als in der Region selbst gesehen. Die Verwaltung vor Ort orientiert sich oft eher an der fachlichen Zuständigkeit als an die Fachressorts übergreifenden Entwicklungsprojekten. Auch die Schaffung eines regionalen Innovationsklimas durch Kooperation der Akteure vor Ort wird nur schleppend in Gang gesetzt.

Was ist also zu tun? Wie kann eine regionale Dynamik von neuem angestoßen werden und zu sich selbst tragenden Entwicklungen führen? In diesem Zusammenhang ist zuerst die Frage zu stellen: Wie zeichnet sich eine Region aus? Sodann muß in einer Region die Frage gestellt werden: Wohin will sich eine Region entwickeln; welche Ziele sollen erreicht werden? In den Regionen müssen konkrete Entwicklungsprojekte eigenständig und selbstverantwortlich geplant und umgesetzt werden, um die Entwicklung auch wirklich mit Leben zu erfüllen. Schließlich stellt sich die Frage: Mit welchen Mitteln sollen diese Ziele erreicht werden?

Nicht zuletzt aus Gründen der immer enger werdenden Finanzspielräume und der daraus resultierenden Notwendigkeit, mit den verbleibenden Mitteln effektiver umzugehen, ist das landes- und kommunalpolitische Handlungsfeld immer enger mit den Strukturförderungsmaßnahmen des **Bundes** und zunehmend auch den entsprechenden Maßnahmen auf europäischer Ebene verzahnt worden. Das eröffnet natürlich Chancen. Ich denke dabei an die EU-Erweiterung um Dänemark, Schweden und Finnland. Ich denke dabei auch an die Ostseekooperation als interregionale Entwicklungsperspektive für Schleswig-Holstein - und zwar ganz Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Eine Region muß für dramatisch schnelle Veränderungen offen sein. Eine Region muß so groß sein, daß sie wahrgenommen wird. Eine Region muß eine kulturelle Identität besitzen beziehungsweise sich diese zulegen. Wenn es uns gelingt, die schleswig-holsteinischen Regionen zu solch einem Entwicklungsprozeß zu motivieren, ist nicht mehr das Land in erster Linie oder gar allein gezwungen, ständig nach Geldtöpfen Ausschau zu halten. Das wäre ein Ziel, das wir gemeinsam anstreben sollten. Ich würde mich freuen, wenn wir in dem Bericht Hinweise darauf erhalten würden, wie die Regionen dies organisieren wollen und welche Anstöße die Landesregierung dazu geben will.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und SSW)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

## Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch immer gibt es große regionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen den Lan-

#### (Brita Schmitz-Hübsch)

desteilen Holstein und Schleswig. Trotz der **Regionalförderung** der vergangenen Jahre sind die Lebensbedingungen in den beiden Landesteilen weit davon entfernt, gleichwertig zu sein. Ohne die Förderung wäre der Abstand aber erheblich größer, als er jetzt ist. Eine regionale Förderung des Nordens und der Mitte Schleswig-Holsteins wird also weiterhin erforderlich sein, wenn der Auftrag des Grundgesetzes erfüllt werden soll.

Insoweit begrüßen wir den Antrag des SSW, von der Landesregierung eine Erklärung über die Zukunft der Förderprogramme zu verlangen. Wir empfehlen Ihnen aber, Herr Gerckens, keinen Bericht, sondern eher eine Art Regierungserklärung einzufordern. Ein Bericht hat nach meinem Verständnis die Beschreibung der Gegenwart oder der Vergangenheit zum Inhalt. Einen Bericht über die Zukunft kann es also eigentlich nicht geben.

Außerdem möchten wir diese Regierungserklärung schon in der 25. Tagung hören. Die Landesregierung scheint sich längst darüber im klaren zu sein, wie sie mit dem Regionalprogramm umgehen will. Es dürfte also keine Schwierigkeiten bereiten, den Landtag bereits in der Sitzung Anfang September zu informieren.

In der Presseerklärung "Eckwerte zum Haushalt 1999" vom 29. Mai 1998 heißt es, daß das Regionalprogramm fortgesetzt werde, aber nur noch für laufende Projekte und zur Mitfinanzierung der EU-Programme. De facto ist das ja schon längst so. Ich erinnere an die Haushaltssperre des Jahres 1996, als die 10 Millionen DM, die im November noch im Topf waren, plötzlich verschwunden waren, nachdem die Regierung schon zuvor 10 Millionen DM entnommen und in das Jahr 2000 gepackt hatte. 32 Millionen DM waren damals angekündigt worden; tatsächlich konnte aber nur über rund ein Drittel dieses Betrages verfügt werden.

Es interessiert uns also sehr, ob die Landesregierung zukünftig eigene Mittel einsetzen wird, wenn die EU-Programme gekürzt werden, was zu erwarten ist. Wird sie auch weiterhin nur die **Komplementärmittel** für die EU-Gelder bereitstellen, oder liegen der Landesregierung die strukturschwachen ländlichen Gebiete wirklich am Herzen?

Die CDU-Fraktion möchte die Regierungserklärung auch deshalb so schnell wie möglich auf dem Tisch haben, weil bei uns die Spannung steigt, was es mit dem Programm "Innovation schafft Arbeit" auf sich hat, das in dem Eckwertepapier ebenfalls angekündigt worden ist. Die Mittel dafür scheinen aber nicht leicht zusammenzukratzen zu sein. Wie man hört, leistet der Stiftungsrat der Technologiestiftung energischen Widerstand, wodurch gleich 15 Millionen DM in dem

Kästchen fehlen, aus dem das Programm bezahlt werden soll.

Überhaupt scheint das Ganze wieder einmal ein Beispiel für innovative Finanzpolitik von Rot-Grün zu sein: Man nimmt ein paar Taler aus der rechten Hosentasche, putzt sie unterwegs blank, zeigt sie dem staunenden Volk und steckt sie in die linke Hosentasche. Dies ist nicht der Kreislauf des Geldes, das auf so einem Weg immerhin eine Wertschöpfung hervorruft, sondern dies ist ein Beispiel dafür, wie man sich etwas in die Tasche lügt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind gespannt auf die weiteren Erklärungen und stimmen dem Antrag des SSW zu.

(Beifall bei CDU und SSW)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold - wollte ich sagen -, es wird aber Herr Abgeordneter Hentschel reden, der sich für diesen Beitrag extra verkleidet hat.

(Beifall)

# **Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Sohn hat heute seine Abiturfeier,

(Beifall)

zu der ich gleich hinrauschen werde. Zuvor bin ich aber jetzt hierher gekommen, weil ich das wichtige Thema der regionalen Wirtschaftsförderung nicht verpassen will und mich auf diesen Punkt vorbereitet habe.

(Meinhard Füllner [CDU]: Gleich platzt die Fliege!)

Angesichts der dramatischen Finanzkrise der öffentlichen Haushalte stehen wieder einmal alle Aufgaben des Landes auf dem Prüfstand. Das ist schon fast ein Dauerzustand. Der Berichtsantrag des SSW zielt auf die zukünftige regionale Wirtschaftsförderung. Da sich die Rahmenbedingungen erheblich ändern, sehen auch die Grünen die Notwendigkeit, hier klare Informationen zu erhalten.

Das Regionalprogramm ist die Fortführung der Programme für die **Region Westküste** und den **Landesteil Schleswig**. Seit 1989 läuft dieses Programm, und die Ergebnisse können als positiv eingeschätzt werden. Auch die Evaluierungsstudie des DIW ist zu diesem Ergebnis gekommen. Damals wurde betont,

#### (Karl-Martin Hentschel)

daß es um den Vorrang der wirtschaftsnahen Infrastruktur, die räumliche Verteilung der Fördermittel und die Bewertung der Arbeitsplätze geht. In allen Bereichen ist die Bewertung positiv.

Das Regionalprogramm stellt auch die komplementäre Finanzierung von EU-Mitteln - EFRE, KONVER II, LEADER II und INTERREG II c - sicher. Nur durch dieses Programm ist damit die tatsächliche Nutzung dieser EU-Programme für die Fördergebiete möglich.

Der Landtag hat beschlossen, das Regionalprogramm fortzuführen und weiterzuentwickeln. Dies ist nun teilweise gefährdet. Insbesondere die Regionen, die in keiner Förderkulisse der Europäischen Union auftauchen, werden auf diese Weise herunterfallen. Das sind insbesondere Ostholstein und Plön.

Wir halten auch - unabhängig von der Finanznot - die Diskussion über die zukünftigen **Prioritäten** und Leitbilder für entscheidend. Es ist notwendig, die Fördermittel so einzusetzen, daß ihre Zielsetzungen auf die entscheidenden Probleme konzentriert werden und daß sich die Zielsetzungen nicht widersprechen.

Hohe Arbeitslosigkeit in den Förderregionen müssen eine besondere Aufmerksamkeit für diese Region bedeuten. Das gilt aber auch für die qualitative Seite. In einer Region wie Nordfriesland, in der 80 % der Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Tourismus abhängen, müssen Gewerbe, Landschaft, Natur und regionale Kultur und Ortsgestaltung aufeinander abgestimmt werden.

Neben der Finanzierung aus **Landesmitteln** muß die zukünftige Ausrichtung der **EU-Programme** berücksichtigt werden. Wir werden nach 1999 sowieso eine völlig neue Ausrichtung der EU-Programme haben, die Förderkulisse wird neu bestimmt, und wir werden uns mit diesem Thema gerade im Hinblick auf diese Änderungen auseinandersetzen.

Die Grünen sehen wie der SSW die Notwendigkeit, das neue Programm der Landesregierung "Innovation schafft Arbeit" auf regionale Bezüge abzuklopfen. Wir halten die Finanzierung für bedenklich. Teilvermögen aus unseren Stiftungen herauszuziehen und zum Großteil im allgemeinen Haushalt zu verfrühstücken, hat nicht unbedingt Perspektive.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das machen die aber bei der Technologiestiftung!)

- Wenn die Arbeit der Technologiestiftung als nicht so toll angesehen wird - darüber würde auch ich mich gern weiter unterhalten -, dann muß die Politik die Förderziele entsprechend ändern. Das bedeutet, daß wir auch darüber reden müssen, wie wir den Zusammenhang der regionalen Förderung, der Technologieförderung und des Technolgietransfers an den Hochschulen durch die Technologiestiftung miteinander koppeln und sie zielgerichtet gerade da zum Einsatz kommen lassen, wo die Notwendigkeit besteht.

Die gesonderte Behandlung des Stiftungsvermögens hatte und hat nach unserer Auffassung seinen Sinn.

Aus all diesen Gründen stimmen wir dem SSW-Antrag gern zu.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

#### Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Unterschiede** innerhalb Schleswig-Holsteins im Hinblick auf die **Wirtschaftskraft** sind sehr groß, auch im Hinblick auf die Beschäftigung. Das wissen wir alle. Dem sogenannten Speckgürtel von Hamburg, der wirtschaftsstark ist, geht es wesentlich besser als zum Beispiel den nördlichen Landesteilen. Insofern trifft natürlich die Feststellung des SSW zu, daß bis heute keine gleichen Lebensbedingungen erreicht wurden. Das trifft aber nicht nur für Schleswig-Holstein zu; auch die Lebensverhältnisse auf der Schwäbischen Alb zum Beispiel sind ganz anders als die in Stuttgart.

Im übrigen gilt die Feststellung der unterschiedlichen Lebensverhältnisse selbstverständlich auch für die Länder und für den Vergleich zwischen den Ländern. Ich darf daran erinnern - ich weiß nicht mehr genau, wer von meinen Vorrednern das gesagt hat -: Nach den grundgesetzlichen Regelungen müssen keine gleichen Lebensbedingungen, sondern nur gleichartige Lebensbedingungen hergestellt werden. Das ist und bleibt selbstverständlich wichtig.

Auch in Schleswig-Holstein ist nach meiner Meinung in den vergangenen Jahren eine Menge passiert. Wer die Studie zur Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle aufmerksam gelesen hat, wird feststellen, daß das **Regionalprogramm** für strukturschwache ländliche Räume trotz einiger Schwächen insgesamt ganz ordentlich bewertet worden ist.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

#### (Christel Aschmoneit-Lücke)

Das heißt also, daß sich die Ergebnisse des Regionalprogramms durchaus sehen lassen können.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr wohl!)

Genau aus diesem Grunde halte ich Ihre Behauptung, das bisher Erreichte würde durch die zu erwartende Mittelreduktion in Frage gestellt, für falsch.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Liebe Kollegen vom SSW, denn was schon erreicht werden konnte, wird nach meiner Auffassung nicht dadurch in Frage gestellt, daß in Zukunft weniger Mittel fließen.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat sie recht!)

In den übrigen Fällen handelt es sich um **Infrastrukturmaßnahmen**, eine zentrale Voraussetzung für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher Regionen.

Natürlich wird es für die betroffenen Regionen schwieriger, aber ich bin davon überzeugt, daß man auf dem bislang Erreichten aufbauen kann und das keinesfalls in Frage gestellt wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sicherlich läßt sich das bisherige Entwicklungstempo nicht als Aufholjagd bezeichnen. Die bevorstehende **Mittelreduktion** wird dazu führen, daß sich die nach wie vor erforderlichen Maßnahmen in Zukunft weiter in die Länge ziehen, das heißt, daß sich der Aufholprozeß weiter verlangsamen wird. Dabei ist es natürlich legitim, daß sich der SSW über die Zeit nach 1999 Gedanken macht. Wir wissen, daß im gesamten Finanzierungskonzept, insbesondere bei der EU, erhebliche Veränderungen zu erwarten sind - und Zukunftsfragen stehen ja im Mittelpunkt dieser Tagung.

Allerdings hat der Wirtschaftsminister bereits in der letzten Wirtschaftsausschußsitzung genau zu den von Ihnen heute aufgeworfenen Fragen Stellung bezogen. Frau Schmitz-Hübsch, Sie haben das heute noch einmal hinterfragt, aber wir haben doch zusammen in der letzten Wirtschaftsausschußsitzung gesessen. Da hat der Wirtschaftsminister klar erklärt, daß es bei den schon begonnenen **Projekten** bleiben wird, daß die abgewickelt werden, daß auch die **Kofinanzierung** weiter sichergestellt ist. Soweit ich mich erinnere, hat Herr Steinbrück auch ganz klar gesagt: Außer der Kofinanzierung wird es in Zukunft nichts mehr geben. Jedenfalls habe ich ihn so verstanden.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Das haben Sie vorhin noch einmal nachgefragt.

Wie auch immer, Herr Gerckens, Frau Spoorendonk, es ist sicherlich richtig, sich darüber zu unterhalten, welche konkreten Auswirkungen nach Auffassung der Landesregierung ab 1999 auf uns zukommen.

Insofern werden auch wir Ihrem Antrag heute natürlich zustimmen, ohne Frage. Ich bin der Kollegin Rodust besonders dankbar für den Hinweis auf die **Ostseekooperation**. Nach allem, was dazu - insbesondere auch vorgestern - gesagt worden ist, werden wir das Thema der Ostseekooperation sicherlich noch einige Zeit, besonders auch im Wirtschaftsausschuß, miteinander besprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.], Herlich Marie Todsen [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Steinbrück das Wort.

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, es fast so kurz zu machen wie bei dem vorherigen Tagesordnungspunkt.

Wir haben es mit einer Neuausrichtung der regionalen Wirtschaftsförderung oder der Regionalpolitik auf allen Ebenen zu tun. Auf allen Ebenen heißt, auf der Ebene der Europäischen Union - Stichwort: Reform der Strukturfonds -, auf der Bundesebene - Stichwort: Weiterentwicklung mindestens der Gemeinschaftsaufgabe West - wie auch auf der Ebene des Landes, das in diesem Zusammenhang auf eine konzeptionelle Neuausrichtung der regionalen Wirtschaftsförderung angewiesen ist. Das Land hat diese Arbeit bereits in Angriff genommen, und zwar - Herr Gerckens, meine Damen und Herren - trotz des Diktats knapper Kassen.

Dieser Prozeß der Neuausrichtung wird nicht in diesem Jahr zu Ende sein. Dies wird schon allein mit Blick auf die Daten, die in Bonn und Brüssel dazu gesetzt werden, nicht möglich sein. Nach meiner Einschätzung wird der Prozeß bis weit in das Jahr 1999 hinein gehen. Meine Einschätzung ist auch, daß sich das Land nicht nur mit Blick auf konzeptionelle Veränderungen, sondern auch mit Blick auf die zurückgehenden Haushaltsmittel - die Perspektiven werden nicht besser - neu wird einstellen müssen.

## (Minister Peer Steinbrück)

Wenn der Satz, der von allen Fraktionen des Hohen Hauses ausgesprochen worden ist, richtig ist, daß alle Programme in die Überprüfung einbezogen werden müssen, dann, Herr Gerckens, gilt das wohl auch für Programme, die sich teilweise in Gebieten mit einer starken SSW-Wählerschaft auswirken. Das ist so. Sie werden von mir jedenfalls nicht erwarten können, daß sich das nur auf Programme erstreckt, durch die die Wählerschaft meiner Partei überproportional betroffen ist. Ich bin schon der Meinung, daß es da keine einseitigen Tabuisierungen geben darf. Wenn Sie von mir oder von der Landesregierung Haushaltskonsolidierung verlangen, dann kommt am Ende das heraus, was ich - das hatte Frau Aschmoneit-Lücke ganz richtig im Ohr - im Rahmen der letzten Wirtschaftsausschußsitzung mit Blick auf das Regionalprogramm bereits deutlich gemacht habe.

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen, daß ich viele der Bewertungen in dem SSW-Antrag überhaupt nicht teile; das will ich ganz offen auf den Tisch legen. Das kommt mir ein bißchen so vor, Frau Spoorendonk, Herr Gerckens, als ob Heribert Faßbender Berti Vogts 20 Minuten vor Ende eines Fußballspiels aufforderte, er möge endlich das Spiel beobachten und vielleicht noch taktische Varianten durchspielen. Wir befinden uns längst in dem Prozeß der Neuausrichtung.

Das Kabinett hat mich aufgefordert, spätestens in der zweiten Jahreshälfte 1999 ein Konzept für die Regionalförderung ab dem Jahre 2000 vorzulegen. Dazu habe ich vom Landtag Orientierungshilfen bekommen. Ich glaube, das war in einer Sitzung im August des letzten Jahres. Selbstverständlich werde ich die Empfehlungen und Ratschläge berücksichtigen. Insofern kann ich Ihnen im Oktober oder, Frau Schmitz-Hübsch, im September nichts anderes geben als eine Art Zwischenstandsbericht; denn viele Details, die gar nicht in Schleswig-Holstein, sondern anderswo festgelegt werden, werden sich erst im Jahre 1999 aufklären.

Fazit: Diese Neuorientierung läuft. Die Landesregierung hat eine enge Ballführung. Wir gehen nach dem alten Satz vor: Flach spielen, hoch gewinnen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht, auch von Herrn Gerckens nicht. Ich denke, es ist genügend zur Begründung gesagt worden.

(Unruhe)

Wünschen Sie nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung noch einmal das Wort? - Bitte, Herr Abgeordneter Gerckens!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Waren das geschäftsleitende Bemerkungen?)

#### **Peter Gerckens** [SSW]:

Herr Präsident, ich muß sagen: Das war ziemlich daneben

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch eine Anmerkung machen. - Natürlich haben wir uns etwas dabei gedacht, daß wir diesen Bericht zur 26. Tagung haben möchten. Wir wollen gern einen ordentlichen Bericht haben. Außerdem soll er in die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr einfließen.

Unser besonderes Anliegen ist, Herr Minister, daß anhand von Förderszenarien einmal dargestellt wird, wie es aussieht. Den vollen Einsatz der Landesregierung erwarten wir bei den Entscheidungen über die Förderkriterien und natürlich auch bei der Ausweisung von Fördergebieten; auch da haben wir Handlungsspielraum. Ich meine, gerade das sollte in den Bericht einfließen. Es sollte konkret dargestellt werden, wie es aussieht.

Wir erwarten natürlich nicht ein Programm für bestimmte Wählerschichten - das kann doch nicht der Sinn sein -, sondern wir erwarten Programme für die gesamte Bevölkerung dieses Landes.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

# Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den vorgelegten Antrag abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

#### Klimaschutz - Planen, Bauen und Wohnen

Landtagsbeschluß vom 12. Juni 1997 Drucksachen 14/553 und 14/769

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1464

Ich erteile der Frau Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau das Wort.

**Angelika Birk,** Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein bedeutender Schwerpunkt bei der praktischen Umsetzung des Klimaschutzprogramms des Landes bildet das Handlungsfeld Planen, Bauen und Wohnen. Das ist das erste Fazit, das wir ziehen können.

Im Bereich der Neubautätigkeit sind Erfolge durch **Baukonzepte**, die zur CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung führen, zu verzeichnen. Im Bereich der Bestandssanierungen und Modernisierungen muß jedoch noch aufgeholt werden. Die Landesregierung hat allerdings Weichenstellungen dafür getroffen, daß auch hier konsequentes Energieeinsparen und ein neuer Standard für Gebäudedämmtechnik eingeführt werden.

Im Bereich der **Energieeinsparungen** und der Einführung hoher Effizienzen und regenerativer Energietechnologien ist Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern in einer guten Position. Der Klimaschutzbericht stellt dies ausführlich dar, aber er weist offen und ehrlich auch auf Handlungsfelder in der Zukunft hin.

Zu dem Fokus, der auf den Gebäudebestand gerichtet ist, gestatten Sie mir gleich zu Beginn einige Anmerkungen; denn dies ist die erste und wichtigste Konsequenz, die wir aus der Bilanz des Berichts gezogen haben. Wir haben ein neues Programm eingerichtet. Das Impuls-Programm zur wärmetechnischen Gebäudesanierung wird als ein großes Kommunikations- und Informationspaket in Zukunft die Aufgabe einer Anschubwirkung für Sanierungskonzepte im Gebäudebestand erfüllen. Die Einführungsveranstaltung und die große Resonanz hierauf haben gezeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Damit ist ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz im Handlungsfeld Planen, Bauen und Wohnen geschaffen. Es geht nämlich darum, Effekte zu erzeugen und anzuschieben, Effekte im Sinne von Energieeinsparung und Klimaschutz, von intelligenter Gebäudesanierung, Gebäudenutzung und Gebäudehaushalt. Um der Maxime "global denken, lokal handeln" beim Bauen gerecht zu werden, müssen wir drei Prinzipien verfolgen:

Erstens: weniger verbrennen. Die **Einsparpotentiale** bei der Verbrennung fossiler Energieträger müssen mehr, das heißt, strategischer und nachhaltiger ausgeschöpft werden. Füllen wir also Räume mit Licht und Wärme, ohne die Erde zu verheizen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens: Sonne, Wind und Wasser einfangen. Schon bei der Planung und erst recht bei der Sanierung von Gebäuden, von Quartieren und Siedlungen gilt es, **regenerative Energiepotentiale** intensiver und systematischer zu berücksichtigen. Entdecken wir also alte und neue Energiepfade.

Drittens: **Baustoffkreisläufe** schaffen und Siedlungskosten neu bilanzieren. Es geht uns nicht um trügerische Kurzschlüsse und neue Wegwerfprodukte. Die Energiebilanz beginnt bei der Produktion von Gebäudeelementen und endet erst mit Zeit und Aufwand bis zu ihrer Rückeinbindung in den Naturkreislauf. All dies ist kein Luxus und keine neue Mode, sondern ein notwendiger Beitrag, um das Weltklima auf einem Status zu erhalten, der dem gesamten Naturhaushalt, allen Menschen und vor allem unseren Kindern eine Zukunftsperspektive bietet.

Ob das mit Landtagsbeschluß von Oktober 1995 im Klimaschutzprogramm formulierte Ziel einer 25- bis 30prozentigen CO<sub>2</sub>-Reduktion und einer Halbierung der anderen Treibhausgasemissionen - wie Methan, Stickstoffoxid und Ozon - bis zum Jahre 2005 erreichbar sein wird, ist noch eine offene Frage. Derzeit ist nach den letzten Erkenntnissen noch ein ständiger Anstieg des Energieverbrauchs zu verzeichnen. Der aktuelle Anteil der Heizenergie am Energieverbrauch der Haushalte in Schleswig-Holstein liegt bei rund 80 %, der Heizanteil am Energieverbrauch beim Gewerbe immerhin noch bei 50 %. Durch eine intelligentere Gebäudenutzung, durch Dämmung und eine effiziente Heiztechnologie wären von 46 % CO<sub>2</sub>-Ausstoßanteilen der privaten Haushalte und des Gewerbes bis zu 62 % einsparbar. Das heißt, diese beiden Sparten würden sich auf zirka 25 % der Gesamt-CO<sub>2</sub>-Bilanz reduzieren.

Würde dann noch im Bereich der Stadtentwicklung, der Raumplanung und der Entwicklung dörflicher Strukturen eine nachhaltige Sicherung von effizienten und bequemen öffentlichen Verkehrskonzepten realisiert, dann wäre die Chance für eine mindestens 30prozentige Gesamtminderung genutzt, und dies auch, ohne die industriellen Einsparpotentiale beim Energieverbrauch mitzuberechnen.

Diese Anstrengungen stehen einem großen Altbaubestand gegenüber. Der läßt das, was wir im Neubaubereich getan haben, als einen Tropfen auf den heißen Stein erscheinen. Dennoch möchte ich die Neubauaktivitäten nennen. Wir müssen uns allerdings vor Augen halten, daß die Neubautätigkeit der letzten Jahre immer noch auf einer Wärmeschutzverordnung beruhte, die tatsächlich weit hinter der Zeit ist. Die Anteile im Wohnungsbau lagen in der Zeit von 1977

#### (Ministerin Angelika Birk)

bis 1995 trotz einer ersten und zweiten Wärmeschutzverordnung bei nur zirka 18 %.

Im Handlungsfeld Bauen und Wohnen liegt es deshalb auf der Hand, daß wir deshalb die Aufmerksamkeit auf die 72 % des Gebäudebestandes lenken, wie ich das gerade getan habe. Ich hoffe, daß das Impuls-Programm hier tatsächlich große Veränderungen mit sich bringt. Eine Gebäudetypologie ist eine wichtige Grundlage für die Erkenntnis über Einsparpotentiale dieser Gebäudebestände. Deshalb bin ich froh, daß wir uns dazu entschließen konnten, hier gemeinsam mit der Energiestiftung für fünf Jahre bindend Geld zu investieren.

# (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geschürt wird dieser Optimismus von der Erkenntnis, daß auch ohne investive Förderung ein sparsamer und effizienter Umgang mit der Gebäudewärme interessante wirtschaftliche Perspektiven für Hauseigentümer und -eigentümerinnen wie auch für die Mieterschaft mit sich bringt. Die Senkung der Mietnebenkosten ist hierzu ein Anreiz.

Nun lassen Sie uns auf die Struktur des Berichtes zu sprechen kommen. Sie hatten in acht Punkten sehr präzise Antworten erwartet, und deshalb legen wir diesen Bericht auch vor dem routinemäßigen Bericht des Umweltministeriums, der uns im Herbst erwartet, vor.

Erstens. Es ist eine Menge im Neubau erreicht worden. Wir rechnen mit zirka 4.000 Niedrig-Energie-Haus-Wohneinheiten bis 1998. Nach unserem aktuellen Überblick sind allein im geförderten Wohnungsbau von 1989 bis 1997 zirka 17.200 MWh im Jahr über den Niedrig-Energie-Haus-Standard eingespart worden. Hinzu kommt noch das, was die Solarsysteme erreicht haben. Das entspräche in etwa einer Jahresheizwärmeeinsparung von 1.500 Wohneinheiten. Das ist ein erster Schritt im Sinne eines Energiesparprojektes für das ganze Land.

Zweitens. Ressourcensparendes Bauen und Wohnen. Es entsteht neuerdings der Eindruck, daß dieses kleine Förderprogramm nur gutsituierten Häuslebauern zugute kommt. Die Wirkung des Programmes geht aber weit darüber hinaus. Seit 1989 werden in der Förderung für umfassende ganzheitliche Umsetzungen ökologisch innovative Wohnungsbaukonzepte entwikkelt. Es geht dabei um Siedlungskonzepte, wir haben dieses Programm darauf umgestellt, daß ganzheitliche und nachhaltige Wirkungen in Häuser-Ensembles erreicht werden.

Wenn zum Beispiel in Dithmarschen ein Architekt mit einer Handwerkergemeinschaft vor Ort eine ökologische Siedlung nach rationeller Holzrahmenbaumethode baut und regional verfügbare ökologische Baustoffe zur Anwendung kommen läßt, so daß am Ende eine beispielgebende, familienfreundliche und umweltgerechte Siedlung im Eigenheim- und im Mietwohnungsbau entsteht, dann ist der ganze Ort stolz darauf und gibt kurzerhand einen entsprechenden Kindergarten in gleicher Bauweise in Auftrag.

#### (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Effekte, die weit über das mechanische Energiesparen hinausgehen. Denn die Menschen ändern auf diese Weise auch ihre Lebensgewohnheiten, und das hat eine nachhaltige Wirkung, wie wir beispielsweise jetzt nach fünf Jahren an der Ökosiedlung Kiel-Hassee beobachten können.

Ein Großteil der Antragsteller ist eben auch im Rahmen der sozialen Eigentumsförderung gefördert worden. Hier handelt es sich gerade um die berühmten Schwellenhaushalte, denen das Energiesparen tatsächlich auch ein wirtschaftliches Anliegen ist.

Nun zu unserem eigenen **Gebäudebestand**. Die Landesregierung hat hier erste Schritte gemacht. Ich erhoffe mir allerdings auch, daß die neue **Gebäudemanagementanstalt** hier konsequent die Einzelbeispiele "in die Breite vertieft". Wir haben beispielsweise beim Klinikum Kiel den niedrigsten Verbrauch von allen deutschen Hochschulkliniken. Mit dem System der Datenbank EMIS haben wir insgesamt in Zukunft ein Werkzeug, das uns mehr Transparenz in bezug auf Baubestand, Energie- und Kostensituation in den landeseigenen Liegenschaften erlaubt.

# (Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Betriebspersonal ist geschult worden, es gibt neue Benutzungshandbücher, und schließlich wird eine große Photovoltaikinformationsanlage den Neubau der Fachhochschule in Kiel-Dietrichsdorf krönen.

Zur Situation der **Nah- und Fernwärmenetze** verweise ich Sie im einzelnen auf den Bericht, ebenso im Rahmen der Landesbauordnung. Wir haben hier die ersten Meilensteine gesetzt, es geht jetzt um die Umsetzung.

Last, but not least die **Wärmeschutzverordnung!** Nach eingehender Prüfung haben wir uns entschlossen, unser Know-how tatsächlich in den Dienst des Bundes zu stellen und damit zu beschleunigen, daß hier endlich sowohl für Neubau als auch für Bestand eine neue Bundeswärmeschutzverordnung entsteht. Das war auch der Bundesratsauftrag von 1995.

Parallel dazu arbeiten aber Hamburg und Schleswig-Holstein daran, sowohl für Neubau als auch für Bestand eine eigene Regelung zu schaffen einschließlich

#### (Ministerin Angelika Birk)

Wärmepaß und dergleichen, falls der Bund wider Erwarten säumig ist. Nach dem 27. September sind wir hier gut gerüstet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich eröffne die Aussprache, das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Nein!)

- Herr Abgeordneter Matthiessen? Haben Sie sich darauf geeinigt? - Bitte sehr, dann haben Sie das Wort.

Das nächste Mal teilen Sie mir das bitte vorher mit.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jawohl, Herr Präsident!)

## **Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Erstaunlich, welche Effekte die **Klimaprogramme** der Landesregierung selbst in Dithmarschen entfalten können.

(Thomas Stritzl [CDU]: Da scheint immer die Sonne!)

Frau Ministerin Birk, zunächst einmal möchte ich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen umfassenden und informativen Bericht danken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Trotz der Komplexität des Berichtsantrages ist es Ihrem Haus gelungen, die vielfältigen **Förder- und Steuerinstrumente des Landes** bezüglich klimaschonendem Neubau, energieeffizienter Gebäudesanierung und Städte sowie landesplanerischer Aspekte des Klimaschutzes in ihrem Wechselspiel nachvollziehbar darzustellen.

Die von der Landesregierung durchgeführten Maßnahmen der wärmetechnischen Gebäudesanierung der Landesliegenschaften, eine Senkung des Brennstoffverbrauchs auf die Werte der Wärmeschutzverordnung von 1992, haben Signalwirkung: Wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz. Es ist eine Signalwirkung, die wir gar nicht hoch genug einschätzen können. Im EMIS, im Energie- und Medieninformationssystem, sind erst 80 % der Gebäude erfaßt und nur 65 % der Verbrauchswerte, das heißt, hier sind durchaus noch Verbesserungen und Zuwächse zu erwarten und zu erhoffen.

Besonders erfreut hat mich - ich bin jetzt bei Nummer 3 des Berichtes -, daß die Landesregierung unsere Einschätzung über die Auswirkung des Ausbaus der

Erdgasdirektversorgung ausdrücklich teilt und durch die Förderung von Wärmenetzen und Kraft-Wärme-Kopplungs-Verfahren versucht gegenzusteuern.

Ich möchte hier noch einmal hervorheben, daß die Förderung von **Wärmenetzen** eine echte Investition in die Zukunft ist. Im Gegensatz zur Sackgasse Erdgasdirektversorgung verfügen Wärmenetze über eine immanente technische Flexibilität, die auch die Nutzung anderer Energieträger, zum Beispiel Biomasse - hier den Landwirten ins Buch geschrieben - ermöglicht, vor allem aber natürlich den Einsatz von Wärmekraftkopplungstechnik.

Bei den Atomdebatten wird immer die leidige Diskussion über die CO<sub>2</sub>-Reduktion, die die Atomkraft angeblich ermöglicht, geführt. Wir haben aber, wenn wir es schaffen, überall dort, wo wir Wärmeprozesse haben, diese mit Stromerzeugung zu verknüpfen - das braucht man nur mit einem Bruchteil der Wärme zu tun -, ein Vielfaches an CO<sub>2</sub>-Effizienz durch die Ersetzung von Atomstrom durch Kraft-Wärme-Koppelungs-Technik erreicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

- Herr Sager, auch Ihnen gebe ich dazu gern eine schriftliche Berechnung. Es handelt sich hier wirklich nicht um Ideologie, sooft Sie das auch hier behaupten, sondern um rein physikalische und wirtschaftliche Berechnungen.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

In sehr vielen Fällen ist die **Wirtschaftlichkeit** von Wärme aus Verteilnetzen gleich günstig oder günstiger als die Einzelfeuerung. Die Auswirkungen einer vernünftigen **Energiepolitik**, verbunden mit einer ökologischen Steuerreform, kann man gerade bei der Wärmeerschließung studieren. Bei geringerer Wärmedichte hat Dänemark einen Erschließungsgrad von 50 %, während wir hier immer noch bei 80 % rumdümpeln.

Ich komme zu Nummer 4 des Berichtes. Ich teile die Einschätzung, daß eine eigene Landeswärmeschutzverordnung für den Neubaubereich für das Land Schleswig-Holstein dann überflüssig ist, wenn die Bundesregierung die von ihr vorgelegten Eckpunkte für eine **Energiesparverordnung** beibehält und tatsächlich eine relevante Reduzierung des Heizenergie-

#### (Detlef Matthiessen)

bedarfs anstrebt. Angesichts der Klima- und Umweltschutzqualität, die diese Bundesregierung zu verantworten hat, kommen mir da allerdings erhebliche Zweifel am befriedigenden Fortgang der Verhandlungen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Hier hat die Landesregierung der Intention der Antragsteller leider nicht entsprochen. Wir wollten eine kurzfristige Landeswärmeschutzverordnung, auch, um explizit Druck auf den Erarbeitungsprozeß auf Bundesebene auszuüben.

Ich habe allerdings keine Zweifel daran - wie Sie eben ausführten -, daß wir mit dem Impuls-Programm zur wärmetechnischen **Gebäudesanierung** - da schöpfen wir natürlich die landespolitischen Möglichkeiten sehr viel intensiver aus - auf dem richtigen Weg sind.

Über 70 % des Gebäudebestandes sind vor der Ersten und Zweiten Wärmeschutzverordnung hier in Schleswig-Holstein errichtet. Etwa 30 % des derzeitigen Energieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland werden zur Erzeugung von Raumwärme benötigt. Daher sind in diesem Bereich die größten Energiespareffekte zu erzielen. Die Höhe des technischen Energiesparpotentials wird von der Enquetekommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages mit 30 % geschätzt. Bei veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen steigt das technische Einsparpotential auf 70 %.

(Glocke des Präsidenten)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, können Sie bitte Schluß machen?

# Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich denke, wir sind mit dem Impuls-Programm auf einem sehr guten Weg, die nachträgliche wärmetechnische Sanierung des Gebäudebestands im Lande voranzubringen. Die landespolitischen Möglichkeiten - das zeigt auch der Bericht - sind begrenzt. Ich hoffe - das will ich hier nicht verhehlen -, daß wir nach der Bundestagswahl zu geänderten bundespolitischen Rahmenbedingungen für eine progressive weltnotwendige Klimapolitik kommen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Storjohann das Wort.
(Beifall)

- Wir sind hier nicht beim Tennis.

## Gero Storjohann [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir hatten selten an einem Freitag zu so später Stunde ein so verhältnismäßig volles Haus. Ich freue mich darüber

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei einem so wichtigen Thema!)

bei einem so wichtigen Thema, das die Fraktionsgeschäftsführer auf diesen Zeitpunkt gesetzt haben.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Unsere **Klimaschutzdebatte** vom März vorigen Jahres findet heute ihre Fortsetzung mit dem vorgelegten Bericht über die Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Minderungs- und Klimaschutzprogramms für den Teilbereich Bauen und Wohnen. Gern erinnere ich daran, daß es die CDU-Fraktion war, die im Mai 1994 mit ihrem Berichtsantrag zu CO<sub>2</sub>-Reduktionsmaßnahmen deutlich machte, daß die Landesregierung Defizite aufzuarbeiten hatte.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses für diesen Bericht, Frau Ministerin, möchte ich gern kurz einige Punkte beleuchten.

Sie haben ausgeführt, daß die Auswertung des Landeswohnungsbauprogramms 1997 noch nicht abgeschlossen sei. Dennoch läßt sich schon jetzt unstreitig ein steigender **Wohnflächenverbrauch** auf durchschnittlich 38,7 m² pro Person feststellen. Wie man sich den Trend zu Single- und Kleinhaushalten für Klimaschutzkonzepte zunutze machen kann, da sind verständlicherweise auch Sie als Landesregierung völlig überfragt. Wir können es nur einfach so hinnehmen.

Das Programm "Ressourcensparendes Bauen und Wohnen" ist in den letzten Wochen etwas bekannter geworden, da die Regierung es einstampfen wollte.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

#### (Gero Storjohann)

Nachdem der Programmrahmen nun auf 1 Million DM pro Jahr geschrumpft ist, ist eine breite Förderung ohnehin nicht mehr möglich. Auch Sie haben es als Tropfen auf den heißen Stein bezeichnet. Es bleibt die Konzentration auf Pilot- und **Demonstrationsvorhaben** 

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Das ist zwangsläufig die Folge.

Im Land **Schleswig-Holstein** sind dem Bericht zufolge bisher seit 1989 1.267 Wohneinheiten gefördert worden. Wenn man großzügig rechnet, entspricht das nicht einmal 1 % der Neubauwohneinheiten in Schleswig-Holstein in diesem Zeitraum.

Vorbildlich dagegen das Handeln des Bundes!

(Beifall bei der CDU)

Der **Bund** bietet ein **Breitenprogramm**, die sehr erfolgreiche Eigenheimzulage mit Ökobonus, die auch Schwellenhaushalten in Verbindung mit dem zur Zeit sehr günstigen Zinsniveau den Eigenheimbau mit Ökokomponente sehr wohl ermöglicht.

Ein anderes Problem für **Niedrig-Energie-Haus-Standards** im sozialen Wohnungsbau wird im Bericht offen zugegeben: Es ist das unangepaßte Nutzungsverhalten der Bewohnerinnen und Bewohner. Was nützt die höchste Investition für den Wärmeschutz und somit den Klimaschutz, wenn dann doch die Wohnung in althergebrachter Form morgens erst mal ordentlich gelüftet wird?

Das Land verfügt über einen Gebäudebestand mit 1,4 Millionen m² Hauptnutzfläche. Eigentum verpflichtet auch das Land. Auf Seite 22 ist genau berechnet, was ein Wärmereduzierungsprogramm für alle Landesbauten auf den Niedrig-Energie-Haus-Standard kosten würde. Die Schätzung beläuft sich auf zirka 600 Millionen DM.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Jetzt wird auch klar, warum das Land seine Immobilien loswerden will.

(Zuruf von der CDU)

Sie würden nämlich Ihre selbstgesteckten Ziele im Klimaschutz durch eine entsprechende Gebäudesanierung nie und nimmer bis zum Jahr 2005 erreichen können. Deshalb verkaufen Sie lieber und können dann dem neuen Vermieter entsprechende Mahnbescheide zuschicken, daß er gefälligst nach neuestem Stand zu renovieren habe.

(Zurufe von der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das ist auch sinnvoll so! - Detlef Matthiessen

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf sind wir noch gar nicht gekommen! Das werden wir aufnehmen!)

- Wunderbar! Ich freue mich, daß solche Anregungen dann auch Früchte tragen.

Eine eigene **Landeswärmeschutzverordnung** für Neubauten hielt ich schon letztes Jahr für unnötig.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Bericht weist eindeutig aus, daß neben der neuen Wärmeschutzverordnung des Bundes eine zusätzliche Landesverordnung keinen Sinn macht.

(Ingrid Franzen [SPD]: Es gibt ja keine neue! Sie träumen! Es gibt keine neue!)

- Wir sind auf einem guten Wege dahin!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben uns letztes Mal darüber gestritten, ob es sinnvoll ist, etwas Eigenes zu machen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das wird noch werden, Herr Kollege!)

Ich habe die Kehrtwendung des Kollegen Matthiessen, daß er es bedauere, aber dennoch hinnehme, nachvollzogen.

Auch die geforderte Prüfung für den Gebäudebestand ergibt, daß es keine Ermächtigungsgrundlage für eine eigene Verordnung gibt. Auch in diesem Fall sind wir gut beraten, im Gleichschritt mit dem Bund voranzugehen.

Was bleibt unter dem Strich? Die Feststellung, daß wir in Schleswig-Holstein im Einklang mit dem Bund den Klimaschutz vorantreiben müssen! Es gibt noch viel zu tun. Bei den fehlenden Haushaltsmitteln werden viele Projekte zwar erfaßt, aber nicht durchgeführt werden können. Wir schließen uns dem Antrag auf Ausschußüberweisung an.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Franzen das Wort.

# **Ingrid Franzen** [SPD]:

Herrn Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema **Klimaschutz** hat sich in dem Jahr, das seit der letzten Debatte vergangen ist, keineswegs erledigt. Die Medienwelt - ich zitiere ausnahmslos das "Handelsblatt" - hat zwischenzeitlich tituliert: "Versicherungen fürchten gewaltige Risiken durch Klimaveränderungen". Das "Handelsblatt" im Februar 1997: "CO<sub>2</sub>-Ausstoβ-Abbauziele noch nicht er-

#### (Ingrid Franzen)

reicht". Dabei handelt es sich um ein Zitat von Bundesumweltministerin Merkel.

Dabei gab und gibt es außerhalb und oberhalb des Landes Schleswig-Holstein große Chancen, international neue Zielsetzungen für die Verringerung zu formulieren. Ich spreche vom Klimagipfel von Kyoto im Dezember 1997, an dem 160 Länder teilgenommen haben. Er endete mit einer Verpflichtung zur Verringerung des Ausstoßes des klimaschädlichen Gases bis 2012 um 5,2 %. Ökologisch geradezu aberwitzig gibt es noch den Handel mit Emissionsschutz-Zertifikaten. Danach soll die EU um 8 % reduzieren - sie wollte eigentlich um 15 % reduzieren -, auf Deutschland regnen 22 % bis zum Jahr 2012 herunter - statt der propagierten 25 % bis 2005 -, und das auf der Basis des Jahres 1990, als in Deutschland fast 1 Milliarde t CO2 ausgestoßen und damit ein Drittel der Immissionen innerhalb der EU in die Atmosphäre entlassen wurde!

Das nenne ich blamabel und weder ökologisch noch moralisch gegenüber Mensch und Natur verantwortbar.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz werden wir hier in diesem kleinen Land Schleswig-Holstein die Ärmel aufkrempeln.

Ich komme zum Bericht. Ich beantrage bereits jetzt die ausschließliche Überweisung in den Fachausschuß, keine Mitberatung in anderen Ausschüssen und keine Beerdigung dritter Klasse.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus Zeitgründen kann ich nur einige wenige Punkte ansprechen.

Ich komme zunächst zum **Wohnungsneubau**. Bei starker Neubauplanung insgesamt können wir eine gute ökologische Bilanz vorlegen. Wir haben in den Jahren 1990 bis 1996 1.276 Wohneinheiten im Bereich des Programms "Ressourcensparendes Bauen und Wohnen" gefördert. In den Jahren 1995 und 1996 haben wir in Schleswig-Holstein über 1.000 Wohneinheiten nach Niedrig-Energie-Standard gefördert.

Ich sage es einmal etwas plastischer: Was wir eingespart haben, entspricht einer jährlichen Heizleistung von zirka 1.700 Wohneinheiten mit einer Durchschnittsgröße von 90 m² nach geltender Wärmeschutzverordnung. Ich finde, das ist ein vorzeigbares Ergebnis dieses kleinen Landes bei diesem internationalen Versagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung hat seit 1997 das neue und effiziente Förderprogramm mit einer Sonderförderung von jeweils 4.000 DM pro Wohneinheit bei unter anderem ökologischen Standards nach Niedrig-Energie-Haus-Standard vereinbart. Wir konnten die Bilanz noch nicht vollständig bekommen; wir werden sie im Fachausschuß nachfragen.

Ich stelle allerdings auch hier schon die Frage - das auch durchaus als Forderung; das sage ich auch Ihnen, Frau Ministerin Birk -, ob wir nicht angesichts der sicherlich weiter sinkenden Neubauzahlen hin zum Bestand zu einer ausschließlichen Förderung nach Niedrig-Energie-Haus-Standard kommen sollten.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir haben das technische Know-how, wir haben den Willen der Bevölkerung, denn alle ökologischen Programme waren weit überzeichnet. Wir sollten hier die Nase in Schleswig-Holstein vorn behalten.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Thema "Bestand". Hier hätten wir eine große Chance, den Umweltbereich viel zu nutzen. Die Zahlen sind schon genannt worden. Die Landesregierung ist mit dem Impuls-Programm gut unterwegs, das ich nicht näher beschreiben muß, mit einer hohen Anbindung der landeseigenen Liegenschaften an die Kraft-Wärme-Koppelung - sie liegt bei 65 % - und auch mit beachtlichen Ergebnissen bei dem vieldiskutierten VEBA-Programm mit den Energiesparlampen und auch mit den energiesparenden Tischlampen. Das kommt einem wie Peanuts vor, aber das ist wirklich einmal nachlesenswert, weil man auch damit eine ganze Menge erreichen kann. Das geht bis hin zu Photovoltaik-Anlagen insbesondere an den Fachhochschulen. Ich halte es auch im Verhältnis zu jungen Menschen für ganz wichtig, daß wir die neue Technologie dahin bringen, wo die Jugend ausgebildet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Peter Gerckens [SSW])

Zu der Fassadensanierung ist hier viel gesagt worden. Ich nehme das einmal an. Für mich ist das immer eine Aufforderung - wir sprechen immer von Kosten - auch an die Unternehmen, an die neuen Eigentümer, die Banken, hier Arbeit und Umwelt zu verbinden. Hier kann man zigtausend Arbeitsplätze schaffen. Ich denke, hier geben wir eine gute Möglichkeit.

#### (Ingrid Franzen)

Zuletzt möchte ich allerdings meiner Enttäuschung Ausdruck geben, daß die Landesregierung darauf verzichtet hat, eine **Landeswärmeschutzverordnung** vorzulegen. Das haben wir uns ja als Antragsteller ausdrücklich gewünscht. Wer hier der Frau Merkel, die eine Lobbyfrau der Atomindustrie ist und jetzt in den Fängen der Zement- und Ziegelindustrie steckt, gefolgt ist,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

der war schlecht bedient. Ich erinnere an das Vorhaben der Bundesregierung, -

(Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Franzen, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

## **Ingrid Franzen** [SPD]:

- Ja, ich komme zum Schluß! - man wolle eine Bundeswärmeschutzverordnung zum 1. Januar 1999. Jetzt haben wir sie immer noch nicht. Hier muß Schleswig-Holstein initiativ werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

# Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mir ist die Zufriedenheit der Regierungsfraktionen mit diesem **Bericht** sehr unverständlich. Aber wer Ohren hat zu hören, der konnte aus dem Beitrag von Herrn Matthiessen auch heraushören, warum er mit diesem Bericht so zufrieden ist; denn er hat seine Funktion voll erfüllt. Erst einmal hat er einen Antrag gestellt, zweitens hat die Ministerin einen Bericht gemacht, und drittens hat er die Gelegenheit zu einer Jubelarie genommen - egal was in dem Bericht steht.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Peter Jensen-Nissen [CDU] -Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im **Klimaschutz** sind wir mit diesem Bericht um nichts weitergekommen. Welch ein Bericht!

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe nicht erwartet, daß sich die Ministerin, nachdem ihre Fraktion diesen Bericht erkämpft hat, mit einem solch dünnen Papier vor das Parlament traut. Gerade nach den erbitterten Diskussionen um die Notwendigkeit dieses Berichtes hätte ich ein überzeugenderes Papier erwartet.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Als die F.D.P.-Fraktion ziemlich genau vor einem Jahr an dieser Stelle zu bedenken gegeben hat, daß der geforderte Bericht angesichts des umfangreichen CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramms der Landesregierung verfrüht sei - "wir wollen Taten, und wir wollen keine Berichte!" -, wurde abgewiegelt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Kollege Matthiessen beschimpfte ein solches Ansinnen gar als Verzögerungstaktik. - Nein, wir wollten ihr Zeit lassen, etwas zu tun, anstatt Berichte zu schreiben.

Heute finden wir in dem Bericht, in den umfassenden Aussagen zur Effizienzbewertung im Handlungsfeld **Wohnungsbau** nur den Hinweis - ich zitiere -:

"Nähere Einzelheiten dazu und klimaschutzrelevante Gesamttendenzen wird der 1. Bericht zum CO<sub>2</sub>-Minderungs- und Klimaschutzprogramm für Schleswig-Holstein darstellen."

Genau das haben wir erwartet.

Die Warnung vor allzu übereifrigen Berichtswünschen war also durchaus berechtigt. Mit ein wenig Verständnis für die Materie hätten das auch die Regierungsfraktionen einsehen können. Jetzt können sie es nachlesen.

Das gleiche Dilemma in Sachen Wärmeschutzverordnung - Kollege Storjohann hat darauf hingewiesen -; auch hier nur heiße Luft. Rot-grün war immerhin angetreten, mit einer Landeswärmeschutzverordnung, die einer der Dreh- und Angelpunkte des Berichtes werden sollte, der Bundesregierung "Dampf zu machen". Was ist daraus geworden? - Nicht einmal ein kleines Lüftchen war zu spüren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vergessen ist der Ruf nach der Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins. Lapidar heißt es in dem Bericht, daß seitens des Bundes die Festlegung von Wärmeschutzanforderungen zu erwarten steht, die - ich zitiere - "nach Auffassung der Landesregierung eine landesspezifische Regelung nicht rechtfertigen". - Das hat die Opposition schon vor einem Jahr erklärt. Warum haben Sie nicht auf uns gehört?

#### (Dr. Christel Happach-Kasan)

Soweit es um eine Landeswärmeschutzverordnung für den Gebäudebestand geht, wird eingeräumt, daß es dafür noch nicht einmal eine Ermächtigungsgrundlage gibt. Im übrigen wird ebenfalls auf den Bund gesetzt. Fazit: "Aus diesem Grunde sollte derzeit davon Abstand genommen werden, eine Landeswärmeschutzverordnung für den Bestand zu initiieren." - Natürlich! Was bleibt, ist das Versprechen, daß die Landesregierung die Entwicklung im Bund gut beobachten und dem Landtag gegebenenfalls darüber berichten will. - Unaufgefordert! - Ich bedanke mich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Statt Politik wieder einmal nur Versprechungen, statt angeblich notwendiger Regelungen Vertröstungen! In der Sache wird nichts getan, aber die Klientel wird ruhiggehalten.

Im letzten Jahr war es Ihnen noch zu wenig, haben Sie es geradezu verteufelt, daß durch Beschluß der Bundesregierung die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2005 "nur" um 25 % und die Emissionen der anderen Treibhausgase um 50 % reduziert werden sollten. Insbesondere Frau Franzen wird sich gut daran erinnern. Heute ist genau das Gegenstand der "Perspektiven".

(Ingrid Franzen [SPD]: Nein, bei mir nicht!)

- Ich habe Ihrem Bericht sehr gut zugehört, Frau Franzen! Sie haben Wunschträume, die sich offensichtlich auch mit einer Ministerin Birk nicht verwirklichen lassen. Das müssen Sie schlicht zur Kenntnis nehmen.

Was sollte also dieser Bericht? - Selbst in den Einzelheiten, wenn schon nicht in den großen Fragen, hat der Bericht nichts zu bieten. Hinter geradezu hegelianischen Satzkonstruktionen wird mühsam versucht zu verbergen, daß man eigentlich nichts zu sagen hat. Dazu wird munter auf irgendwelche Anlagen verwiesen.

Ein spezielles Highlight sind die Ausführungen zur Heizenergie-Einsparung. Nach theoretischen Hochrechnungen sind 17.086 MWh/a möglich. Nach praktischen Auswertungen der tatsächlich erzielten Heizwärme erhöht sich die Zahl auf 17.200 MWh/a, die als Einsparung errechenbar sind. Immerhin! Wenn diesem Ergebnis dann aber auch noch der Satz hinterhergeschickt wird - ich zitiere -: "Allerdings sind dabei die tatsächlichen Verbrauchsdaten der Förderobjekte nicht berücksichtigt ...", dann - so finde ich - ist viel heiße Luft in diesem Bericht, und wir brauchen ihn tatsächlich nicht.

Insgesamt hat das CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm damit - und das bedaure ich sehr, denn ich habe es gut gefunden, daß die Regierung ein solches Programm vorgelegt hat - eine Feigenblattfunktion. Wenn ich dann sehe, daß die Energiestiftung für eine einzige Fördermaßnahme in Höhe von 36.500 DM eine vierseitige farbige Broschüre herausgibt, dann sieht man auch, wozu das Programm gut ist - allein zur Werbung für diese Landesregierung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete - -

## **Dr.** Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Die Liste schlechter Beispiele ließe sich fortsetzen. Ich bin der Meinung, wir sollten den Bericht im Ausschuß beerdigen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

## **Peter Gerckens** [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist meines Erachtens nicht möglich, in einer so kurzen Zeit auf alle Aspekte des interessanten Berichtes einzugehen. Aber einige grundsätzliche Bemerkungen sind doch angebracht.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn man weiß, daß die Enquetekommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages festgestellt hat, daß im Niedertemperaturwärmemarkt, der 35 % des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland ausmacht, das **CO<sub>2</sub>-Minderungspotential** durch bauliche und versorgungstechnische Maßnahmen zwischen 70 und 90 % liegt, sieht man, wie wichtig Maßnahmen im Bereich Planen, Bauen und Wohnen sind.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir auch nur im entferntesten an das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahre 2005 in der Bundesrepublik um 25 % zu reduzieren, herankommen wollen, gilt es gerade auch hier entsprechende Handlungsansätze zu verwirklichen.

## (Peter Gerckens)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat deshalb im Juni 1997 beschlossen, einen Bericht über die Umsetzung des Programms der Landesregierung zum CO<sub>2</sub>-Minderungs- und Klimaschutzprogramm für Schleswig-Holstein hinsichtlich des Handlungsbereiches Bauen und Wohnen zu bekommen, um sich einen Überblick über die aktuelle Situation in Schleswig-Holstein zu verschaffen.

Aus der Sicht des SSW sind die im Bericht dargestellten Ergebnisse, die bisher in den verschiedenen Bereichen zur CO<sub>2</sub>-Minderung in Schleswig-Holstein erreicht wurden, sehr ernüchternd. Trotz vieler guter Ansätze, Ideen und Initiativen ist unser Fazit, daß es der Landesregierung sowohl an finanziellem Handlungsspielraum als auch an politischer Entscheidungskompetenz fehlt, um die vielen Energieeinsparungspotentiale, die ja im ganzen Land vorhanden sind, konsequent auszunutzen.

Die mangelnde finanzielle Ausstattung der **Programme** wird im Bericht einheitlich beklagt. Dies gilt für das Programm "Ressourcensparendes Bauen und Wohnen", das seit 1994 auf ein **Fördervolumen** von nur 2 Millionen DM im Jahr reduziert worden ist. Dies gilt weiter für Projekte innerhalb des Städtebauprogramms, bei dem nur begrenzte Mittel für investive Maßnahmen zur Verfügung stehen. Auch das Potential zur Reduzierung des Energieverbrauchs der Landesliegenschaften kann aus finanziellen Gründen nicht voll ausgeschöpft werden. Bei dem für den Klimaschutz besonders wichtigen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung im Lande stellt die Landesregierung nur noch in Einzelfällen Fördermittel für die Errichtung von Nah- und Fernwärmenetzen bereit.

Erfahrungen zeigen also, daß Investitionen in Energieeinsparungsmaßnahmen sowohl betriebswirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich vernünftig sind. Solche Investitionen amortisieren sich durch die einzelnen Energieeinsparungseffekte schon vielfach nach zehn bis fünfzehn Jahren betriebswirtschaftlich. Durch eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen, beispielsweise höhere Energieverbrauchsteuern, könnte man die Amortisationszeit weiter reduzieren. Dies kann aber nur in Bonn und Brüssel entschieden werden. Eine europaweite CO<sub>2</sub>-Steuer wäre nach Ansicht des SSW das beste Steuerungsinstrument, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

#### **Peter Gerckens** [SSW]:

Ein anderes Problem aus dem Bereich "Wohnen und Bauen" ist, daß es leider vielfach an Daten fehlt, um genau zu belegen, inwieweit die verschiedenen Programme zur quantitativen Energieeinsparung und zur Energieeffizienz beigetragen haben und welchen konkreten Effekt sie damit für die CO<sub>2</sub>-Minderung erreicht haben. Die Landesregierung ist erst jetzt dabei, ein Indikatorensystem für die Bewertung der gebäudebezogenen Daten auszubauen. Nähere Einzelheiten und klimaschutzrelevante Gesamttendenzen wird der Landtag also erst mit dem ersten Bericht zum CO<sub>2</sub>-Minderungs- und Klimaschutzprogramm für Schleswig-Holstein erhalten.

Angesichts dieser mangelnden Informationen ist es natürlich schwer, die bisherigen Ergebnisse der verschiedenen Landesinitiativen und -programme im Bereich "Bauen, Wohnen und Planen" richtig einzuordnen. Deshalb nur soviel dazu: Der SSW ist der Auffassung, daß die Landesregierung auf dem richtigen Weg ist und daß auch viele ihrer Initiativen richtig sind. Aber wir müssen erkennen, daß die Gestaltungsmöglichkeiten des Landes auch beim Klimaschutz eng bemessen sind. Wirkliche Fortschritte können aufgrund der Rechtslage nur auf Bundesebene erzielt werden.

Zu guter Letzt lassen Sie mich anfügen: Wir könnten ja auch wieder einmal - das haben wir getan und tun es täglich - den Blick nach Norden richten. Dort hat man gerade in den siebziger Jahren durch vielerlei Initiativen aufgrund der damaligen Energiekrise voll dagegengehalten. Dort finden wir ein sehr, sehr gutes Vorbild auch für unser Handeln in diesem Land.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir stimmen der Überweisung an den zuständigen Fachausschuß zu.

(Beifall bei SSW und SPD)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist Überweisung an den zuständigen Fachausschuß - ich nehme an, zur abschließenden Beratung - beantragt worden. Das ist der Fall.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Umweltausschuß! - Ingrid Franzen [SPD]: Innen- und Rechtsausschuß nicht!)

#### (Präsident Heinz-Werner Arens)

- Ich habe ja gesagt: an den zuständigen Fachausschuß! - Wollten Sie an irgendeiner Stelle die Mitberatung?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Okay! Wer so beschließen will - Überweisung an den zuständigen Fachausschuß -, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben noch zwei Tagesordnungspunkte zu erledigen, aber die Zeit reicht für eine ordnungsgemäße Beratung nicht mehr. Gibt es hierzu einen Geschäftsordnungsantrag?

# Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident, ich beantrage, beide Punkte ohne Ausprache aufzurufen und sie an den jeweils zuständigen Ausschuß zu überweisen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann aber in namentlicher Abstimmung! - Heiterkeit)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Es ist für beide Tagesordnungspunkte die Überweisung an die jeweils zuständigen Fachausschüsse ohne Aussprache beantragt worden. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann rufe ich die Tagesordnungspunkte 26 und 33 auf:

## **Gemeinsame Beratung**

 a) Bericht über die Verselbständigung der Fachkliniken

Landtagsbeschluß vom 6. November 1997 Drucksachen 14/1069 und 14/1093

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1518

b) Bericht der Fachklinik Schleswig gemäß § 3 Abs. 3 des Fachklinikgesetzes

Drucksache 14/1533

Wer diese Berichte dem zuständigen Fachausschuß - das ist der Sozialausschuß - zur Beratung überweisen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - War das eine Gegenstimme?

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja! - Zuruf: Wieso das denn?)

Dann ist das mit überwältigender Mehrheit gegen die Stimme des Herrn Oppositionsführers so beschlossen.

(Heiterkeit)

Zuletzt rufe ich Punkt 27 der Tagesordnung auf:

Individuelle schulische Förderung als Alternative zur Zurückstellung vom Schulbesuch

Bericht über die Entwicklung und Erprobung eines Konzepts für den Schulanfang (Eingangsphase)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1523

Auch dieser Bericht soll ohne Aussprache dem zuständigen Fachausschuß zur Beratung überwiesen werden. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Heiterkeit)

Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende dieser Tagung angelangt. - Ich darf noch für einen Augenblick um Aufmerksamkeit bitten! - Wir werden uns zur 25. Tagung am 2. September wieder treffen. Bis dahin wünsche ich Ihnen zunächst einmal einen entspannungsreichen und erholsamen wohlverdienten Sommerurlaub.

(Beifall)

Die Tagung ist geschlossen.

Schluß: 17:57 Uhr